

Der Grundstein

Offizielles Organ des Deutschen Bauarbeiterverbandes

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche. Abonnementspreis pro Quartal M. 2,00 (ohne Bestellgeld), bei Zusendung unter Kreuzband M. 2,40

Herausgegeben vom Deutschen Bauarbeiterverbande Hamburg 25, Wallstr. 1

Schluss der Redaktion: Dienstag morgen 8 Uhr. Vereins-Anzeigen werden mit 30 Pf für die dreispaltige Zeile oder deren Raum berechnet.

Die rechtliche Gleichheit und ihre wirtschaftliche Grundlage.

I.

Auf der rechtlichen Gleichheit aller Staatsbürger beruht das moderne Staatswesen. Der moderne Rechtsstaat darf und soll keinen Unterschied machen zwischen seinen Bürgern, sondern er muß den einen ganz genau so behandeln wie den andern. Der Klassenstaat des Altertums umfaßte freie Bürger und rechtlose Sklaven, der Feudalstaat des Mittelalters teilte seine Untertanen in Stände, deren Rechte und Pflichten durchaus verschieden waren, aber der Kulturstaat der Gegenwart kennt keine Sklaven, Untertanen und Stände mehr, er besteht aus freien, gleichberechtigten Bürgern. Die Gesamtheit der Bürger ist nicht mehr der Laune oder der Willkür eines Fürsten ausgeliefert, der Willkür des Fürsten ist nicht mehr Gesetz für das Volk, sondern das Volk gehört seinem eigenen Willen und es steht immer mehr danach, sein Schicksal in die eigenen Hände zu nehmen und seine Geschicke selbst zu lenken und zu leiten. Es hat schon heute ein Mitbestimmungsrecht in allen öffentlichen Angelegenheiten und es sucht dieses Recht fortwährend zu festigen und zu erweitern. Die Zeiten monarchistischer Selbstherrlichkeit sind für immer vorüber, das freche Wort des Sonnenkönigs Ludwig XIV.: „Der Staat bin ich!“ hat für uns seine Bedeutung verloren; wir glauben nicht mehr an den übernatürlichen Ursprung und an das göttliche Recht eines Monarchen, wir sprechen vielmehr mit Schulerz-Delitzsch: „Das Königtum von Gottes Gnaden hat Bankrott gemacht, die Firma ist erloschen!“

Dieser demokratische Charakter des modernen Staatswesens gibt der Gegenwart sein Gepräge, und jeder Mensch, der den Geist der Neuzeit begriffen hat, pocht auf seine staatsbürgerlichen Rechte und will sie sich nicht nehmen lassen. Auch die Parteien, die auf dem Boden der modernen Weltanschauung stehen, betonen diesen Standpunkt. So stellte sich die nationalliberale Partei in ihrem letzten Wahlspruch „die Aufgabe, die reichen Kräfte des Volkes frei zu machen durch eine Gleichberechtigung, die nicht bloß auf dem Papier steht, sondern in Wahrheit allen Bürgern des Deutschen Reiches ohne Rücksicht auf Herkunft, Glauben, Rang und Besitz den Zugang zu den öffentlichen Ämtern freigibt und jeden verfassungswidrigen Eingriff in die Unabhängigkeit des Bürgerrechts bei der Betätigung seiner staatsbürgerlichen Rechte ausschließt“. Und sie fordert ausdrücklich „die Besetzung der Staatsämter durch befähigte Personen ohne Rücksicht auf Geburt und Reichtum“. Die fortschrittliche Volkspartei stellt in ihrem Aufruf den Grundzug auf: „In der Verwaltung der inneren wie der auswärtigen Angelegenheiten gebührt der Platz dem Tüchtigsten. Nicht der Zufall der Geburt, nicht die Religion, sondern persönliche Befähigung hat zu entscheiden. Ein aus liberalen Gedanken geborenes, zur Weltmacht gewordenes Reich, ein großes, jährlich fast um eine Million wachsendes Volk darf nicht von einer kleinen rüftständigen Klasse regiert werden. Bürger, Bauern, Beamte und Arbeiter, sie alle müssen den ihrer geistigen und wirtschaftlichen Bedeutung entsprechenden Einfluß erhalten. Das Recht der Volksvertretung ist das Recht des Volkes, darum Konstitutionalismus, Ministerverantwortlichkeit, Mitbestimmung des Reichstags bei Staatsverträgen über Gebietsveränderungen. Mit der Reichspolitik hängt natürlich auch die Landespolitik zusammen. Eine entschieden liberale Politik im Reich ermutigt auch in den Einzelstaaten die vorwärts drängenden Kräfte, führt auch in Preußen zu einem Wahlrecht, das die Klassenherrschaft beseitigt, den Willen der Gesamtheit zum Ausdruck und zur Geltung bringt.“ Und in dem sozialdemokratischen Wahlspruch

heißt es: „Demokratisierung des Staates in allen seinen Lebensbeziehungen, freie Bahn für die Entfaltung aller persönlichen Anlagen und Fähigkeiten, keine Vorrechte, die rechte Person an die rechte Stelle!“

In der Theorie gilt bei uns in Deutschland der Grundsatz der Rechtsgleichheit aller Bürger, und der moderne Staat würde sich selbst den Boden unter den Füßen wegziehen, wenn er zugeben wollte, daß seine Bürger ungleichen Rechtes seien und daß sie ungleich behandelt würden. Alle Beamten, vom höchsten Minister bis zum untersten Polizeidiener, legen den größten Wert darauf, daß sie auch diesen Grundsatz entsprechend ihr Verhalten einrichten; sie erheben Anspruch darauf, daß ihre Unparteilichkeit nicht angezweifelt werde, und wer ihnen den Vorwurf der Parteilichkeit macht, wird wegen Verleumdung angeklagt und mit tödlicher Sicherheit verurteilt. Und selbst wenn die ungleiche Behandlung manchmal allzu deutlich zutage tritt, so beruht dies — wenn man den Beamten glauben darf — nicht etwa auf bösem Willen oder übler Absicht, sondern lediglich auf Irrtum oder Mißverständnis. Die sogenannte bona fides, der gute Glaube, darf keinem Beamten abgesprochen werden, und der ernste, ehrliche Wille, dem Rechte zum Rechte zu verbleiben, schwebt wie ein leichter Heiligenschein über unserm Beamtentum. Auch der deutsche Kaiser, der in der Luft des modernen Rechtsstaates aufgewachsen ist, hat in den ersten Jahren seiner Regierungszeit mehrmals den Anspruch getan: „Arbeiter und Unternehmer sind gleichberechtigt und sie müssen als Gleichberechtigte behandelt werden!“ Wie wenig man auch in der Praxis des Lebens von dieser Gleichberechtigung und gleichen Behandlung merken mag, in der Theorie ist die rechtliche Gleichheit aller Staatsbürger der erzene Fels, an dem nicht gerüttelt werden darf.

Während der verflochtenen Reichstagswahlbewegung hatte man Gelegenheit, diese Gleichberechtigung auch in der Praxis zu beobachten. In einer Wahlversammlung traten die verschiedensten Personen auf, um ihrer Ueberzeugung Ausdruck zu geben; Arbeiter und Unternehmer, Bauern und Tagelöhner, Unter- und Oberbeamten, Handelsangestellte und selbständige Kaufleute, Techniker und Großindustrielle, alle diese Staatsbürger steigen auf die Rednerbühne und machen von dem Rechte der freien Meinungsäußerung Gebrauch. Jeder von ihnen entwickelt seine politischen Anschauungen, und empfehle seinen Kandidaten, und die Zuhörer, sofern sie ein normales Rechtsempfinden besitzen, hören die Redner ruhig an und bilden sich ihr Urteil; kein aufständiger Mensch denkt sich etwas dabei, daß in ein und derselben Versammlung ein Arbeiter und Angestellter ihrem eigenen Arbeitgeber entgegenzutreten und ihre abweichende politische Meinung zur Geltung bringen. Nur ein Brod, der sich über den „Vöbel“ turmhoch erhaben dünkt, hält es für eine Annäherung, daß ein Arbeiter es wagt, seinem „Brotgeber“ zu widersprechen; ein Mensch mit auch nur ein klein wenig Rechtsbewußtsein erblickt darin eine einfache Selbstverständlichkeit.

Auch am Tage der Wahl erscheint die Gleichberechtigung aller Staatsbürger in hellleuchtendem Glanze: Millionäre und Proletarier, einflussreiche Personen und abhängige Leute wandern stammweise zur Wahlurne, und ein jeder steckt seinen Stimmzettel in die Urne. Ohne Unterschied in bezug auf Vermögen, Herkunft, Bildungsstand und Lebensstellung macht sich der politische Einfluß eines jeden Wählers in demselben Grade geltend. Und in ähnlicher Weise macht sich die rechtliche Gleichheit auch auf andern Gebieten des öffentlichen Lebens bemerkbar. Hieraus hat sich dann die Auffassung entwickelt, als ob nun tatsächlich alle Staatsbürger gleichberechtigt wären. Diese Auffassung ist offenbar eine Illusion und beruht auf der Verkennung der Tatsachen.

Im wirtschaftlichen Leben, das sieht man auf den ersten Blick, kann von einer Gleichberechtigung keine Rede sein. Der Besitzende hat von vornherein mehr Recht als der Besitzlose; er kann auch von seinem Rechte einer besseren und zweckmäßigeren Gebrauch machen, als jener. Das ist ja so klar, daß man es nur zu erwähnen braucht. Aber auch in den Arbeitsbetrieben selbst tritt die rechtliche Ungleichheit zutage. Hier hat der Kapitalist allein zu bestimmen und der Proletarier muß bei Strafe der Entlassung widerspruchslos gehorchen; alle Rechte sind in der Hand des Unternehmers vereinigt, alle Pflichten befaßt sich auf Seiten der Arbeiter. Der Unternehmer schaltet und waltet in seinen Betrieben als Alleinherrscher, als Herr im Hause, er verlangt Unterordnung, Gehorsam und Disziplin, er erläßt Befehle und Verordnungen, deren strikte Befolgung er fordert. In einem solchen Betriebe geht es her wie in einem wohl-disziplinierten Kriegsheere, dessen Angehörige den Kriegskrieg unterliegen und verpflichtet sind, wenn es der Kriegsherr befiehlt, auf Vater und Mutter zu schießen. Ein kapitalistischer Fabrikherr kennt keine Gleichberechtigung zwischen Unternehmern und Arbeitern, er kennt nur Herren und Sklaven.

Aus dem Baugewerbe.

Verband zum Schutze des deutschen Grundbesitzes und realen Kredits. — Die Terraininspektanten als Drahtzieher. — Warum die Belohnungsgrenze erhöht werden soll. — Ueberangebot von Grundstücken und Wohnungsnot. — Die Situation in München, Dresden und Magdeburg. — Zahlungseinstellung der Firma Pumpfun in Berlin. — Sanierung der Berliner Terrain- und Baugesellschaft. — Boswan & Knaier. — Krach der Goldhandlung H. Goldstein in Königshütte. — Rentabilität der Schachtelbetriebe. — Ein Karick von Schachtelbauern.

Unter Beteiligung sämtlicher Großbanken, aller größeren Terrainsgesellschaften, des Verbandes der deutschen Versicherungsgesellschaften und der Hausbesitzervereine ist kürzlich ein „Verband zum Schutze des deutschen Grundbesitzes und realen Kredits“ errichtet worden, der sich die Aufgabe stellt, die Bau- und Zienereigenschaft und das Hypothekenrecht im Interesse des Grundbesitzes zu beeinflussen. An ähnlichen Verbindungen hat es wahrlich in der letzten Zeit nicht gemangelt; charakteristisch ist dabei, daß fast alle Vereinigungen dieser Art unter dem maßgebenden Einfluß der Terraininspektanten stehen. Der neue Verband ist nach seiner bisherigen Zusammenlegung gleichfalls nur als eine Vertretung der Terraininspektanten anzusehen; denn die Großbanken, Terrainsgesellschaften und die Versicherungsgesellschaften ziehen, wie sich die Verhältnisse einmal herausgebildet haben, auf dem Terrain- und Baunarkt durchaus an dem gleichen Strang. Auch die Hausbesitzervereine werden von der großen Terraininspektanten am Winkelbande geführt, was für jene Hausbesitzer, die ihre Grundstücke nicht lediglich als Spekulationsobjekte ansehen, keineswegs nützlich ist, denn sie befragen nur die Geschäfte der Terraininspektanten im Staate und in den Kommunen, ohne für sich selbst Vorteile zu erlangen.

„Wie ein roter Faden zieht sich durch die Neußerungen der an dem Terrainbesitz beteiligten Kreise“, schreibt der Bodenreformier und Finanzschriftsteller Eschwege in den Monatsheften für Finanzen und Bankwesen, „die Ansicht, daß, um gesunde Zustände auf dem Baunarkt hervorzuufen, die Beleihung bis zu 60 pzt, des an sich schon mehr oder weniger in der Luft schwebenden Tagewerts der Grundstücke nicht genüge, sondern Vorkehrungen getroffen werden müßten, um Beleihungen von 80 und mehr Prozent zu ermöglichen. Ja, man fordert sogar, daß Staat und Gemeinde einspringen, wenn sich das Privatkapital hierzu nicht bereit findet. Mit andern Worten, die Allgemeinheit soll dafür sorgen, daß Objekte im Werte von mehreren Hunderttausend Mark gegen eine Anzahlung von 15 oder 20 pzt. erworben werden können. Daß die öffentlichen Verbände da, wo infolge irgendwelcher Umstände die Unter-

nehmungslust im Baugewerbe stagniert und infolgedessen eine tatsächliche Wohnungsnot herrscht, unter Umständen wirklich hierzu verpflichtet sind, wird kein Einsichtiger bestreiten. Aber bei diesen Forderungen handelt es sich, wie man weiß, gar nicht um beratige Ausnahmeforderungen. Man verlangt vielmehr die öffentliche Unterstützung gerade in solchen Fällen, wo durch eine ziellose Baupespekulation das Wohnungsangebot in ungesunder Weise vermehrt, die Lage der Hausbesitzer demgemäß ver schlechtert, und im Zusammenhang hiermit die Prolongation von zweiten Hypotheken erschwert ist. Daß mit der künstlichen Erleichterung einer Fortsetzung dieser Ueberproduktion in den Zentren der Terraintensivierung der Volkswirtschaft nicht gebiet sein kann, macht das Großkapital in seinen Forderungen natürlich nicht wankend, sein Bestreben läuft allein darauf hinaus, sich in der von ihm verfahrenen Situation vor Schaden zu retten und die Kosten schwächeren Schultern und möglichst auch öffentlichen Verwaltungen aufzubürden.

Von den Lobrednern des Kapitals wird immer wieder versichert, die private Spekulation sei instand, sich den jeweiligen Wohnungsanforderungen anzupassen und einen schnellen Ausgleich der Nachfrage und des Angebots herbeizuführen. Allerdings weiß die Praxis davon wenig zu melden, wohl aber sind Beweise für das Gegenteil zahlreich zu verzeichnen. Von den Hausagariern in dem Münchner Gemeindefiskus wurde unlängst behauptet, daß von einer Wohnungsnot für die ärmeren Schichten in München nicht gesprochen werden könne, da eine beträchtliche Anzahl leerer Kleinwohnungen vorhanden sei. Von dem Bayerischen Landesverein zur Förderung des Wohnungswesens ist nun auf Grund neuen Materials eine Untersuchung über die Zahl der leerstehenden Wohnungen in München vorgenommen worden, die ergab, daß am 1. Februar 1912 2315 Wohnungen (gleich 1,6 pZt. sämtlicher Wohnungen) leer standen; davon Kleinwohnungen (ein bis drei Zimmer ohne Nebenräume) 0,6 pZt., mittlere Wohnungen (drei Zimmer mit Nebenräumen und vier Zimmer) 2,6 pZt., größere Wohnungen (fünf und mehr Zimmer) 8,9 pZt. Hieraus ergibt sich, wie die Denkschrift des genannten Vereins hervorhebt, daß eine Wohnungsnot noch immer vorhanden ist, ausgenommen für mittlere Wohnungen, von denen infolge des stark vermehrten Angebots in absehbarer Zeit wohl mindestens 3 pZt. leer stehen werden. Dagegen besteht eine erhebliche Wohnungsnot nach zweifacher Richtung: für die kleinen und für die großen Wohnungen; eine drückende Wohnungsnot für Mieter und Bewerber um kleine Wohnungen, insbesondere für kinderreiche Familien, und eine Wohnungsnot für die Vermieter großer Wohnungen. Was unparteiische Beurteiler der Münchner Bautätigkeit schon vor Jahren vorausgesagt haben, ist eingetreten: Während der Bestand an verfügbaren Kleinwohnungen trotz aller positiven Maßnahmen noch immer minimal, jedenfalls aber durchaus unbedeutend ist, haben sich die großen Wohnungen (Erschaffungswohnungen) weit über den Bedarf hinaus vermehrt, so zwar, daß einer weiteren fortschreitenden Entwicklung dieses angeblich so profitablen Zweiges der Bautätigkeit mit ernstester Sorge entgegenzusehen werden müßte.

Nicht anders ist die Situation am Dresdner Grundstückmarkt nach den Mitteilungen der Dresdner Immobilienverlehrsbank Aktiengesellschaft, die im Anfang vorigen Jahres unter Mitwirkung der Dresdner Bank, der Deutschen Bank, der Allgemeinen Deutschen Kreditanstalt, der Dresdner Baugesellschaft und der Leipziger Immobilienverlehrsbank errichtet wurde. In ihrem ersten Jahresbericht führt sie aus, daß sie die Hoffnungen der Terraintensivierer, die in der neuen Bank eine Abnehmerin für Baureale zu finden glaubten, nicht habe erfüllen können. Denn wenn auch die allgemeine Statistik einen Mangel an Wohnungen nachweise, so lehre doch ein Blick auf die Spezialisierung dieser Statistik, daß dieser Mangel an Wohnungen nur an sogenannten Kleinwohnungen vorhanden ist, während das Angebot größerer Wohnungen, die für eine spekulative Tätigkeit in Frage kommen, die Nachfrage nach der in den letzten beiden Jahren wieder reger entfalteten Baulust nicht unerheblich übersteigt. Ueberdies seien die Preise für Bauland in Dresden ausnahmslos so hoch gestellt, daß ein Gewinn bei späterer Verwertung ausgeschlossen erscheint. Schroff ist das Mißverhältnis auch in Magdeburg, wo nach einem Bericht der „Vossischen Zeitung“ von den überhaupt leerstehenden Wohnungen das Angebot größerer Wohnungen am stärksten ist, während das Angebot von Kleinwohnungen sogar gegen das Vorjahr zurückgegangen und durchaus ungenügend ist. Die Ursache ist vorwiegend in der Art der Bautätigkeit zu suchen. Trotz des ungenügenden Vorrates an Kleinwohnungen sind durch die

Bautätigkeit noch mehr größere Wohnungen als 1910 hergestellt worden. So wurden Wohnungen von vier und mehr Zimmern in Magdeburg ohne Vororte 892 erstellt gegen 579 im Vorjahre, während Wohnungen von ein und zwei Zimmern und Küche nur 445 gebrauchsfertig wurden gegen 525 in 1910. Noch in zahlreichen andern Großstädten herrscht der gleiche Zustand; es wird nicht gebaut, was erforderlich ist, sondern was die jeweiligen Terraintensivierer des den Bau- und Hypothekenmarkt beherrschenden Kapitals begehren.

Grell wird die Lage am Berliner Baunarkt wieder einmal durch die Zahlungseinstellung des Baumeisters Franz Pumplun beleuchtet, der neben dem umfangreichen Baugeschäft in Berlin eine ausgedehnte Holzhandlung und zwei Sägewerke in Misdroy und Schlawe betrieb. Die Firma besteht seit einer Reihe von Jahren, sie führte hauptsächlich Bauten für eigene und für fremde Rechnung in Wilmersdorf aus, besorgte aber auch die Finanzierung. Früher war an dem Unternehmen Pumpluns die Immobilienfirma Havesstedt & Contag beteiligt. Die mit Pumplun arbeitenden Banken hatten ihm bereits vor einiger Zeit die Kredite beschnitten, ferner soll er darunter gelitten haben, daß seine eigenen Forderungen mangelhaft eingingen. Anscheinend hat die insolvente Firma schon seit einiger Zeit immer wieder Bauten beliblich desfalls übernommen, um auf diese Weise neue Mittel zu erlangen.

Wenig überrascht hat die Verschärfung der Schwierigkeiten bei der Berliner Terraintensivierung und Baugesellschaft, die zu dem Fürstentruft gehört, wie der Unternehmenskomplex der beiden Fürsten Pohlenlohe-Dehringen und Fürstenberg genannt wird. Gemeinsam mit dem Fürstentruft herrschte in dieser Gesellschaft früher der inzwischen aufgenommene Bankier Neuburger, der 1909 durch die Deutsche Bank verdrängt wurde. Mit dem Einzug der Deutschen Bank in die Berliner Terraintensivierung und Baugesellschaft vollzog sich auch eine riesenhafte Kapitalvermehrung, die Gesellschaft schuf 10 1/2 Millionen neue Aktien, durch die das Aktienkapital auf 18 Millionen Mark stieg, zugleich gab sie 20 Millionen-Mark Obligationen aus, für die der Fürstentruft die Zinsgarantie übernahm. Was die Deutsche Bank zur Beteiligung an der Berliner Terraintensivierung und Baugesellschaft lockte, war die Beteiligung ihres Tochterinstitutes, der Bergisch-Märkischen Bank, an der großen Baufirma Bosrau & Krauer G. m. b. H. in Berlin, die im Laufe der Jahre sich aus einem Baunehmen zu einem Konzern vieler Gründungen entwickelt hatte. So gründete Bosrau & Krauer G. m. b. H. das Excelsior-Hotel in Berlin, die Deutsche Hotel-Gesellschaft, der das Esplanade-Hotel in Berlin und Hamburg gehört, und die Theater- und Saalbau-Aktiengesellschaft mit Betrieben in Oberseel und Berlin. Mit der Interessensnahme an der Passage-Kaufhaus-Gesellschaft, die schnell schiffbrüchig erlitt und von dem Warenhaus W. Wertheim übernommen wurde, gelangte der Fürstentruft durch die Terraintensivierung und Baugesellschaft in den Besitz der Wolf Wertheim G. m. b. H., die enorme Summen verschlang. Aus der Angliederung von Bosrau & Krauer erwuchs der Berliner Terraintensivierung und Baugesellschaft eine böse Last, von der sich die Deutsche Bank befreien wollte. Indes ist ihr dieser Schatzguthum nicht ganz gelungen, die Berliner Terraintensivierung und Baugesellschaft muß einschneidend saniert werden; der Kurs der Aktien, der Ende 1909 über 160 pZt. notierte, stellt sich gegenwärtig auf etwa 30 pZt.

Von Bedeutung ist ferner die in diesen Tagen erfolgte Zahlungseinstellung der Holzhandlung A. Goldstein in Königs hütte, die früher eine Zeilung als Aktiengesellschaft unter dem Namen Oberseelische Terraintensivierung und Holzverwertung Aktiengesellschaft bestand. Vor mehr als einem Jahrzehnt erwarb sie große Terraintensivierung in Königs hütte, die Erfolge bei der baulichen Erschließung blieben jedoch weit hinter den Erwartungen zurück. Ferner war die Firma bei ihren Holzabnehmern durch Hergabe von Baugeldern und Krediten beteiligt; Wechsel aus diesen Kreditgeschäften diskontierte die Bankfirma Sorauer & Förster, die gleichfalls in Zahlungsschwierigkeiten geriet. Nach vorliegenden Meldungen sind noch zahlreiche Bauten vorhanden, die erst vor kurzer Zeit begonnen worden sind; bei den Gläubigern soll wenig Neigung bestehen, die begonnenen Bauten zu Ende zu führen. Die Verquickung von Holzhandel und Baugesellschaft durch Gewährung langer und großer Kredite an die Holz Käufer hat in den letzten Monaten in verschiedenen Gegenden des Reiches zu umfangreichen Zusammenbrüchen geführt.

In einer gleich günstigen Situation wie die großen Tiefbauunternehmen befinden sich auch die spezialisierten Schachtbaubetriebe. So wird die Dividende der Deutschen Schachtbaugesellschaft, deren Aktienkapital von 2 1/2 Millionen Mark sich zur Hälfte im Besitz der Deutschen Erdöl-Aktiengesellschaft befindet, für 1911 auf etwa 35 pZt. geschätzt. Das Unternehmen soll auf drei Jahre mit Arbeit versehen sein. Um das Preisniveau zu stabilisieren und weiter aufzubessern, stiftet die Deutsche Schachtbaugesellschaft die Errichtung einer Preiskonvention an. Vor einigen Monaten wurde der Versuch gemacht, die Schachtbaubetriebe von Haniel & Lueg und der Firma Thyssen mit der Rheinisch-Westfälischen

Schachtbaugesellschaft, der Aktiengesellschaft Gerhard & König und der Deutschen Schachtbaugesellschaft völlig zusammenzuschließen; als Ersatz für die gescheiterte Fusion soll jetzt die Kartellierung erfolgen.

Politische Umschau.

Der Präsidial-Tragikombie Fortsetzung und Ende. — Beginn der Staatsberatungen im Reichstage. — Besserung der deutsch-englischen Beziehungen. — Proklamierung der Republik in China.

Der am Dienstag der Berichtswache wieder zusammengetretene Reichstag hatte sich zunächst auf neue mit der Präsidentenwahl zu beschäftigen. Wie unsere Leser wissen, ergab sich diese Notwendigkeit aus dem Umfande, daß der zum Präsidenten gewählte Zentrumsgewählte Spahn sein Amt am nächsten Tage niederlegte. Es schien, als habe dieser Verzicht des Zentrums auf die Präsidentenwahl eine einigermaßen klare Situation geschaffen und man durfte annehmen, daß sich in dem die Konstituierung des Reichstages ohne weitere Schwierigkeiten vollziehen würde. Aber es ist anders gekommen. Der Tragikombie ersten Teil folgte der zweite, noch weit jüngerliche. Als Folge des Rücktritts Spahns traten innerhalb der nationalliberalen Fraktion ernste Differenzen zutage. Der rechte Flügel der Nationalliberalen, dessen höchstes Mißfallen es ja schon erregt hatte, daß der sozialdemokratische Abgeordnete Scheidemann mit Hilfe eines Teiles der Nationalliberalen zum ersten Vizepräsidenten gewählt worden war, stellte sich nach dem Rücktritt Spahns und als alle Versuche des Herrn Schiffer, nochmals eine Zentrumskandidatur für das Präsidium, zustande zu bringen, gescheitert waren, auf den von nationalliberalen „Mitt“ zugehenden Standpunkt, daß von einer Beteiligung der Nationalliberalen an einem Präsidium, das seinen Vertreter der Rechtsparteien aufwies, nicht die Rede sein dürfe. Um ihren Zweck zu erreichen, verschmähten es die Nationalliberalen nicht, ein Mäntel- und Intelligenzspiel, eine Feße gegen ihren abwesenden Parteiführer Wasser-mann in Szene zu setzen. Und das Werk wurde denn auch mit Erfolg gekrönt: die nationalliberale Fraktion beschloß, sich an einem nur von Linksparteien gebildeten Präsidium nicht zu beteiligen. Der als zweiter Vizepräsident gewählte Abgeordnete Dr. Paache wurde genötigt, sein Amt niederzulegen. Also der Anfang einer Wechselseitigen Führung der Nationalliberalen, ein Umfall der klüglichen und ent-würdigendsten Art! Manches Beispiel traurigen Unfalls haben die Nationalliberalen schon gegeben, diese ihre neueste Leistung aber dürfte allem die Krone aufsetzen. Verdienter-anßen-entern sie denn auch von allen Seiten, selbst von den Rechtsparteien, nur Hoßn und Spott.

So kam es, daß sich die Neuwahl eines Präsidenten bis zum Mittwoch verzögerte. Sie wurde schließlich dadurch ermöglicht, daß sich die fortschrittliche Volkspartei entschloß, in der Person des Abgeordneten K a e m p f einen Kandidaten zu stellen. Kaempff wurde dann mit 193 von 201 gültigen Stimmen gewählt. An die Stelle von Paache trat als zweiter Vizepräsident der Abgeordnete D o v e, ebenfalls von der fortschrittlichen Volkspartei. Damit ist dem zur vorläufigen Führung der Geschäfte des Reichstages ein-aus-gesprochenes Präsidium der Linken gebildet worden.

So kurz die Dienstagstagung war — wurde sie doch schon nach etwa 20 Minuten vertagt — so ist ihr doch eine besondere, eine historische Bedeutung beizumessen, insofern, als in dieser Sitzung zum erstenmal seit seinem Verlassen der deutsche Reichstag von einem Sozialdemokraten eröffnet wurde. Das Geschick und die Ruhe, mit der der sozialdemokratische Vizepräsident Scheidemann seines Amtes waltete, mögen manchen Abgeordneten der „Ordnungs-parteien“ um die erhoffte Schadenfreude gebracht haben!

Am Mittwoch konnte der Reichstag nach vollzogener Präsidentenwahl endlich mit seinen Arbeiten beginnen. Nach Vorvernahme einiger Interpellationen trat er in die Staatsberatung ein. Schon vorher ging eine wahre Flut von Anträgen ein, insbesondere vom Zentrum und den Sozialdemokraten. Eingeleitet wurde die Staatsberatung durch den Schachtbaubetrieb W e r m u t h, der sich auf eine kritische Untersuchung der deutschen Finanzentwicklung einließ. Selbstverständlich ist seine eigene Finanzpolitik um vieles besser als die der früheren Jahre, — das zu „beweisen“ war wohl der Hauptzweck seiner kritischen Darlegungen. Hinsichtlich der kolonialen Neuverordnungen an Kongo erklärte Herr Wermuth, daß die hierfür erforderlichen Ausgaben noch nicht zu übersehen seien; wahrscheinlich wird also der Reichstag noch mit einem Nachtragset für Neukamerun befaßt werden.

Als erster Redner aus dem Hause ergriff der sozialdemokratische Abgeordnete F r a n k das Wort, der betonte, daß die deutschen Wähler jetzt keine Parteienvereine, sondern Taten erwarteten, bei denen mitzuwirken der erste Wille der angeblich nur „vernehmenden“ Sozialdemokratie sei. Das beweiße die Haltung der sozialdemokratischen Fraktion bei der Präsidentenfrage und die große Zahl der von ihr eingebrachten Anträge. In großzügiger Weise gedachte der sozialdemokratische Redner der Wahlergebnisse und der Vorgänge bei der Präsidentenwahl. Sein W a f f e n a n die bürgerlichen Parteien, mit dem er seine Ausschreibungen schloß, wird von deren Vertretern mit recht gemühten Gefühlen entgegengenommen worden sein.

Herrn v. B e i t h m a n n-H o l l w e g, dem von Gott und aller Welt verlassenen Reichskanzler, kam es, wie er sagte, darauf an, die Stellung der verbündeten Regierungen zu den Wahlen und ihre Ergebnisse darzulegen. Er verteidigte die Regierung gegen die wegen des Wahlausfalles wider sie erhobenen Vorwürfe, insbesondere, daß sie nichts zur Auf-

Klärung über die Finanzreform getan habe, und machte im klaren sein Horn und Unmut über das Anwohnen der roten Karte, wie über die Stichwahlstatistik der Liberalen auf.

Zu seinen Vorgesetzten ließ er sich sogar die Angehörigkeit zu schulden kommen, absperrende Kritik zu ihnen an der Wahl eines sozialdemokratischen Vizepräsidenten. Den bürgerlichen Parteien warf er vor, daß sie seinen Ermahnungen zur Sammlung nicht gefolgt seien, statt dessen habe man fortgefahren mit Haber und Entzweiung.

Aus dem fernen Osten, aus China, kommt zu uns die Kunde von einem hohen weltgeschichtlichen Ereignis: Die Proklamierung der chinesischen Republik ist vollzogen.

Bauarbeiterbewegung.

Deutscher Bauarbeiterverband. Bekanntmachung des Vorstandes.

Zu Urrecht haben vom Verband der Maurer und Handlanger in der Schweiz eine Reiselegitimationskarte erhalten die Mitglieder Ch. Simonson (chinesisch Buch Nr. 8604) und Peter Jensen (deutsches Interimsbuch Nr. 021 100).

Aufforderung. Der Kollege Richard Kampelt (Verb.-Nr. 126 601) wird aufgefordert, das Mitgliedsbuch des Kollegen H. Spring in den Verbandsvorstand einzusenden.

Sterbegeld darf laut Statut nur auf Anweisung des Verbandsvorstandes ausgezahlt werden. Zu bei diesbezüglichen Anträgen sind die gebrauchten Formulare B, welche dem Verbandsvorstand zu beziehen sind, zu verwenden.

Unterstützungs-Anweisungen sind in der Zeit vom 11. bis 17. Februar erteilt für:

Table with columns: Zweigverein, Name des Mitgliedes, Beruf, Buch-Nr., Mann oder Frau. Lists members from various regions like Raugem Berlin, Bielefeld, Dresden, etc.

Verlorene Mitgliedsbücher. In der Zeit vom 11. bis 17. Februar sind nachfolgende Mitglieds- bzw. Interimsbücher als verloren oder als abhanden gekommen gemeldet worden und Ersatz für dieselben ausgestellt:

Table with columns: Buch-Nr., Name des Mitgliedes, Geburtsort, Geburtsdatum, Eintrittsdatum. Lists lost membership books and their details.

Vom 12. bis 19. Februar haben folgende Zweigvereine Geld an die Hauptkasse gesandt: Mantenburg i. Rh. M. 1,80, Borsdorf 1,20, Bamberg 26,56, Galbe (Saale) 19,30, Frankfurt a. M. 164, Grundens 46,95, Wippenen 250, Aiterbog 137,10, Kreisau 10,26, St. Schönebeck 65,60, Löhne 50, Randshut i. B. 10, Oepfen 175,87, Billfallen 32,05, Pfarrkirchen 42,84, Passau 26,70.

Rötha 11,60, Sonneberg i. Th. 287,52, Straßburg i. Elsaß 26,80, Stuttgart 14780,14, Süß 97,15.

Kalender.

- Leipzig M. 1, Oepfen 7,50. Futterate. Moosburg M. 8,70, Stuttgart 40. Schweinfurt M. 6. Grundstein-Einband und Decken. Mannheim M. 4, Schweinfurt 1,10, Wilmshausen 8. Die Reichsversicherungsgesetzgebung. Stuttgart M. 2,50. Der große Kampf. Schweinfurt M. -75, Kiel 100. Arbeit und Kultur. Schweinfurt M. 1,50.

Ausgeschlossen sind auf Grund § 40 Abs. 2a des Statuts vom Zweigverein Nürnberg e. r. g. Michael Köster, eingetretten am 22. Juni 1908 (Verb.-Nr. 61 194), Georg Böhm, eingetretten am 2. April 1905 (59 656), Karl Schwendner, eingetretten am 8. August 1911 (10 118 035) und Albert Eder, eingetretten am 8. März 1911 (028 407).

Gestohlen ist das Mitgliedsbuch des Kollegen Calante Antonio, geboren am 5. September 1878 zu Socchieder-Idvine. Es wird ersucht, dasselbe dem Vorzeiger abzugeben und an den Kollegen Ludwig Wolf in Karlsruhe, Wilhelmstr. 47, einzusenden.

Ebenfalls gestohlen wurde dem Kollegen Willy Fischer, geboren am 13. August 1892 zu Guben, das Mitgliedsbuch Nr. 132 767, und die Heisekarte. Es wird ersucht, die Papiere dem Vorzeiger abzugeben und an den Verbandsvorstand einzusenden.

Verlorene Heisekarte. Der Kollege Ernst Gruber, geboren am 27. Oktober 1853, eingetretten am 18. Juni 1910, hat seine Heisekarte, Nr. 121 184, verloren. Es wird ersucht, dieselbe an den Verbandsvorstand einzusenden.

Lohnbewegungen und Differenzen.

Deutschland:

- Allendorf-Sooden. Sperrung über die Firmen Henkeroth und Schulze. Ansbach. Sperrung über den Unternehmer Lang. Bernburg-Gröna. Sperrung über die Firma Fischer & Hagengut (Ziegelindustrie). Borsdorf. Sperrung über die Firma Fischer & Hagengut. Borkum. Differenzen. Bülow. Sperrung über die Firmen Max Pommorenig, Fritz Pommorenig und Körner (Norddeutsche Bau-Aktiengesellschaft). Cassel. Streik an den Arbeiten der Wasserleitungsbauten in Heckerhausen und Weimar wegen Lohnminderung. Dresden. Sperrung über den Neubau Wehowsky, Tischlerstraße. Eilenburg. Sperrung über die Ostuloidfabrik. Gartz a. d. O. Sperrung über die Firmen Winter in Hohen-Reinkendorf und Wolter in Wartin. Gräfenhain. Sperrung über die Firma Graber. Güsten. Sperrung über die Firma Burau. Hermannsburg. Streik. Kronach. Sperrung über die Firmen Haun, Messelberger und Kestel & Zeis. Leipzig. Sperrung über die Bauten der Eisengießerei Becker & Co. in Leipzig-Leutzsch, Hohe Straße, über die Unternehmer Stein & Walter in Sellerhausen, Bülowstraße, über die Bauten der Unternehmer Hennig und Bayer in Sellerhausen, Paulinenstraße, und Küster in L.-Dösen, Ecke Johann- und Eigenheimstraße, sowie über den Neubau des Unternehmers Max Naumann in Connewitz, Scheffelstraße. Nannhof. Sperrung über Ebert & Hietschold. Neugersdorf. Sperrung über das Baugeschäft Gustav Polisch. Nordenham. Aussperrung wegen Nichtanerkennung des Arbeitsnachweises. Nürnberg. (Steinhauer.) Sperrung über die Firma Leitkam. Pöhlitz. Sperrung über die Arbeiten auf dem Fabrikbau Feldmühle in Gavelvisch. Priebeus. Sperrung über das Braunkohlenwerk Grube „Alice“ in Pechern bei Priebeus. Rotenburg i. Hannover. Sperrung über die Arbeiten der Unternehmer A. Junk und Wedekind. Schobergrund. Sperrung über die Firmen Liebig und Dorn. Schwensen b. Posen. Sperrung über die Firmen R. Iwan und A. Höfig. St. Margarethen. Aussperrung. Stettin. (Maurer.) Sperrung über das Eisenwerk „Kraft“ in Stolzenhagen-Kratzwick. Windecken b. Hanau. Sperrung über die Arbeiten des Unternehmers Kern ans Friedberg. Wismar. Sperrung über die Firma Boshase. Zinnowitz. Sperrung über die Arbeiten der Unternehmer Johann Hopf, Carl Sadegwasser, Otto Jahnke, Hermann Schumann, Rudolf Banke und Carl Mäcke in Zinnowitz und Wilhelm Schmidt, Johann Labahn und Rudolf Parlow in Koserow.

Fliessenleger:

Geln. Sperrung über den Zwischenmeister Peter Goschler. Dortmund. Sperrung über die Zwischenmeister Lillenthal und Sommerstein in Barop bei Dortmund.

issen. Sperrn über alle Arbeiten der Firma Lange sowie der Zwischenmeister Seiner und Dietrich Kuhn.

Hamburg. Sperrn über die Firma Ang. Hoehne Schio. Mannheim-Ludwigshafen. Sperrn über die Firmen Fuchs & Priester und Friedr. Hess sowie über die Zwischenmeister Anton Glock und Gustav Kost.

Mülheim a. d. R. Sperrn über alle Arbeiten der Firma Krüner.

Stakkateure:

Breslau. Sperrn über die Firma Simlinger & Gode.

Bruchsal. Sperrn über die Firmen H. Knoch, Franz Glück und E. Rullmann.

Duisburg. Sperrn über die Arbeiten des Schwitzmeisters Michel Aretz.

Heldenbergen b. Frankfurt a. M. Sperrn über die Firma Gebrüder Reinhard.

München. Sperrn über die Firma Fratou & Sellmaier.

Schlettstadt. Sperrn über die Firma Bortelle.

Schopfheim. Sperrn über die Firmen Wachter und Schaible & Siegwart.

Tarnowitz. Sperrn über die Firma Böhm.

Isolierer und Steinhölzler:

Berlin. (Steinhölzler.) Sperrn über die Brandenburgischen Steinhölzwerke.

Cöln. (Steinhölzler.) Sperrn über die Ebelit-Werke (Vertreter: D. Deppe in Cöln), Korkolit-Werke von D. Deppe und Heinrichs.

Düsseldorf. (Steinhölzler.) Sperrn über Nüsse & Otto, Kettenbelt-Eisenach, Zweiggeschäfte Düsseldorf.

Arbeitsmarkt.

Über die Arbeitsnachweise der Unternehmer in Bremen, Cuxhaven, Dortmund, Emden, Naumburg a. d. S., Nordenham, Nürnberg, Oldenburg i. Gr., Schleswig, Vegesack und Wilhelmshaven haben unsere dortigen Kollegen den Boycott verhängt.

Verhandlungen mit den Isolierfirmen.

In der vorigen Woche, am 13., 14. und 15. Februar, ist mit den Vertretern des Zentralverbandes der Isolierfirmen Deutschlands über ein Vertragsmuster verhandelt worden. Bei dem Friedensschluß im Januar wurde bekanntlich ein Provisorium geschlossen, dessen Geltungsdauer bis zum 1. April gemessen wurde; bis dahin sollte dann ein festes Vertragsverhältnis geschlossen werden.

Die nunmehr stattgefundenen Verhandlungen haben uns zwar diesen Ziele etwas näher gebracht, sie haben aber auch zugleich gezeigt, daß es durchaus nicht leicht ist, die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in diesem Gewerbe tariflich zu regeln. Die Verhandlungen sind noch nicht zu Ende geführt, sie sind einseitig abgebrochen worden, sollen jedoch in nächster Zeit wieder aufgenommen werden. Man darf mit einiger Zuversicht auf das Zustandekommen einer Einigung rechnen.

Wichtig sind beide Parteien in dem Bestreben, ein Vertragsschema central zu vereinbaren und mit diesem örtliche beziehungsweise Bezirksverträge abzuschließen. Die Arbeitszeit soll im ganzen Gewerbe neun Stunden betragen; wo sie heute noch länger ist, soll sie während der Vertragsdauer auf neun Stunden herabgesetzt werden, wobei selbstverständlich ein Lohnausgleich zu bewilligen ist. Die sogenannte **Auslösung**, d. i. die Entschädigung bei Arbeiten in größeren Entfernungen, ist einseitig für das ganze Gewerbe auf M. 3 festgesetzt worden; auch hier soll der Ausgleich in den Orten mit niedrigerer Auslösung während der Vertragsdauer herbeigeführt werden. Sehr viel Schwierigkeiten machte die **Bezahlung der Wartezeit**. Die Parteivertreter einigen sich schließlich darauf, daß die Wartezeit bei **auswärtigen** Arbeiten mit dem vollen Lohn entschädigt werden soll. Die Zulage für die **Kittarbeiten** ist noch strittig geblieben. Hier forderten wir eine tägliche Entschädigung von 50 $\%$, während die Firmenvertreter eine solche Zulage überhaupt nicht anerkennen wollten. Sie machten im letzten Stadium der Verhandlungen ein Angebot von 25 $\%$ pro Tag, womit sich unsere Organisationsvertreter noch zu befähigen haben. Ebenso umstritten war die **Bezahlung der Reisezeit**, für die die Firmenvertreter eine Entschädigung von 30 $\%$ resp. 50 $\%$ pro Stunde boten, während wir dafür den vollen Lohn insoweit fordern, wie die Reise in die Arbeitszeit fällt. Dieser Punkt ist strittig geblieben. Daneben steht noch eine Einigung in der Frage der **Akkordarbeit** aus. Hier werden die Firmenvertreter noch einen tüchtigen Pflock zu durchstoßen müssen, wenn nicht schließlich die ganze Arbeit vergebens gewesen sein soll. Das sollte ihnen nicht aufzukommen fallen; denn sie wissen, daß auch die Arbeitervertreter in einer sehr wichtigen Frage nachgegeben haben, nämlich darin, ob die Firmen die in ihrem Vertragsgebiet vereinbarten Löhne auch bei Arbeiten in andern Vertragsgebieten zahlen können, oder ob sie sich dann an die in diesem Gebiet bestehenden Löhne zu halten haben. Wir vertraten den letzteren Standpunkt; da sich jedoch zeigte, daß der ganze Vertragsabschluß scheitern würde, wenn wir darauf bestanden, so machten die Arbeitervertreter diese Konzession.

Über die weiteren Einzelheiten läßt sich erst berichten, wenn die Verhandlungen beendet sind und wenn das Vertrags-

muster seine endgültige Redaktion erfahren hat. Erst dann können auch die örtlichen Verhandlungen über den Lohn und die übrigen Gegenstände beginnen, die der örtlichen Regelung überlassen werden müssen.

Gau Mecklenburg.

In **Güstrow**, wo wir noch das alte Vertragssystem hatten, lief der geltende Vertrag mit dem 31. Dezember 1911 ab. Verhandlungen zum Abschluß eines neuen Vertrages wurden bereits im Oktober vorigen Jahres von den Unternehmern eingeleitet. Diese führten aber nicht zur endgültigen Einigung, weil eine Einigung über das Lohngebiet nicht zustande kam. In einer der letzten Verhandlungen einigten sich dann beide Parteien, diese Frage einem Schiedsgericht zur endgültigen Einigung zu unterbreiten, wenn auch in allen anderen Punkten eine Einigung erzielt sei. Am 10. Januar fand dann die letzte Verhandlung statt. Das Resultat war der Abschluß eines Vertrages auf neuer Grundlage bis zum 31. März 1913 mit einer sofortigen Lohnverhöhung für Maurer von 50 auf 54 $\%$ und für Hilfsarbeiter von 35 auf 42 $\%$ pro Stunde. Dieses Angebot wurde von den Kollegen angenommen. Es verblieb nun noch die strittige Frage des Lohngebietes. Das Schiedsgericht für Mecklenburg hat sich nun am 5. Februar mit dieser Frage beschäftigt und folgendermaßen entschieden: „Von den strittigen Ortschaften Jegna, Soppentrade, Schwiggerow, Nienhagen, Wietz, Reinsbagen und Gremelin sollen die Ortschaften Jegna, Schwiggerow, Nienhagen, Wietz und Reinsbagen, nicht dagegen auch die Orte Soppentrade und Gremelin zum Lohngebiet Güstrow gehören.“ Zur Begründung wurde angeführt, daß diese Entscheidung gefällt sei, weil nachweislich in den Wietzischen Gegenden vorwiegend von Güstrow aus gearbeitet werde, aber auch eine Trennung dieser Begüterung nicht gut möglich sei. Damit war dann auch dieser Streitpunkt beseitigt. Der Vertrag gilt vom 29. Januar an. — Die Sperrn über den Unternehmer Seefahr in **Wismar** dauern noch unbeeinträchtigt fort. Wenn es dem Unternehmer auch gelungen ist, einige recht fragwürdige Elemente als Hausarbeiter zu bekommen, so besteht doch die Hoffnung, daß in kurzer Zeit eine Wendung in der Sache eintritt.

Entscheidungen des Zentralschiedsgerichts.

Sitzung vom 5. bis 7. Dezember 1911.

Entscheidung Nr. 211.

In Sachen des Arbeitgeberverbandes für das Baugewerbe Schleswig-Holstein (Ortsverband Neustadt i. H.) gegen die Gausleitungen der Arbeitnehmerorganisationen in Hamburg.

Die Zentralorganisationen werden angewiesen, innerhalb dreier Wochen einen genehmigten Vertrag zustande zu bringen. Es wird ihnen empfohlen, den Vorschlag der gemeinsamen Kommission vom 9. August 1911 anzunehmen.

Gründe.

Die örtlichen Organisationen in Neustadt i. H. haben in einer Verhandlung vom 3. September 1911 vereinbart, daß ein Arbeitgeber vor dem Vorstich der örtlichen Schlichtungskommission führen soll. Dieser Vertrag hat aber nicht die Genehmigung der Gausleitungen gefunden. Der Arbeitgeberverband für das Baugewerbe in Schleswig-Holstein beantragt, zu entscheiden, daß die Vereinbarung vom September 1911 zu Recht besteht und den Vorstich der Schlichtungskommission ein Arbeitgeber zu führen hat. Für diese Entscheidung ist das Zentralschiedsgericht aber nicht zuständig, da sie einen von den Gausleitungen und den Zentralorganisationen genehmigten Vertrag voraussetzt. Aufgabe des Zentralschiedsgerichts ist es aber, den endgültigen, das heißt genehmigten Abschluß eines örtlichen Tarifvertrages zu veranlassen und den Zentralorganisationen hierfür eine Frist zu setzen. Empfohlen wird den Parteien dabei, die Vorschläge in der Verhandlung vom 9. August 1911 zu berücksichtigen, wonach die Kommission den Vorstichen aus ihrer Mitte wählt.

Entscheidung Nr. 212.

In Sachen des Arbeitgeberverbandes für das Baugewerbe zu Halle a. d. Saale gegen die Zimmererorganisation in Halle a. d. Saale.

Das Urteil der zweiten örtlichen Instanz, in dem ausgesprochen ist, daß einige Zimmerer nicht wegen ihrer Organisationszugehörigkeit, sondern wegen Solgananzugs von einem Zimmermeister entlassen worden sind, wird bestätigt.

Gründe.

Das Gewerbegericht in Halle a. d. Saale hat in zweiter Instanz in Sachen der Zimmerer Henke und Saal gegen den Zimmermeister Karl Schulze in Halle a. d. Saale unter dem 22. Februar 1911 dahin entschieden, daß die Entlassung der Kläger, die am 2. Dezember 1910 erfolgt ist, keine Maßregelung darstellt. Das Gewerbegericht hat diese Entscheidung als einen Schiedspruch gemäß § 72 des Gewerbegerichtsgesetzes aufgeföhrt und den Parteien zu seiner Annahme eine Frist gesetzt, nach deren Ablauf der Schiedspruch als abgelehnt anzusehen sei, wenn sich nicht beide Parteien unterwerfen. Da dies nicht geschehen ist, bitten die Arbeitgeber um Bestätigung der Entscheidung. Dem Antrag war stattzugeben, da es sich um eine tarifliche Entscheidung handelt, die die Wirkung eines rechtskräftigen gerichtlichen Urteils hat, ohne daß es einer Unterwerfung bedarf.

Entscheidung Nr. 225.

In Sachen des Deutschen Bauarbeiterverbandes, Zweigverein Stettin, und des Verbandes der Zimmerer Deutschlands, Bezirksstelle Stettin, gegen den Arbeitgeberverband für das Baugewerbe in Stettin.

I. Es ist zulässig, mit den Polierern oder deren Organisationen besondere Verträge abzuschließen, falls festgestellt wird, daß sich diese nur auf Angestellte in gehobener Stellung beziehen sollen. II. Für den Begriff der gehobenen Stellung ist unter anderem maßgebend die Art der Tätigkeit, die Kündigungsfrist, die Anzahl der unterstellten Personen, Art und Höhe der Entlohnung und die

Stellvertretungsbezugnis, die nicht lediglich vorübergehend übertragen sein darf. III. Ein derartiger Vertrag darf nicht gegen die in dem bestehenden Vertragsverhältnis begründeten Rechte und Pflichten der beiderseitigen Organisationen verstoßen. IV. Gemäß wird der vorliegende Vertrag für unzulässig erklärt und der Schiedspruch der zweiten Instanz, soweit er den vorstehenden Voraussetzungen nicht entspricht, abgeändert.

Gründe.

In der vorliegenden Entscheidung werden zwei denselben Gegenstand betreffende Berufungen des Bauarbeiterverbandes und des Zimmererverbandes gemeinsam behandelt. Der Arbeitgeberverband für das Baugewerbe zu Stettin hat mit den Bezirksvereinen 1 und 2 des Deutschen Polierbundes zu Stettin und Umgebend einen Vertrag abgeschlossen, in dem es heißt:

„In § 2: „Der Arbeitgeberverband... erkennt in den Bezirksvereinen 1 und 2 des Deutschen Polierbundes... eine Unterabteilung des Deutschen Polierbundes an und sichert dessen Mitglieder gegenüber feindseligen Bestrebungen anderer Organisationen seinen Schutz zu, auch dann, wenn Mitglieder des Polierbundes mangels anderweitiger Beschäftigung vorübergehend als Gesellen arbeiten. Demgegenüber sind Mitglieder der Wundesvereine 1 und 2 des Deutschen Polierbundes für den Vertragsbezirk verpflichtet, keiner Gesellenorganisation beizutreten, auch dann nicht, wenn sie vorübergehend als Gesellen arbeiten.“

In § 3: Die Mitglieder des Arbeitgeberverbandes... verpflichten, bei Einstellung von Polierern in erster Linie Mitglieder des Polierbundes zu berücksichtigen. Bei Bewerbungsverfahren haben sich die Polierere als Mitglieder des Deutschen Polierbundes auszuweisen. Die Vorstände der Bezirksverbände 1 und 2 im Deutschen Polierbund sind verpflichtet, den Arbeitgeberverband zu Stettin bezüglich ihres Mitgliederbestandes auf dem laufenden zu erhalten. Polierere, die dem Poliererbunde noch nicht angehören und bei einem Arbeitgeberverbandsmittglied als Polier angenommen sind, ist dieselbe Wohnung zu zahlen, die den Mitgliedern des Polierbundes vertragsmäßig zugestehet ist, vorausgesetzt, daß sie den Verpflichtungen des § 2 nachgekommen sind. Personen, die irgendeiner Gesellenorganisation angehören, dürfen von Mitgliedern des Arbeitgeberverbandes als Polierere nicht beschäftigt werden. Der Arbeitgeberverband zu Stettin verpflichtet sich ausdrücklich, dafür Sorge zu tragen, daß arbeitslose Polierere bei seinen Mitgliedern als Gesellen eingestellt werden. Die Polierere sind verpflichtet, vor Einstellung eines arbeitslosen Kollegen die Genehmigung hierzu vom Arbeitgeber eingeholen.“

Während der Bauarbeiterverband nur diese beiden Paragraphen ansieht, beantragt der Zimmerverband, den ganzen Vertrag für unzulässig zu erklären. Beide berufen sich auf folgende Bestimmungen des Hauptvertrages von 1910 und des örtlichen Tarifmusters: § 7 des Hauptvertrages: „Das Vertragsmuster nach den protokollierten Erklärungen ist ein wesentlicher Bestandteil dieses Hauptvertrages und bildet die Grundlage der von den örtlichen Organisationen abzuschließenden Verträge. Er ist in seinem Wortlaut unabänderlich. Zusätze sind gestattet, soweit sie nicht den Sinn seiner Bestimmungen oder dieses Hauptvertrages abändern.“ § 9 des Vertragsmusters: „Die vertragsschließenden Parteien verpflichten sich, ihren ganzen Einfluß einzusetzen, Verträge gegen den Vertrag oder Umgehungen desselben nachdrücklich zu bekämpfen, insbesondere keine im Widerspruch mit dem Vertrage ausbrechenden Bauperren, Streiks und Ausperrungen oder sonstige Maßnahmen irgendwie zu unterstützen.“ In § 10: „Die Zugehörigkeit zu einer Organisation darf auf keiner Seite ein Grund zu Maßregelungen sein, ebenso wenig darf der Arbeiter aus einer Organisation gebracht werden.“

Das Schiedsgericht zweiter Instanz in Stettin hat am 22. September 1911 entschieden: 1. Es widerspricht den Tarifverträgen mit den Maurern und Zimmerern an sich nicht, wenn die Arbeitgeber abweichende Bestimmungen in bezug auf die Beschäftigung von Arbeitnehmern als Polierere treffen, weil jene Tarifverträge überhaupt nur in bezug auf die Beschäftigung von Arbeitnehmern in denjenigen Gegenden gelten können, mit denen die Tarifverträge abgeschlossen sind, also auf die Beschäftigung als Maurer- und Zimmerergesellen, während Polierere als eine andere Gattung anzusehen sind. 2. Es widerspricht dagegen den Tarifverträgen mit den Maurern und Zimmerern, wenn die Arbeitgeber derartige abweichende Bestimmungen auch auf solche Arbeitnehmer erstrecken, die als Maurer- und Zimmerergesellen beschäftigt werden, wenn sie auch vorher als Polierere beschäftigt gewesen sind; denn da die Beschäftigung der Maurer- und Zimmerergesellen von beiden Seiten jederzeit ohne Kündigung gelöst werden kann, ist ein begrifflicher Unterschied zwischen vorübergehender und ständiger Beschäftigung als solcher nicht gegeben. 3. Der Vertrag mit den Poliererbunde würde den Tarifverträgen mit den Maurern und Zimmerern nicht widersprechen, wenn der letzte Satz des § 2 dahin geändert würde: „... anzugetreten beziehungsweise beizutreten, solange sie als Polierere beschäftigt werden.“ 4. Es widerspricht den Tarifverträgen, wenn die Arbeitnehmer als Gegenmaßnahme gegen eine Vertragsverletzung im Sinne der obigen Ziffer 2 beschließen haben, den § 10 Absatz 1 und 3 der Tarifverträge nicht zu beachten. 5. Um den Vertragsfrieden wieder herzustellen, ist demgemäß erforderlich: a) daß die Arbeitgeber den Vertrag mit dem Poliererbunde nur im Sinne der obigen Ziffer 3 anwenden und womöglich eine Veränderung in diesem Sinne herbeiführen; b) daß die Arbeitnehmer den § 10 Absatz 1, 2 und 3 der Tarifverträge wieder beachten.

Zugutkommen war der Vorinstanz, wenn sie die Zulässigkeit abweichender Tarifverträge mit Polierern bejahte; denn das bestehende Tarifverhältnis im Baugewerbe bezieht sich nur auf Gesellen, Geübten und Arbeiter im Sinne der Gewerbeordnung. Auf andere Angehörte würde das Vertragsmuster gar nicht passen, insbesondere nicht auf Meister und Betriebsbeamte, die eine Stellung zwischen den Arbeitgebern und Arbeitnehmern einnehmen und Kraft ihres Auftrages die Interessen der Arbeitgeber gegenüber den Arbeitern wahrzunehmen müssen. Nun bestanden aber gegen den Tarifvertrag der Polierere vom Standpunkte des bestehenden allgemeinen Tarifverhältnisses im Baugewerbe zwei Bedenken: einmal darf kein Tarif mit irgend jemand

einen Tarifvertrag abschließen, der bezweckt, die durch das bestehende Tarifverhältnis im Baugewerbe für die Gegenpartei begründeten Rechte zu beeinträchtigen, und dann ist der Begriff "Polier" kein so bestimmter, daß er ohne weiteres Gesellen, Gehilfen und Arbeiter ausschließt. Die Poliere gehen aus dem Arbeiterstande hervor und treten auch sehr oft in denselben zurück. Bald haben sie die Stellung eines Vorarbeiters, den man noch zu den Gesellen rechnen muß, bald die eines Meisters oder Betriebsbeamten. Daher dürfen die Arbeitgeber nur mit solchen Polieren oder ihren Organisationen Tarife abschließen, die nicht bloß Gehilfen sind, sondern eine gehobene Stellung (§ 133 a der Gewerbeordnung) haben, deren Merkmale unter II des Tenors beispielsweise aufgeführt wurden. Unter Nr. III war auszusprechen, daß ein solcher Vertrag nicht gegen das bestehende Tarifverhältnis im Baugewerbe verstoßen darf. Die beiden §§ 2 und 3 betreffen nun aber gegen dieses Tarifverhältnis schon deshalb, weil Personen als Poliere angefaßt sein können, ohne daß sie eine wesentlich andere Tätigkeit als die eines besser gestellten Gesellen verrichten. Nur lassen aber die Paragraphen sogar die Beschäftigung als gewöhnliche Gesellen zu. Ueberhaupt sind die beiden Paragraphen im ganzen genommen, geeignet, das Tarifverhältnis zu gefährden. Darum ist der angefochtene Vertrag unzulässig. Ob diese oder jene Bestimmung der beiden Paragraphen in einem neuen Vertrag übernommen werden dürfte, konnte das Zentralschiedsgericht nicht prüfen, weil man die Wirkung solcher Bestimmungen nur ersehen kann, wenn der ganze neue Vertrag vorliegt. Das Zentralschiedsgericht kann auch nicht beurteilen, ob der Vertrag nach Erreichung dieser oder jener Bestimmung für die Parteien noch einen Wert hat. Es konnte daher nur entschieden werden, daß der Vertrag in der vorliegenden Fassung unzulässig ist. Soweit die Entscheidung mit den unter I bis III des Tenors aufgestellten Grundsätzen im Widerspruch steht, hat sie abzuändern. Den Arbeitgebern bleibt es überlassen, mit den Polieren einen Vertrag abzuschließen, der dem bestehenden Tarifverhältnis nicht widerspricht. Daß die Parteien § 10 des Vertragsmodells beachten müssen, ist selbstverständlich.

Entscheidung Nr. 234.

In Sachen des Arbeitgeber-Bezirksverbandes für das Untermerse- und Emsgebiet gegen den Deutschen Bauarbeiterverband.
I. Nach Entscheidung des Zentralschiedsgerichts Nr. 137 sind alle Maßregeln, die die Wirkung einer Aussperrung haben, unterlag. Deshalb ist es unzulässig, daß Arbeiter, die bereits ein bestimmtes tarifmäßiges Arbeitsverhältnis eingegangen haben, zur Niederlegung der Arbeit veranlaßt werden. II. Im übrigen wird die Sache Nordenham zur Prüfung und Entscheidung aller außerdem strittigen Punkte an die zweite Instanz zurückverwiesen.

Gründe.

In Nordenham besteht ein einseitiger Arbeitgebernachweis, über den von dem Deutschen Bauarbeiterverband im Juli dieses Jahres der Boykott verfügt wurde. Der Arbeitgeberverband erblickt in verschiedenen Maßnahmen des Bauarbeiterverbandes eine Verletzung des Tarifvertrages und beantragt diesbezügliche Feststellung. Im Laufe der Verhandlungen erweiterte der Arbeitgeberbund seinen Antrag dahin, grundsätzlich auszusprechen, daß es bei Bestimmungen des Tarifvertrages zuwiderlaufe, in Befämpfung eines einseitigen Arbeitsnachweises die Arbeiter, die bereits ein bestimmtes Arbeitsverhältnis eingegangen haben, zur Niederlegung der Arbeit zu veranlassen. Der spezielle Nordenhamer Fall konnte vom Zentralschiedsgericht mangels hinreichenden Beweises nicht erledigt werden; es erschien deshalb angemessen, alle diesbezüglichen strittigen Punkte an die örtliche zweite Instanz zu verweisen. Was die grundsätzliche Frage anbelangt, so war im allgemeinen auf die Entscheidung Nr. 137 des Zentralschiedsgerichts Bezug zu nehmen. Dabei war das Zentralschiedsgericht der Ansicht, daß Maßnahmen der Arbeitnehmerorganisation, die die Aufhebung eines bereits eingegangenen Arbeitsverhältnisses bezwecken, nicht zu den zulässigen Mitteln zur Befämpfung des Arbeitsnachweises zählen. Es ist nämlich grundsätzlich schon auszugehen, daß es der Gewerorganisation nur gestattet ist, den Zweck des Arbeitsnachweises, das ist die Vermittlung von Arbeitsgelegenheit zu befähigen. Sobald aber ein bestimmtes Arbeitsverhältnis eingegangen ist, so liegen bereits über die Aufgaben des Arbeitsnachweises hinausgehende Privatverträge der einzelnen Arbeitgeber und Arbeitnehmer vor; die unter dem Schutze des Tarifvertrages stehen; unter diesen Umständen greift hier § 4 mit § 6 des Hauptvertrages ab.

Entscheidung Nr. 235.

In Sachen des Arbeitgeberverbandes für das Baugewerbe Pöhlz und Umgebung gegen den Zweigverein Pöhlz des Deutschen Bauarbeiterverbandes.
Die Streitfrage wird an die örtlichen Instanzen zurückverwiesen. Die Parteien werden veranlaßt, sofort die nötigen Schritte zu unternehmen, daß die Instanzen in Funktion treten können.

Gründe.

In Pöhlz besteht über eine Reihe von Sachen Streit, die die örtlichen Instanzen noch nicht befähigt haben. Der Arbeitgeberverband behauptet, daß die örtliche Arbeitnehmerorganisation sich geweigert habe, an den Verhandlungen der Instanzen teilzunehmen. Die Arbeitnehmerorganisation erklärte, daß diese Annahme auf einem Mißverständnis beruhe und daß sie jederzeit zu Verhandlungen bereit sei. Bei dieser Sachlage rechtfertigt sich die gefällte Entscheidung.

Schiedsgerichtliche Entscheidungen.

In der Einigungsamtssitzung für das Baugewerbe in Buer t. W. am 4. Januar 1912 wurde zunächst der Einspruch des Arbeitgeberverbandes gegen die Waffnung des Punkt 2 des Protokolls vom 10. November 1911, betreffend Befehle des Zentralverbandes der Zimmerer gegen die Firma Schwabinghoff & Reinhardt zu Dortmund, verhandelt. Es wurde eine Verständigung dahingehend erzielt, daß es in dem Protokoll heißen soll: "Die von der Firma Schwabinghoff & Reinhardt entlassenen Zimmerer erbliden in ihrer Ent-

lassung eine Maßregelung, weil einige Differenzen mit der Firma vorangegangen sind." Ferner soll es heißen: "Seitens der Arbeitnehmer wird behauptet und durch einen Beugen bestätigt, daß am Tage nach der Entlassung drei Zimmerer eingekerkert worden sind." Dann verhandelte man über einen Antrag der Schlichtungskommission der Zimmerer in Buer t. W. auf Entschädigung der Beschlüsse der Firma Gebr. Senger in Borne wegen Verhängung der Sperre über die Kolonienbauten Buer-Väcker seitens der freien Zimmererorganisation. Aus dem Vorbringen der Kommission und den Verhandlungen in der Schlichtungskommission ist als festzustellen anzusehen, daß die Firma Gebr. Senger in Borne dem Polier Wegmann Aufträge übertrug und den Betrag hierfür ausbezahlt hat. Wegmann ist verschwunden und hat den Zimmerern ihren Lohn vorenthalten. Die Firma ist demgemäß durch Beschluß der Schlichtungskommission verpflichtet, die um ihren Lohn gekommenen Zimmerer zu entschädigen. Die Firma ist der weiteren Auflage des Beschlusses, sich mit den Arbeitnehmern über den zu erstattenden Gehalt zu verständigen, nicht nachgekommen, hat auch nichts gesagt. Mit Rücksicht darauf, daß die Firma vor dem Einigungsamt nicht erschienen ist und weitere Tatsachen nicht vorgebracht hat, die zu einer andern Beurteilung der Frage führen könnten, bleibt es bei der Entscheidung der Schlichtungskommission. Wegen der gegen die Firma verhängten Sperre geht die überwiegende Auffassung des Einigungsamtes dahin, daß die Verhängung der Sperre während des schwebenden Verfahrens nicht erfolgen durfte, daß sie jedenfalls ohne Einberufen mit dem Arbeitgeberbund als Vertragszettel nicht statthaft war. Mit Rücksicht auf das ganze vertragswidrige Verhalten der Firma wird nunmehr vereinbart, daß sie den Arbeitnehmerorganisationen freigegeben werden soll, falls sie innerhalb acht Tagen nach Zustellung dieses Beschlusses ihren Verpflichtungen nicht nachkommt. — Zu einer Anfrage der Schlichtungskommission Witten, wie die Auszahlung des Lohnes zu erfolgen hat, teilte der Vorsitzende mit, daß die Arbeitgeber in Witten die Ansicht sind, die Arbeiter hätten keinen Anspruch auf Vergütung für die Zeit, die sie über die etwa eine halbe Stunde um die Stadt herum feigelegten Punkte bis zu einer halben Stunde Fahrzeit zur Arbeitsstelle zurückzulegen hätten; es sei in solchen Fällen nur das Fahrgeld zu vergüten. Die Arbeiter verlangten jedoch für diese über eine halbe Wegstunde hinausgehende Fahrzeit außer dem Fahrgeld auch eine Vergütung als Arbeitszeit. Das Einigungsamt stellte fest, daß die Fahrzeit über die feigelegten Punkte hinaus als Arbeitszeit zu vergüten ist. — Auf Antrag der Schlichtungskommission Dortmund beschiedigt sich dann das Einigungsamt mit der Auslegung des § 7 Abs. 4 letzter Satz des Vertrages. Die Bestimmungen des § 7 Abs. 4, wonach bei Lösung des Arbeitsverhältnisses die Papiere spätestens am folgenden Tage ausgereicht werden müssen, wird von den Arbeitern nur auf auswärts Arbeiten bezogen. Das Einigungsamt ist in der Weisheit der Ansicht, daß diese Auffassung weder im Wortlaut noch in den protokolliert niedergelegten Vertragsverhandlungen eine Begründung erhält. Dagegen ergibt sich aus dem Wortlaut, daß im allgemeinen die Auszahlung der Papiere am Tage der Lösung des Arbeitsverhältnisses, wie auch üblich, erfolgen soll und daß nur besondere Umstände den Arbeitgeber berechtigen, in Ausnahmefällen mit der Auszahlung bis zum nächsten Tage zu warten. — Die Schlichtungskommission Castrup fragt an, ob die im § 6 Abs. 1 des Vertrages zu zahlende Teilzahlung von 95 pzt. sinngemäße Anwendung auf Affordarbeit findet. Die Arbeitnehmer ziehen auf dem Standpunkt, daß die Teilzahlung von 95 pzt. auch auf den verdienten Affordlohn gemäß § 6 des Vertrages zu erfolgen hat. Der Vertrag gelte für alle Arbeitsverhältnisse, also auch für die Affordarbeit. Die Arbeitgeber sind der Ansicht, daß die Affordarbeit nur vertraglich zwischen den Parteien vereinbart werden kann und daß die Teilzahlung von 95 pzt. auf Affordarbeit nicht ohne weiteres Anwendung findet. Das Einigungsamt beschließt mit den Stimmen der Arbeitgeber und des Vorsitzenden: "Die in § 6 Abs. 1 des Vertrages zu gewöhnliche Teilzahlung von 95 pzt. ist nur dann auf Affordarbeit anwendbar, wenn sie im Affordvertrag vereinbart ist. Gründe. Die Bestimmungen des Vertrages finden zwar im allgemeinen auf Affordarbeit sinngemäße Anwendung, jedoch nur insoweit, als sich der Charakter der Affordarbeit mit ihnen nicht in Widerspruch setzt. Die fünfzehnprozentige Teilzahlung des verdienten Lohnes ist bei der Berechnung nach Stundenlohn sehr gut durchführbar, da über die Höhe des verdienten Lohnes kein Zweifel sein kann. Dagegen kommt es bei der Affordarbeit sehr auf die Vertragsbestimmungen an, ob zu jeder Zeit durch Vermessung usw. eine genaue Berechnung der verdienten 95 pzt. ermöglicht werden kann. Eine mechanische Anwendung des § 6 Abs. 1 auf Affordarbeit unterliegt daher erheblichen Bedenken und läßt insbesondere befürchten, daß die Affordverträge, die der freien Vereinbarung unterliegen, nicht immer die genügende Grundlage für eine zweifelsfreie Berechnung des fälligen Verdienstes bieten. Diernach erscheint es zur Vermeidung fortwährender Unstimmigkeiten geboten, in dem Affordvertrag auch die Zahlungsbedingungen zu regeln, sei es, daß die Abschlagszahlungen in wöchentlichen Raten summen angegeben, oder nach bestimmten Grundtagen in Beziehung zu der geleisteten Arbeit gesetzt werden. Gegen diese Entscheidung erklärten die Arbeiter Berufung an das Zentralschiedsgericht einlegen zu wollen. — Unter geschäftlicher Mitteilung teilte der Vorsitzende mit, daß die laut Beschluß des Einigungsamtes vom 16. Juni 1911 in der Streitfrage zwischen der Zimmerern Bekate und Genossen gegen die Firma Ohmann zu Somborn wegen Erstellung ausgelagerten Logisgebäudes einzuführenden Anstufungen der Schlichtungskommission in Witten und Dortmund nach monatelangen Warten eingegangen sind. Nach Anforderung der eingegangenen Mitteilungen beschließt das Einigungsamt, die seitens der Dortmund Arbeiter geübte Praxis anzunehmen, wonach beim Liebernachten die volle Entschädigung für Kost und Logis nach dem Beschluß der Schlichtungskommission für Rückentort und Somborn vergütet wird. Dieser lautet: "Zu Liebernachten erforderlich, so wird Entschädigung für Kost und Logis gewährt. Die Höhe der Entschädigung richtet sich nach den jeweiligen örtlichen Verhältnissen."

Mecklenburg. Der Unternehmer Witte in Friebe-land führte Arbeiten in Gieden-Büßow, Vogelnest, Demmin, aus, zahlte den Kollegen aber nur den am 1. 3 niedrigeren Demminer Lohn, ohne Landgeld, obwohl die Einstellung der Kollegen in Friebe-land erfolgt war. Ueber dem glaubte Witte, den Kollegen noch einen Betrag von 12 1/2 pro Stunde nachzu- zahlen können, weil sie inzwischen auf Anordnung des Poliers beim Einziehen des "Halbes" verwendet wurden. Die Schlichtungskommission hatte entschieden, daß den Leuten der eine Penny pro Stunde nachgezahlt werden müsse. Gleichfalls sei für die Zeit des Halbes der volle Mauerlohn zu zahlen. Ueber die Frage des Landgeldes wurde ein bestimmter Beschluß nicht gefaßt, weil nicht mit Bestimmtheit nachgewiesen werden konnte, ob und in welcher Höhe im Demminer Bezirk Landgeld gezahlt würde. Sobald dieser Nachweis erbracht wird, soll auch die Nachzahlung erfolgen. Der Demminer Vertrag enthält nur eine Note, indem dort geschrieben ist: "Kaffee, Kartoffeln oder Vorlohn. Wird nichts geliefert, sind pro Stunde 2 1/2 Aufschlag zu zahlen." Die Unternehmer in der Schlichtungskommission stellten sich auf dem Standpunkt, daß es nicht heißt: "Kaffee und Kartoffeln, sondern Kaffee oder Kartoffeln, und daß, weil freilich Kartoffeln geliefert sind, auch kein Landgeld zu zahlen sei. Gegen die erste Entscheidung legte Witte und gegen die zweite Entscheidung unsere Organisation Berufung bei der zweiten Instanz ein. Diese hat nun entschieden, daß der Mauermeister Witte-Friebe-land den Maurern, die beim Kaffee verwendet wurden, den vollen Mauerlohn zu zahlen habe und daß im übrigen für die in Friebe-land eingestellten Maurer der Friebe-land Vertrag gilt, nicht aber der Demminer Vertrag. Danach muß, also in allen Punkten die Zahlung resp. Nachzahlung erfolgen.

Berichte.

(Berichte über wichtige Versammlungsbeschlüsse und sonstige Vorkommnisse sende man sofort an die Redaktion des Grundorgans. Nur kurze Mitteilungen können noch Dienstags morgens für die laufende Nummer bearbeitet werden.)

Wir machen wiederholt darauf aufmerksam, daß Bestellungen und Adressenänderungen nur dann für die laufende Nummer berücksichtigt werden können, wenn sie Dienstags vormittags in unsern Händen sind.

Dauja. (Jahresbericht.) Am 6. Februar tagte unsere leider nur schwach besuchte Generalversammlung, in der der Kassierer den Jahresbericht vom vierten Quartal und der Vorsitzende den Jahresbericht von 1911 erstattete. Aus dem Quartalsbericht ging hervor, daß wir auch im letzten Vierteljahre eine Zunahme von 160 Mitgliedern hatten. Den Jahresbericht erstattete der Vorsitzende. Er hob hervor, daß trotz des Widerstandes, den die Kollegen gegen die Verjüngung zeigten, der Zweigverein einen guten Aufschwung genommen hat. Wenn hier und dort noch etwas verstimmt worden ist, so wird das in diesem Jahre nachgeholt werden. Da wir im ganzen Zweigvereingebiet im Tarifverhältnis stehen, ist es außer kleineren Differenzen, an denen 212 Kollegen beteiligt waren, zu Lohnbewegungen nicht gekommen. Wir konnten also unser Hauptaugenmerk auf den Ausbau der Organisation richten, wobei uns die rege Bautätigkeit sehr zufließen kam. Die Kollegen sind auch auf den Arbeitsstellen in dieser Beziehung recht rege gewesen. — In den Deutschen Bauarbeiterverband wurden übergesiedelt 1599 Kollegen, neu eingetretten sind 1023, aus andern Verbänden übergetreten 97, zugereit 110 Kollegen. Das ergibt eine Mitgliederzahl von 2829. Leider war aber, wie in allen früheren Zweigvereinen, die Situation sehr groß, so daß der Mitgliederbestand nicht behauptet werden konnte. Im Laufe des Jahres wurde ab 478 Kollegen, ausgetreten sind 98, ausgeschieden wurde 1, in andere Verbände übergetreten sind 96, gestorben 16, zum Militär eingezogen 41, wegen rückständiger Beiträge 16, zum Militär übergetreten sind 2105. Es ist uns also fast ein Drittel der neugewonnenen Mitglieder wieder verloren gegangen, und es wird unsere Aufgabe sein, diesem Uebel entgegenzuwirken. An Veranstaltungen haben in verflochtenen Jahre stattgefunden: 4 Generalversammlungen, 2 außerordentliche Mitgliederversammlungen, 6 Bezirks- und Zahlstellenversammlungen, 5 Vertretersmannschaften und 15 Vorstandssitzungen. Auch der schriftliche Verkehr innerhalb des Zweigvereins war sehr rege. Ausgänge flugkräftigen: In finanzieller Hinsicht können wir mit Zufriedenheit auf das erste Jahr der Einheitsorganisation und Ausgabe mit M. 44 911,88. In haar der Ausgabe sind eingegangen wurden M. 29 971,51, an Streifenunterstützung wurde gezahlt M. 1292,14, Reiseunterstützung an drei Mitglieder M. 3, Rechtschutz an sechs Mitglieder M. 28,70, Gemächregelunterstützung an 16 Mitglieder M. 895,75, Krankenunterstützung an 16 Mitglieder M. 852,50. Die Lokalfeste hatte eine Gesamteinnahme von M. 19 924,74, eine Gesamtausgabe von M. 18 142,09 und einen Restbestand am Schluß des Jahres von M. 5882,65. Mit diesem Fonds der Lokalfeste können wir zufrieden sein. Zu bemerken ist noch, daß die Mitglieder bis auf einen kleinen Teil ihrer Beitragspflicht genügt haben. Alles in allem können wir mit dem Ergebnis des verflochtenen Jahres zufrieden sein. Wir haben den Mitgliederbestand erhöht und auch unsere Finanzen gestärkt. Das noch manches hätte besser sein können, wissen wir alle. Die Besserung soll und muß die Arbeit im neuen Jahre bringen, nachdem sich uns noch eine weitere Gruppe angegeschlossen hat, nämlich die Stukaturer. Wir begrüßen die Kollegen des früheren Stukaturerverbandes und wünschen, daß es uns durch gemeinsames Wirken in der Einheitsorganisation vergönnt sein möge, auch den letzten im Baugewerbe beschaffigten Kollegen für unsere Organisation zu gewinnen. Zum Schluß sprechen wir allen Kollegen, die an dem Ausbau der Organisation mitgearbeitet haben, unsern herzlichsten Dank aus. Gleichzeitig fordern wir die

Kollegen auf, im neuen Jahre wieder ihre ganze Kraft in den Dienst der Organisation zu stellen. Wir wollen gemeinsam für unsere große Sache wirken.

Emden. (Jahresbericht.) Am 4. Februar gab in einer außerordentlichen Mitgliederversammlung der flüssiger den Jahresbericht vom vierten Quartal und der Vorzüge des Jahresbericht, dem wir folgendes entnehmen. Das Jahr 1911 war für die Emdener Bauarbeiter kein gutes zu nennen. Trotzdem können wir mit dem Fortschritt unseres Zweigvereins zufrieden sein. Der Mitgliederbestand betrug am 1. Januar 1911 insgesamt 373. Es wurden im Laufe des Jahres neu aufgenommen 442 Kollegen, zugerechnet sind 72. Der gesamte Zugang betrug 1911 514 Kollegen. Abgerechnet sind 341, ausgeschieden wurden 3, gestorben sind 2, zum Militär eingezogen 6 und wegen Schulden gestrichen 24 Kollegen. Der gesamte Abgang betrug 376. Die Mitgliederzahl stieg von 373 auf 511 am Schlusse des vierten Quartals. Adressverzeichnisse wurden 10843 verkauft, Lokalfondsmarken zu 25 s 1442 und Sterbentafeln zu 10 s wurden 807 abgegeben. Die Gesamtentnahme der Lokalfasse betrug mit dem Restbestand von M 2411,81 am Schlusse des Jahres 1910 M 6788,15, die Ausgabe M 3230,08, somit verbleibt ein Lokalfondsbestand von M 3529,07. Die Entnahme für die Hauptfasse belief sich auf M 9954,75, davon erhielt die Hauptfasse in der M 6597,26. Der Zweigverein erledigte seine Geschäfte in 23 Vorstandssitzungen und 41 Versammlungen, von denen in Emden 26 abgehalten wurden; 9 Versammlungen wurden auf dem Lande abgehalten, und zwar in Hinte 3, Vorum 1, Woodorf 1, Hiepe 1 und Vortum 3. Außerdem fanden 6 öffentliche Versammlungen statt. Leider hatten wir auf dem Lande schwer unter Lokalmangel zu leiden. Am 14. April 1911 wurde in Emden eine Konferenz der Zweigvereine Ahrich, Emden, Beer und Norden abgehalten, um eine Regelung der Vertragsfrage für die Kollegen herbeizuführen, die in einem andern Wohngebiet beschäftigt sind und Sonnabends nach Hause reisen. Es wurde beschlossen, daß die Zweigvereine, aus denen Kollegen in Emden arbeiten, die nötigen Vertragsurkunden vom Zweigverein Emden beziehen sollen. Der Zweigverein Emden erhält dann von jeder Vertragsmarke 5 s für die Lokalfasse, wogegen die andern Zweigvereine den übrigen Teil der Prozente und den Lokalfondsbeitrag erhalten. Die Korrespondenz zur Erledigung der Geschäfte war wie folgt: Es gingen ein 232 Briefe, 90 Postkarten, 20 Drucksachen, 6 Telegramme und 108 Pakete. Ausgegangen sind 184 Briefe, 78 Postkarten, 579 Drucksachen und 104 Pakete. Lohnbewegungen fanden zwei statt, und zwar traten unsere Kollegen auf der Insel Vorum am 15. Mai in einen Streik ein. Dieser hat aber kein Ende noch nicht erreicht. Am 1. Juli wurden fünf Erdbauarbeiter von dem Tiefbauunternehmer Merzig wegen ihrer Tätigkeit für den Verband entlassen. Da der Unternehmer unsere Kollegen nicht wieder einstellen, traten die genannten Erdbauarbeiter der Firma am 10. Juli in den Streik ein, der nach acht Wochen verloren ging. Staatliche Aufnahmen wurden drei gemacht. Die erste diente zur Feststellung des Organisationsverhältnisses. Es wurden 24 Unternehmer, 6 Poliere, 200 Maurer, 150 Hilfsarbeiter, 350 Erdbauarbeiter, 20 Betonarbeiter und 7 Lehrlinge gezählt. Von den 676 beschäftigten Berufsarbeitern sind 511 im Deutschen Bauarbeiterverband organisiert. Mit dem Bauarbeiterlohn ist es in Emden noch traurig bestellt. Auf drei Bauten war keine Baubau. Auf 14 Bauten fehlte der Verbandskasten. Unfallverhütungsvorschriften schickten auf sechs Bauten. Auf drei Bauten war kein Abort vorhanden. Auf sieben Bauten fehlte der Ofen und Trinkwasserreimer schickten auf 15 Bauten. Die Gerüste waren meistens in mangelhaftem Zustande. Die Wappelzeit kümmert sich wenig um diese Sachen, darum ist es die höchste Zeit, daß die Bauarbeiter-Ortskommission wieder ins Leben gerufen wird. Beschlossen wurde, einen Lokalbeamten anzustellen und für das Jahr 1912 5 s Lokalfondsbeitrag mehr zu zahlen. Zum Schlusse erwähnte der Vorsitzende noch zum Beitritt in die Sterbentafelversicherung, der noch viele Kollegen fernsehen. Entschieden besser werden muß der Versammlungsbesuch. Alle Kollegen müssen ihre volle Kraft einbringen, um eine weitere Stärkung des Verbandes zu erreichen. Geschicht dies, dann wird auch die Lage der Bauarbeiter in Emden weiter gebessert werden können.

Gelsenkirchen. (Jahresbericht.) Dem in der am 4. Februar stattfindenden Generalversammlung gegebenen Jahres- und Kassensbericht entnehmen wir folgendes: Im ersten Quartal 1911 war die Bautätigkeit im ganzen Zweigverein nicht besonders gut. Glücklicherweise trat im zweiten Quartal, abgesehen von den Orten Gelsenkirchen, Wanne und Wattencheid, eine ganz enorme Besserung ein. Hauptächlich in den Orten des Münsterlandes: Glabbe, Dorsten, Buer, Westerholt, Resse und Erle, wurden große industrielle Anlagen und Kolonienbauten angeführt. Ueberhaupt verlag sich das Schwergewicht der Industrie immer mehr in die nächsten Orte unseres Zweigvereins. Immer weiter dringt die Industrie ins Münsterland vor, mit ihr aber auch die Kolonialisierung der dortigen Bevölkerung, an deren gewerkschaftlicher Aufklärung die Organisationsarbeit ein reiches Arbeitsfeld finden. — Nachdem die Vermählung vollzogen war, setzte gleich allenthalben eine lebhaftige Agitation ein. Außer dem vom Hauptverband herausgegebenen Flugblatt wurden zu Anfang des zweiten Quartals zwei Flugblätter vom Zweigverein herausgegeben. Letztere fanden den hiesigen Behörden in Christo sehr weh. Durch ein Gutgehört in der „Baugewerkschaft“, mehrere Protestversammlungen und sonstige Mummels sollte nun der Deutsche Bauarbeiterverband vernichtet werden. Und der Erfolg? Hatten wir im ersten Quartal 283 Aufnahmen, so waren es im zweiten — also nach dem Erscheinen der beiden Flugblätter — 389, im dritten 274 und im vierten Quartal 201. Die Agitation unter den Beton- und Erdbauarbeitern hatte nur einen minimalen Erfolg. Hier muß noch mit aller Energie nachgeholfen werden. Endlich in unserm Zweigverein weit über 1000 Beton- und Erdbauarbeiter beschäftigt, von denen hier beschäftigten Ausländern wurde mündliche und schriftliche Agitation betrieben, die auch einigen Erfolg zeitigte: Im Laufe des Frühjahrs setzte auf einigen Zechen unter den dort beschäftigten Mauern eine lebhaftige Agitation

zur Aufbesserung der Löhne ein. Die Zechenmaurer erhalten pro Stunde 4 bis 5 s unter dem Zehnfloß. Infolge der Interesselosigkeit der auf den Zechen Beschäftigten hatte diese Bewegung wenig Erfolg. Leider gibt es unter den Zechenmauern sehr viele, die noch an das alte patriarchalische Einvernehmen glauben, sehr zum Schaden der Gesamtorganisation. — In Versammlungen fanden im Jahre 1911 statt: 182 Mitgliederversammlungen, 2 öffentliche und 2 Generalversammlungen, ferner wurden 84 Sitzungen abgehalten. Die Mitgliederbewegung gestaltete sich folgendermaßen: Im Schlusse des Jahres 1910 waren 905 Mitglieder, am Schlusse des ersten Quartals 1911 983, des zweiten Quartals 1024, des dritten Quartals 1208 und des vierten Quartals 1069 vorhanden. Die durchschnittliche Mitgliederzahl betrug 1038. Eintritte hatten wir 1086, jedoch betrug die Mitgliederzunahme von Jahreschlusse zu Jahreschlusse nur 64. Die Fluktuation ist mithin sehr groß. Hierbei spielt die Zu- und Abwanderung der Bauarbeiter in unserm Zweigverein eine große Rolle. Der Stamm der ansässigen Bauarbeiter ist noch sehr klein. Das Hauptübel der großen Fluktuation besteht jedoch darin, daß uns ein großer Teil der Neuaufgenommenen wieder verloren geht. Hier muß in Zukunft der Sichel angelegt werden. — Die Löhne und Arbeitsbedingungen sind in allen zehn Zählstellen des Zweigvereins, zu dem 23 Orte gehören, tariflich geregelt. Auch eine Anlagendeckung ist für die meisten Orte festgelegt. Für Gelsenkirchen und Wanne ist ein Abdruckvertrag für Eintrittsgelder abgeschlossen. Leider wurde im Anfang des Jahres in einigen Orten die Arbeitszeit über die tarifliche Arbeitszeit erhöht. Wenn hierbei auch die größte Schuld die Unternehmer und die „Christen“ trifft, so können wir doch nicht alle unsere Kollegen von einer Mißthat freisprechen. Hoffentlich ist dieser Mißstand für immer beseitigt. Tarifliche seitens der Unternehmer haben wir immerzu, so daß unsere Kollegen fortwährend gezwungen sind, die Schlichtungskommissionen und Gewerbegerichte in Anspruch zu nehmen. Die Sektion der Mitelnehmer hatte viele Differenzen mit einzelnen Unternehmern, die alle zugunsten unserer Kollegen erledigt wurden. — Der Bauarbeiterlohn liegt noch allenthalben sehr im argen. Auf ihn müssen die Kollegen mehr Gewicht legen. Jeder Bericht gegen die bestehenden Bestimmungen muß sofort gemeldet werden. Die Kassensverhältnisse sind gut. Die Hauptfasse hatte eine Einnahme von M 28442,21; 18 868 wurden hierüber an die Hauptfasse gefandt. Der Rest wurde für Prozente an den Zweigverein, für Streik, Reise, Gemahrgeldern, Nachschuß, Wiete- und Krankenunterstützung, Sterbegeld usw. verausgabt. Allein die Krankenunterstützung belief sich auf M 1626,18. Die Lokalfasse hatte inflations- und Betandes von M 3158,10 vom Jahre 1910, eine Einnahme von M 16438,85. Die Ausgabe betrug M 11 653,38, mithin der Bestand Ende 1911 M 4780,47. Dies ist eine Vermehrung des Lokalfondsbestandes innerhalb eines Jahres um M 1022,37. Die Korrespondenz war sehr umfangreich. Wir hatten 1173 Eingänge und 1489 Ausgänge; mithin betrug die Gesamtkorrespondenz, die hauptsächlich von Kassieren erledigt wurde, 2662 Stüd. Von Wichtigkeit ist der Beschluß der Generalversammlung, den jetzigen Zweigverein Gelsenkirchen zu teilen, und zwar sollen vom 1. April an die Zählstellen Gelsenkirchen, Wanne und Wattencheid den Zweigverein Gelsenkirchen bilden. Aus den übrigen Zählstellen soll ein neuer Zweigverein gebildet werden, zu dem die Zählstelle Dattrop vom Zweigverein Essen kommen soll; dem Dattrop gehört zur Provinz Westfalen und mithin zum Gau Dortmund. Jeder Zweigverein soll zur Führung der Geschäfte und zur Agitation je einen bestellten Beamten anstellen. Wo der Sitz des neuen Zweigvereins sein soll, darüber soll eine am 25. Februar in Hoyt tagende Generalversammlung beschließen. Für beide Zweigvereine bleibt im übrigen zunächst das alte Ortsstatut bestehen. Im allgemeinen können wir mit der Entwicklung des Zweigvereins im ersten Jahre seines Bestehens zufrieden sein. Mögen auch für die Zukunft alle Mitglieder ihre Pflicht erfüllen, dann werden wir auch in diesem Gebiet die Rückständigkeit der Massen beseugen.

Göttingen. (Jahresbericht.) Am 6. Februar hielt der hiesige Zweigverein seine Generalversammlung ab, die einen schlechten Besuch aufzuweisen hatte. Kollege Wille gab die Abrechnung vom vierten Quartal und den Jahresbericht. Die Bautätigkeit war im beschlossenen Jahr recht gut, so daß die Mitglieder der umliegenden Zweigvereine, wo die Bautätigkeit nicht so gut war, hier Beschäftigung finden konnten. Die Zahl der Neubauten betrug 98, von denen 67 bezugsfertig wurden. Die Mehrzahl dieser Bauten sind Einfamilienhäuser und solche für Mieter mit mehr als 2000 Jahreseinkommen. Auch 7 staatliche und 2 kommunale Bauten (Schule, Klinik usw.) wurden fertiggestellt. Umbauten gab es 26, Stallgebäude 8 und Fabrikbauten 3, so daß die Zahl der Neu- und Umbauten 135 betrug. Trotz dieser guten Bautätigkeit in den letzten Jahren herrscht hier immer noch Mangel an Mittel- und Kleinwohnungen. — Die Vermählung diente auch hier dem Fortschritt der Organisation. Das friedliche Zusammenarbeiten auf den Bauten brachte auch die rückständigen Bauhelfer zur Erkenntnis; daß der Anschluß an die Organisation in ihrem Interesse liegt. Die Mitgliederzahl betrug am 1. Januar 604, davon waren 586 Maurer und 68 Bauhelfer; im zweiten Quartal hatten wir 851 Mitglieder, davon 840 Maurer und 211 Bauhelfer; im dritten Quartal waren es 908, davon 658 Maurer und 250 Bauhelfer, und am Schlusse des vierten Quartals 798 Mitglieder, davon 610 Maurer und 188 Bauhelfer. Neuaufgenommen wurden 204 Mitglieder, davon 80 Maurer und 214 Bauhelfer; aus andern Verbänden übergetreten sind 192, zugerechnet und angemeldet 150, abgereist und abgemeldet 192, ausgetreten 9, in andere Verbände übergetreten 2, gestorben 8 und zum Militär eingezogen 13 Mitglieder. Versammlungen wurden im Berichtsjahre 30 abgehalten, und zwar 17 in Göttingen, 7 in Nörten, 2 in Sudershausen, 2 in Eberghöfen, 1 in Waale und 1 in Gr. Rengden. Baubelegte Versammlungen hatten wir 8 und Vorstandssitzungen 13. Um die Unternehmer an die Einhaltung des Tarifvertrages zu gewöhnen, mußte die Schlichtungskommission in sechs Fällen zusammenzutreten, die alle mit gutem Erfolg für uns beendet wurden. In Nörten hatten

wir einen achtwöchigen Streik zu führen, der mit Erfolg beendet werden konnte. Geordert wurden 35 s Stundenlohn gegen bisher 29 s. Durch Verhandlungen gelang es uns, 32 s im Berichtsjahre und 35 s vom 1. April 1912 an zu erreichen. Für Überstunden gibt es 5 s für Nacht- und Sonntagsarbeit 15 s, für Wasserarbeit 10 s Zuschlag. Auch Nörten hatte durch die Kalkwerke in Beyershausen und Rebershausen eine gute Bautätigkeit. — Die Einnahme und Ausgabe der Hauptfasse betrug M 15 148,62, die Einnahme der Lokalfasse M 4472,93, ihre Ausgabe M 3873,88. Der Lokalfondsbestand betrug M 4769,13. Das Steigen der Mitgliederzahl und die Mängelregelungen der bisherigen Leitung des Zweigvereins durch die Unternehmer brachte unsere Kollegen auch hier zu dem Entschlusse, am 1. Oktober zur Führung der Geschäfte und zur Leitung des Zweigvereins einen Kollegen anzustellen. Obwohl wir mit der Agitation im Vorjahre gute Erfolge gehabt haben, muß diese auch jetzt auf den Bauten sofort wieder einsetzen. Auch müssen wir die Erdbauarbeiter noch gewinnen, deren es hier 150 bis 200 gibt, denen noch wahre Hungerlöhne gezahlt werden.

Hof. (Jahresbericht.) Das verfloßene Jahr war für unsern Zweigverein wieder ein Jahr des Fortschritts. Uns sich am Schlusse des Jahres 1910 die Verbände der Maurer und Bauhelfer miteinander verschmolzen, geschah es in der Absicht, die Schlagkraft der gemeinsamen großen Organisation zu erhöhen, und das ist im Zweigverein Hof, wie wohl im ganzen Reich, auch eingetroffen. So war der Jahresbericht, der vom Zweigvereinsvorsitzenden in der am 4. Februar stattgefundenen Generalversammlung gegeben wurde, recht befriedigend. Die Mitgliederzahl am 31. Dezember 1910 bei den Mauern 448 und bei den Bauarbeitern 223, so konnten bis zum 1. Juli 1911 insgesamt 726 Mitglieder in den Deutschen Bauarbeiterverband übergeführt werden. 625 Neuaufnahmen wurden im Berichtsjahre gemacht trotz der äußerst ungünstigen Konjunktur. Die jetzige Mitgliederzahl von 884 erscheint recht klein; das ist sie aber nur scheinbar, da in den Grenzorten wie Selb, Marktredwitz, Münsfeld, Kirchenhameln, Mackleuthen und Nösau unsere Mitglieder in ihre Heimat reisen, wenn der Winter kommt, und in manchen von diesen genannten Orten auch die Organisation mit nach dort geehrt ist. Daß die Entwicklung des Zweigvereins gut war, tritt im Kassengebaren gut zu Tage. Komte doch an barem Gelde an die Hauptfasse der Betrag von M 12 621,28 abgegeben werden, außerdem wurden auf Rechnung der Hauptfasse ausgegeben: für Streiks M 244,25, für Reiseunterstützung M 119,50, für Nachschuß und Inhaftierenunterstützung M 331,08, an Gemahrgeld M 389,15, Krankengeld M 1030,05, Sterbentafelunterstützung M 250, an die Lokalfasse überwiesen M 3630,49. Die Einnahme und Ausgabe der Hauptfasse bilanziert sich mit M 18 613,76. Die Lokalfasse, die eine Gesamtentnahme von M 9108,52 (einschließlich der Kassensbestände der beiden früheren Verbände von M 516,08) hatte, hatte eine Ausgabe von M 6765,63, so daß ein Kassensbestand von M 2340,89 vorhanden ist. — An Lohnbewegungen hatten wir fünf zu erledigen, davon zwei mit Arbeitseinstellungen. Eine davon verlief zu unsern Ungunsten. Eine verhältnismäßig große Anzahl Differenzen hatten wir zu erledigen, die darauf zurückzuführen sind, daß unsere Unternehmer das Vertragsverhältnis nicht respektieren. Gegen die eigenen Kollegen mußten wir zweimal einschreiten, und zwar wegen Nichteinhaltung der Bestimmungen über Überstunden. Daß in der Agitation das möglichste getan wurde, zeigt die große Zahl der Versammlungen und Sitzungen, die zur Erledigung der Geschäfte notwendig waren. So hat der Geschäftsführer, Kollege Opitz, allein 149 Mitglieder, Bau- und Agitationsversammlungen abgehalten. Zur Verlegung von Differenzen mußte er zehnmal, zu Abendungen vierzehnmal nach auswärts. Außerdem fanden 19 Vorstandssitzungen im Zweigvereinsvorstand und 44 verschiedene andere Sitzungen statt. Die Konjunktur war im ganzen Bezirk schlecht, insbesondere in Hof; 30 bis 40 pZt. der Maurer mußten fast während des ganzen Jahres ihr Brot auswärts suchen. Gute Arbeitsgelegenheit hatten die Kollegen in Münsfeld und Naiba, zum Teil auch in Schwarzenbach a. M. Sehr viel zu wünschen übrig läßt der Bauarbeiterlohn, am allermeisten in den ländlichen Gebieten. Die Bauarbeiterkongressen für Bayern wurde durch einen Kollegen besucht. 793 Posteingängen stehen 967 Ausgänge gegenüber. — Irgehwelche Ausstellungen wurden an dem Bericht nicht gemacht, nur wurde der Wunsch laut, der Bericht möge in der nächsten Generalversammlung gedruckt vorgelegt werden. Der Gauvorsitzende, Kollege Meitel-Wittenberg, hielt dann einen äußerst instruktiven und für die Agitation sehr lehrreichen Vortrag. Es wurde ein Antrag angenommen, nach dem in Zukunft den Zählstellen nicht mehr 7, sondern 10 pZt. der Gesamtentnahmen für Agitation und Markenverkauf verblichen. Desgleichen fand ein Antrag Aufnahme, daß bei wichtigen Vorstandssitzungen im Zweigvereinsvorstand die Vertrauensmänner aus den auswärtigen Orten mitgezogen werden sollen. Die Neuwahl des Vorstandes ergab die Wiederwahl der bisherigen Vorstandsmittelglieder bis auf den zweiten Vorsitzenden. Nach einigen anfeuernden Worten des Gauvorsitzenden, auch in Zukunft so sachlich für die Organisation zu arbeiten, wie dies in der Generalversammlung geschehen sei, fand die Versammlung ihr Ende.

Münchberg i. B. (Jahresbericht.) Anschließend an die Jahresberichte dieser Zweigvereine, die erfreuliche Erfolge zu verzeichnen haben, können auch wir aus der Westprole des Reichs berichten, daß es bei uns bedeutend vorwärts gegangen ist. — Wenn ich dem 12. Januar das rote Banner wieder über dem Tor der russischen Grenze wehst, so hat die gute Entwicklung unserer Organisation wesentlich hierzu beigetragen. Alle früheren Anstrengungen, hier mit allen Mitteln eine Zentrumsburg zu errichten, sind glücklich gescheitert, sie haben vielmehr unsere Entwicklung noch gefördert. Man hat unsere Kollegen durch die Schritten zum Denken angeregt. In den alten Verbänden waren in beiden Zweigvereinen 2142 Mitglieder, davon 1050 Maurer und 992 Hilfsarbeiter, vorhanden. Hiervon konnten 978 Maurer = 93,13 pZt. und 863 Hilfsarbeiter = 86,49 pZt. übergeführt werden. Der Zweigverein begann also seine Tätigkeit im neuen Verbände mit 1841 Mitgliedern.

Um die Entwicklung des Zweigvereins nicht zu gefährden, galt es hier zunächst ein Hindernis zu beseitigen, das glücklicherweise in einigen Zweigvereinen vorhanden war — die Partei gegen die Verschmelzung. Beide Teile, Maurer wie Hilfsarbeiter, hatten sich geschlossen gegen die Verschmelzung gestellt, und es hat die größten Anstrengungen gekostet, die Kollegen davon zu überzeugen, daß die Verschmelzung für die Gesamtorganisation notwendig war. Die Best der Kollegen, die durchaus nicht begreifen wollten, daß es auch in der neuen Organisation vorwärts gehen müßte, war durchaus nicht klein. Aus den Vorgängen früherer Jahre hatte jedoch eine große Anzahl Kollegen die richtigen Schlüsse gezogen, so daß dann nach und nach die bessere Einsicht siegte. Hierdurch wurde erst die Bahn für die gesunde Entwicklung des Zweigvereins geebnet. — Infolge der Entfaltung war die Bauzeitigung das ganze Jahr hindurch recht reger, so daß eine ständige Nachfrage nach Maurern bestand. Dieser günstige Zustand hat dann in Verbindung mit der größeren Geschlossenheit infolge der Verschmelzung die Agitation erheblich begünstigt. In Neuauflagen hatten wir im Berichtsjahre 1911, davon 1189 Hilfsarbeiter und 426 Maurer. Außerdem hatten wir 441 Hebertreite aus anderen Verbänden, davon aus dem christlichen Verbande rund 200. Die Mitgliederzahl betrug am Schlusse des Jahres 8059, davon 1408 Maurer und 6651 Hilfsarbeiter. Der Zweigverein hatte also eine Zunahme von 1218 Mitgliedern. Wir haben demnach eine große Anzahl Mitglieder wieder verloren, trotzdem bis auf eine Sauboll Christen alles, was auf Bauten arbeitete, bei uns organisiert war. Der natürliche Abgang ist ja nicht zu verhindern, jedoch haben wir auch 400 Maurer und 450 Hilfsarbeiter streiken müssen. Hieron haben sich die Maurer meistens auf den entlegenen Dörfern Beschäftigung gesucht, die Hilfsarbeiter sind zum größten Teil in andere Berufe übergegangen. Inumerisch ist die Fluktuation gegen frühere Jahre bedeutend gemindert worden, wobei die strikte Durchführung der statistischen Bestimmungen bei Wiedereintritt, dann aber auch die ständige Aufklärung sehr gut gewirkt haben. Die Massenverhältnisse haben sich auch recht günstig entwickelt; die Hauptkasse hatte eine Einnahme von M 60 885,95, ihr konnten in der M 41 921,83 zugeführt werden. Die Einnahmen der Lokalfasse betragen M 33 061,76, ihre Ausgaben, inklusive M 5909,90, die für Kartell, Sekretariat, Saalbau, Jugendbewegung und Zentralbibliothek ausgegeben wurden, betrug insgesamt M 19 226,58, so daß ein Bestand von M 18 885,18 verbleibt. Der Lokalfassenbestand hat sich im Laufe des Jahres um M 11 096,46 gesteigert. Dieser günstige Zustand ist auch in der Hauptkasse auf die vereinfachte Verwaltung infolge der Verschmelzung zurückzuführen. Der Vorteil der Verschmelzung hat sich auch bei allen Affären des Zweigvereins (Maifeier, Faschen usw.) gezeigt; die Schlagfertigkeit der Organisation wurde erheblich gesteigert. Auch unser Einfluß auf die Unternehmer ist durch die Verschmelzung entschieden gefördert worden. Während es den Unternehmern früher noch öfter gelang, die Hilfsarbeiter um die tariflichen Löhne zu bringen, konnten wir im vorliegenden Jahre diese Versuche sehr leicht abwehren. — Streiks hatten wir im Berichtsjahre im Offenbacherwerke in Königsberg, sodann für Maurer in den Bahnhöfen Schlaw, Telpin und Schippenbeil zu führen. Außerdem waren in Königsberg vier Baustellen notwendig. Alle Bewegungen konnten nach kurzer Dauer mit vollen Erfolg beendet werden. — In zukünftiger Beziehung können wir auch über einen ständigen Fortschritt berichten. Es gelingt immer mehr, den Fußgegnern einzudämmen. Fast unsere gesamten Versammlungen werden in gemieteten Lokalen, wo überhaupt nichts verbietet wird, abgehalten. Der Versammlungsbuch ist dadurch nicht schlechter geworden, im Gegenteil; der Verlauf der Versammlungen ist hierdurch aber ganz ungemein günstig beeinflusst worden. Durch unser ständiges Drängen ist es auch gelungen, die Bauten einermäßig menschlichwürdig zu gestalten; damit ist auch gleichzeitig der Mißbrauch auf der Baustelle stark eingedämmt worden. An Stelle von Bier und Schnaps wird heute in den Kassen von sehr vielen Mitgliedern Milch, Kaffee usw. konsumiert, was früher nur vereinzelt und dann nur unter dem Geßpätt der übrigen Kollegen möglich war. Dieser Fortschritt ist um so mehr zu begrüßen, als in früheren Jahren der starke Schnapsgegnis die Organisationsfähigkeit sehr aufgehalten hat. Begünstigt durch diesen Fortschritt ist auch die Anhänglichkeit unserer Mitglieder an allen anderen Beziehungen der modernen Arbeiterbewegung in ständigen Steigen begriffen, so daß die Entwicklung des Zweigvereins als sehr gut bezeichnet werden kann. Da durch die Entfaltung die Bauzeitigung in den nächsten Jahren voraussichtlich noch gut sein wird, dürfen wir mit größter Sicherheit eine weitere Entwicklung des Zweigvereins erwarten, so daß wir über das Jahr jedenfalls über weitere Fortschritte berichten können.

Kronach. (Sanferenzbericht.) Am 11. Februar hat für den Agitationsbezirk Kronach eine Agitationskonferenz stattgefunden, die von 19 Vertrauensmännern, dem gesamten Zweigvereinsvorstand und einer großen Anzahl Gäste besucht war. Man beschäftigte sich mit folgenden Fragen: Wie ist es möglich, eine erfolgreiche Agitation in unserm Agitationsbezirk zu betreiben? — Der Lohnkampf 1912. — Warum ist es unbedingte Pflicht jedes organisationsfähigen Arbeiters, seiner Berufsorganisation anzugehören? — Die beiden ersten Punkte wurden auf Antrag des Kollegen Werfel zusammen behandelt. Dann sprach Werfel eingehend über die Arten der Agitation (Hausagitation und Bautenagitation). Es geht nicht an, daß ein einzelner diese Arbeit leiste, sondern die existierenden Vertrauensmänner müßten vor allen anderen Kollegen die Zweigvereinsleitung in der Agitation und in allen anderen Zweigvereinsangelegenheiten kräftig unterstützen. Er verwies auf den immer größer werdenden Mißtrauen der Unternehmer, auf ihre Sammlungen zum Kriegszweck und auf ihren Terrorismus gegen die Baumaterialienhändler. Da müßten wir dafür sorgen, daß alle irgendwie organisationsfähigen Kräfte in unsere Reihen kämen. Auch für einen besseren Besuch der Versammlungen und Sitzungen müßten wir Sorge tragen und unsern Zweigverein in jeder Weise ausbauen. Dann führte Werfel den Kollegen nochmals den Verlauf der vorjährigen Lohnbewegung vor Augen und stellte die Frage, ob es jetzt, nach überstandenen Winter, nicht zeitgemäß sei, erneut Lohnforderungen an die Unter-

nehmer zu stellen. Nach ausgiebiger Diskussion wurde einstimmig beschlossen, bei den Unternehmern Messelberger, Sann, Kessel und Zeis sofort schriftlich anzufordern, ob sie geneigt seien, auf Grund unserer vorjährigen Forderung zu unterhandeln. Wenn ja, werden die Unternehmer von der Konferenz erlöst, so bald als möglich einen Tag zu bestimmen, an dem die Verhandlungen stattfinden können. Der Kollege Holzmeister aus Wittich berichtete dann über die Lage der Bauarbeiter in seinem Heimatort und fünf anderen Orten an der Grenze von Bayern und Thüringen. Abgesehen von ihm selbst waren die Witticher Kollegen, 13 an der Zahl, bis jetzt nicht zu bewegen, sich unserer Organisation anzuschließen, obwohl wir uns von Kronach aus große Mühe gegeben haben. Aber jetzt scheint es, als sollte es doch einmal anders werden. In Wittich gibt es noch Stundenlöhne von 23 bis 30 $\frac{1}{2}$ für gelehrte Bauarbeiter. Wittich ist eine Domäne des erblichen Reichsritters Freiherrn v. Würzburg; jeder Gewerbetreibende und Arbeiter hängt von diesem Herrn ab. Im Sommer gibt es 23 Maurer, in Weidhausen 23, im Wörtsdorf 45, in Gorb 30 und in Gassenberg 30. Alle diese Maurer sind noch unorganisiert und daher ihre Löhne auch die denkbar schlechtesten. Wir sehen also, daß es noch sehr viel zu tun gibt, um die uns noch fernstehenden Kollegen zu gewinnen. Es wurde beschlossen, die Frühjahrsagitation am 25. Februar mit der Verbreitung eines Flugblattes und Entfaltung von Hausagitation zu beginnen. Dann sprach der Arbeitersekretär Genosse Seelmann noch über die Frage, warum es heute notwendig ist, daß sich jeder Arbeiter der gewerkschaftlichen Organisation anschließt. Mit einem warmen Appell an die Anwesenden, das Geschloße hinauszutragen unter die Kollegen und bei der Agitation für die Gewinnung neuer Mitglieder alle Kräfte anzupacken, so daß wir das Jahr 1912 mit einem Sieg und mit einer verdoppelten Mitgliederzahl abschließen können, wurde die schon verlaufene Konferenz geschlossen. Wir fordern nun die Agitationskommissionen in Wittich, Feienort, Breitenloß, Czerobach, Kronach, Bieglersden, Wittich, Burgstall, Weidhausen, Nothentirchen mit Fortföhrung und Ziegenfels auf, dafür zu sorgen, daß am 25. Februar und 3. März bei der Hausagitation jeder Kollege seinen Mann stellt. Auf, Kollegen! Mit festem Mut an die Arbeit!

Der Zweigvereinsvorstand.

Wittich. (Jahresbericht.) In unserer gut besuchten Mitgliederversammlung am 22. Januar gab der Kassierer zunächst die Quartalsabrechnung. Die Einnahme der Lokalfasse betrug M 1778,58, ihre Ausgabe M 1054,22, der Kassenbestand M 724,36. Da die Revisionen Kassen und Bücher in bester Ordnung gefunden haben, wurde der Kassierer einstimmig entlastet. Hieran schloß sich der Jahresbericht. Aus ihm ging hervor, daß auch in diesem Jahre durch das intensive Arbeiten unserer Kollegen 73 neue Mitglieder gewonnen werden konnten. Zuerst sind 7, abgereicht 4, ausgetreten 3, ausgesprochene Keige gestorben 3, zum Militär eingezogen 10. Mit Beiträgen im Rückstand waren 27 Kollegen von drei bis dreizehn Wochen. Unsere höchste Mitgliederzahl 1911 betrug 307. Mitgliederberaternungen fanden 4 mal, öffentliche Versammlungen 4, Vorstandssitzungen 4. Die Kasse wurde sechsmal von den Revisoren und zweimal von dem Zweigvereinsvorstand revidiert. Auch wurde eine Bautenkontrolle ausgeführt. Der Bauarbeiterklub ließ sich zu wünschen übrig. Auf verschiedenen Bauten fehlte der Verbandsaushang und anderes. Die örtliche Verwaltung wurde auch in einigen Differenzpunkten zu Rate gezogen. Einige Unternehmer hatten sich gegen § 4 des Tarifs Verträge zuschulden kommen lassen, die ebenfalls durch die örtliche Verwaltung geregelt wurden. So können wir mit Verbitzung und Stolz auf unsere Organisation im Berichtsjahre zurückblicken. Wir sind ein gutes Stück vorwärts gekommen, aber noch ist nicht genug getan. Die Hauptkasse ist, daß wir die uns noch fernstehenden Kollegen heranziehen. Es ist Pflicht eines jeden einzelnen Kollegen, in der Agitation seinen Mann zu stellen und nicht die Agitationsarbeit dem Vorstand allein zu überlassen. Darum, Kollegen, Hand ans Werk! auch mögen die Kollegen die Versammlungen besser besuchen als bisher; mögen sie mitarbeiten in der Organisation zum Wohle unseres ganzen Verbandes. Zum Schluß sprach die Versammlung der Verwaltung ihren Dank und ihr Vertrauen aus und wählte sie einstimmig wieder.

Wenmünster. In der am 8. Februar stattgefundenen und leider nur schwach besuchten Mitgliederversammlung gab der Vorsitzende den Jahresbericht. Danach fanden 12 Versammlungen, 5 Sitzungen und 12 Konferenzsitzungen statt. Bei der Verschmelzung war die Zahl der Mitglieder 304, und zwar waren es 217 Maurer und 87 Bauhilfsarbeiter. Eingetretene sind 116 (29 Maurer und 87 Bauhilfsarbeiter), abgemeldet haben sich 111, in andere Verbände übertreten sind 8, zum Militär eingezogen 6 und wegen rückständiger Beiträge gestrichen wurden 52 Mitglieder. Viele Kollegen verfehlen, wenn sie aus der Verschmelzung herausgehen oder abreisen, das Abmelden und müssen wegen Schulden gestrichen werden. Es wurden verkauft: 116 Eintrittsmarken, 9845 Wochenbeitragsmarken à 75 $\frac{1}{2}$, 3097 à 65 $\frac{1}{2}$, 76 à 40 $\frac{1}{2}$, 16 Krankenmarken, 58 Arbeitslosenmarken, 1115 Kolportagemarken. Die Einnahme der Hauptkasse betrug M 9758,03, die Ausgabe für Reiseunterstützung M 213, für Krankenunterstützung M 618,95, für Rechtschutz M 20,92, an Steuerunterstützung M 42,50, Reiseunterstützung an Streifende M 7,50, Anteil des Zweigvereins M 1983,82, an die Hauptkasse gelangt M 6822,14, am Orte behalten M 100. Die Einnahme der Lokalfasse betrug M 3788,86, die Ausgabe M 3567,82, der Kassenbestand M 171,04 oder mit dem alten Bestand M 2885,35. Die hohe Ausgabe ergibt sich aus der Unterstützung einiger im Kampf befindlicher Gewerkschaften usw. Die Unterstützungsliste hatte eine Einnahme aus dem Bestand vom Jahre 1910 von M 117,89, aus 2825 Marken à 25 $\frac{1}{2}$ = M 706,25, in Summa M 824,14, Ausgaben wurden: für Unterstützung an Kranke M 489,60, für Marken M 7,80, Verwaltung M 9, Revisionen M 1,80, Porto 10 $\frac{1}{2}$, in Summa M 508,30; bleibt also ein Bestand von M 315,84. Die Maifeier begannen von ca. 850 Kollegen nur 160 bis 170; jedoch war auch die Beteiligung an der Wahl zum Gewerkschaftskongress, an der von 867 Kollegen nur 87 teilnahmen. Am 1. Oktober wurde den Unter-

nehmern der Lohnsatz gefündigt. Die Unterhandlungen waren bis jetzt ergebnislos. Es wurde noch auf das Baudelegiertensystem hingewiesen und die Kollegen aufgefordert, es auszubauen, damit uns nicht so viele unabhängige Kollegen verbleiben und wir den Unternehmern bei einem Kampf festgeschlossene Reihen entgegenstellen können.

Weng. (Jahresbericht.) In unserer Mitgliederversammlung am 4. Februar wurde der Bericht vom letzten Geschäftsjahre vorgelegt. Daraus ist folgendes hervorzuhelen: Der Mitgliederbestand betrug am Schlusse des Jahres 1910 123. Nach der Verschmelzung wurden es 142. Von Weng sind keine Hilfsarbeiter übertreten, da nur einige Kollegen im Maurerverband und Baubauarbeiterverband organisiert waren. Übertreten ist nur die Baustelle Langenau des Bauhilfsarbeiterverbandes mit elf Mitgliedern. Die Mitgliederzahl hat sich seit dem Herbst verringert. Die Kreise der böhmischn Kollegen wieder herangeführt. Es haben 3 öffentliche und 15 Mitgliederberaternungen sowie 6 Vorstandssitzungen stattgefunden. Die Einnahme für die Lokalfasse betrug einschließlich Kassenbestand vom vorigen Jahre M 1193,15, die Ausgabe M 671,96, bleibt ein Kassenbestand von M 521,19. Davon sind M 456,54 auf der Peniger Sparkasse angelegt. Das vergangene Jahr war wieder ein Jahr des Fortschritts für die Peniger Bauarbeiter. Es fand eine Lohnbewegung statt. Zum erstmalig wurde der Lohn für die Hilfsarbeiter mit geregelt. Der Lohn betrug vor der Bewegung für Maurer 44 $\frac{1}{2}$ für Hilfsarbeiter 34 $\frac{1}{2}$ pro Stunde. Gefordert wurde für Maurer 48 $\frac{1}{2}$ und für Hilfsarbeiter 40 $\frac{1}{2}$ pro Stunde. Die Forderung wurde den Unternehmern im Februar zugestellt. Auf ihren Wunsch fand kurz darauf eine Verhandlung statt, die aber zu keinem Resultat führte. Die Unternehmer boten für 1912 nur eine Zulage von 10% und schrieben 1 $\frac{1}{2}$. Eine Versammlung unserer Kollegen lehnte das Angebot einstimmig ab. Einige Tage darauf fand eine weitere Verhandlung statt, wobei die Unternehmer nach langen Eräutern für 1911 45 $\frac{1}{2}$ für Maurer und 35 $\frac{1}{2}$ für Hilfsarbeiter und 47 respektive 37 $\frac{1}{2}$ Mindestlohn für 1912 bewilligten. Dieses Angebot wurde von uns in einer Mitgliederberaternung angenommen. Hierauf wurde ein Beitrag abgeschlossen, der am 1. April 1912 abläuft. Durch diesen Willkühr hat sich der Lohn seit Bestehen der Organisation (1904 bis 1912) von 34 auf 47 $\frac{1}{2}$ erhöht. Auch ist die Arbeitszeit von elf auf zehn Stunden herabgesetzt worden. Wenn das Erreichte auch nicht alle Kollegen befriedigt hat, so ist es immerhin ein Fortschritt, mit dem sich die Peniger Bauarbeiter freuen lassen können. Man sollte nur meinen, daß mit dem Erreichten auch die Arbeitsfreudigkeit der Kollegen für die Organisation steigen müßte, aber da erfährt man leider bittere Enttäuschungen. Die Kollegen glauben, nach abgeschlossener Lohnbewegung ihre Pflicht getan zu haben, und die Versammlungsschwärze liegt wieder los. Als wir die Hälfte Mitglieder hatten, waren die Versammlungen besser besucht als heute. Kollegen, das muß anders werden! Denn wenn die Unternehmer sehen, daß bei unsern Kollegen der Gehedlan wieder eintritt, dann kann es auch kommen, daß sich die Unternehmer wieder einmal stark fühlen und uns die zum 1. April ausgestandenen 2 $\frac{1}{2}$ Lohnherabsetzung verweigern. Erwähnt sei noch, daß der Lohnkommission schon bei der Verhandlung im vorigen Frühjahr angeklagt wurde, daß der Lohn im Jahre 1913 sowie wieder geregelt würde und wir jedenfalls mit „in die große Wäsche“ kämen. Darum, Kollegen, seid auf der Sutt! Laßt allen persönlichen Kram beiseite, bejudt die Versammlungen fleißig, beist mit an dem weiteren Ausbau unserer Organisation, damit wir im Jahre 1913 gerüstet dastehen. Wir wollen sein ein einzig Volk von Brüdern, in keiner Not uns trennen und Gefahr!

Necklinghausen. (Jahresbericht.) Nach der Teilung des Zweigvereins Gerne-Necklinghausen im Januar 1911 in zwei selbständige Vereine boten sich für den letzteren gerade seine erfreulichsten Aussichten. Einmal hatte er nur etwa 200 Mitglieder, welche Zahl, sich bis zum 15. April auf 285 steigerte, zum andern war am Sitz des Zweigvereins so gut wie keine Arbeit vorhanden. Einzu kam noch, daß der gewählte Beamte des Zweigvereins nach kaum 14 Tagen seine Stellung zum 1. April kündigte. Diese Umstände trugen dazu bei, die Gegend der Teilung in ihren Ansichten zu bestrafen. Doch nach und nach entwickelte sich besonders in den Außenbezirken eine lebhaftere Bauzeitigung, die auch das ganze dritte Quartal hindurch anhielt. Durch rege Agitation in den einzelnen Ortschaften und Bezug von auswärtigen hatten wir am Schlusse des dritten Quartals die Zahl 618 erreicht. Die Mitgliederzahl wäre sicher noch höher geworden, wenn dies durch die unzureichenden Logisverhältnisse nicht verhindert worden wäre. Im Verzeichnisse, wo fast die ganze Zeit noch Platz war, wurden unsere Kollegen des öfteren durch die Polizei mißgünstig in aller Frühe unjanzig aus dem Schiffe gewetzt, weil man vermutete, irgend jemanden finden zu können, der hier nur vorübergehend besetzt würde. Eine solche Behandlung ließen sich unsere Kollegen nicht gefallen und zogen von dannen. Die Geschädigten waren der Witt und unsere Kollegen. — Von einer Revision der Bauten und Aborte durch die Behörden ist uns nichts bekannt. In Marb, wo eine außerordentlich gute Bauzeitigung herrschte, hatten sich einige Kolonnen Italiener eingefunden, von denen wir einen Teil für uns gewinnen konnten. Der größte Teil war aber weder für uns noch für die Christen zu haben. In Datteln, wo sich im Frühjahr eine ganze Schar auswärtiger Kollegen befand, konnten wir uns nicht recht entfalten, da uns hier „der große Unbekannte“ das Versammlungslot abgetrieben hatte, was in einem entlegenen Orte des Münsterlandes, wo sojowieo wenig Leben herrscht, doppelt empfindlich wirkt. Die ganze Agitationsarbeit kann auch hier in den Händen fremder Kollegen, denen die Arbeit durch das Fehlen eines Versammlungsortes erschwert wurde. Im allgemeinen sind wir trotz dieser Hindernisse vorwärts gekommen und hoffen das auch in diesem Jahre. Die Einnahme vom 1. März an betrug M 16 835,42, die Ausgabe für die Hauptkasse M 9786,07, für die Lokalfasse M 4239,70, so daß am Jahreschlusse ein Kassenbestand von M 2809,65 vorhanden war. Der Versammlungsbuch war durchwachsen aufzudenkend, teilweise sogar recht gut. Die Mitglieder-

zahl betrug im Jahresdurchschnitt 479, der Markenumsatz 39,77. Mitgliederversammlungen wurden 65 abgehalten, in denen meistens Vorträge gehalten wurden. In Rechts- sachen wurden insgesamt 439,37 herausgeholt. Die meisten Klagen und Differenzen entstanden hauptsächlich durch Kündigungsschutz und Affordarbeit. Die Nichterhaltung der Kündigung wurde streng geahndet; jeder Sänder mußte dies mit 12,80 büßen. Hauptsächlich fällt beim nächsten Vertragsabschluss dieser alte Pops fort. Im ganz erhebliche Summen wurden die Affordarbeiter geprellt. Infolge Abwehrens oder Arbeitswehrens konnten sie den mit vereinbarten Nachpuß nicht fertigstellen. In den meisten Fällen wurde nur der Tagelohn bezahlt, während der ganze Lebenslohn bis zur Fertigstellung des Nachpußes, der erst nach einigen Wochen oder Monaten erfolgen konnte, einbehalten wurde. Da die betreffenden Kollegen auch keinen materiellen Nutzen von der Affordarbeit gehabt haben, so konnte die am 4. Februar stattgefundene Generalversammlung um so leichter beschließen, den Affordarbeitern den Rechtschutz zu verweigern. Dagegen wurde beschlossen, für das neue Vertragsjahr schon vom 1. März an 80 % Beitrag zu zahlen. — Schlichtungskommissionssitzungen fanden neun statt, die sich hauptsächlich mit dem Lebenslohn der Arbeitszeit beschäftigen mußten. Auch die Ueberlandgebühren konnte endlich, nachdem der Vertrag schon ein Jahr bestanden hatte, geregelt werden, doch mußte erst vorher das Einigungsamt entscheiden. Dreimal waren wir an sozialen Wahlen beteiligt, die uns zwar nicht den Sieg brachten, aber doch das Interesse an der Sache geweckt haben. An Posttagen gingen ein: 22 Postkarten und 253 Briefe. An Postausgängen hatten wir: 251 Postkarten, 249 Briefe, 246 Druckfachen und 45 Pakete.

Reichenbach i. W. (Jahresbericht.) Dem in der letzten Versammlung erläuterten Quartals- und Jahresbericht ist zu entnehmen, daß die Hauptkasse im vierten Quartal eine Einnahme von 2076,90 hatte. Der Kassenbestand der Kassa war am Schlusse des Jahres 1911 1400,51. Der Mitgliederbestand betrug am Jahres- schlusse 412. Den Jahresbericht gab der Vorsitzende, Kollege Ludwig, Es fanden im Berichtsjahre 6 Mitglieder und 4 öffentliche Versammlungen sowie 27 Vorstandssitzungen statt. Die Bautätigkeit war im allgemeinen sehr gut, was daraus zu ersehen ist, daß 309 Baugenehmigungen geprüft worden sind. Trotzdem hier auch ein Tarif besteht, kam es doch zu vier Bewegungen resp. Wappreisen, und zwar in Neumarkt, Stadtbauamt Reichenbach und bei den Firmen Brendel und Wetterlein. Beteiligt waren daran 67 Kollegen. Die Unterstützung der beteiligten Mitglieder betrug 174,58. Weiter wurden noch ausbezahlt an kranke Mitglieder 660,80 und an Sterbenerbeihilfen in zwei Fällen 117,60. Der Markenverkauf ist als gut zu bezeichnen; denn die Gesamtsumme betrug 10 636,65. In bezug auf die Organisation bleibt bei den Hilfs- arbeitslosen noch viel zu wünschen übrig; hier ist noch ein Arbeitsfeld, wo sämtliche Kollegen mit helfen müssen, daß auch der letzte Mann der Organisation zugeführt wird.

Sebnitz. (Jahresbericht.) Das Jahr 1911 war für unsern Zweigverein außerordentlich arbeitsreich. Die leidlichen Witterungsverhältnisse ermöglichten eine zeitige Inangriffnahme der Neubauten. Bereits nach Ostern stellte sich ein Mangel an Maurern ein. Die Bautätigkeit steigerte sich bis Ende Juni, hielt sich dann bis Ende August, um von da an merklich abzuklären. Im Oktober setzte sie nochmals mit außerordentlicher Stärke ein und hielt bis Ende des Jahres an. Den Ausschlag gab der Neubau der Papierfabrik zu Sebnitz, an dem mehrere hundert Bauarbeiter beschäftigt waren. Die Geschäfte des Zweigvereins wurden erledigt in 23 Vorstandssitzungen, 4 Hilfskassensitzungen, 4 Baudelegierten- sitzungen, 3 gemeindefälligen Sitzungen mit dem Vorstand des Zweigvereins Nieder-Ginsiedel vom Verbands der Maurer Oesterreichs, 3 Betriebsbesprechungen und 9 Versammlungen. Außerdem fanden noch einige Agitations- versammlungen in den entfernteren Ortschaften statt. Von Wichtigkeit ist der Tarifabschluss mit Affordlöhnen für Kalk- und Ziegelträger, ferner die Regelung der Ver- tragsleistung der österreichischen Kollegen der Ortsgruppe Nieder-Ginsiedel. Diese Kollegen, die zu 90 pSt. in Seb- nitz, also auf deutschem Gebiet arbeiten, bezahlten bis Ende 1910 einen Beitrag von 40 Heller. Bei uns war der Beitragssatz 55 pSt. Sie bezahlten somit rund 21 % weniger, trotzdem sie denselben Stundenlohn erhalten wie wir. Eine gemeinschaftliche Sitzung erzielte die Beiträge für Maurer auf 55 Heller und für Hilfsarbeiter auf 45 Heller. Von der Erhebung der naturgemäßen Sätze wurde zunächst abgesehen, doch wird in diesem Jahre von beiden Seiten zu erwägen sein, ob die österreichischen Kollegen bei gleichen Rechten nicht auch gleiche Pflichten zu erfüllen haben. Um das Baudelegiertenwesen in einheitlichere Bahnen zu lenken, wurde beschlossen, des öfteren Baudelegierten- sitzungen abzuhalten und die Baudelegierten mit Material zu versehen, das eine genaue Bücherkontrolle ermöglicht. Das ist auch geschehen. Um den Bauarbeiterbeschütz mehr zu fördern, wurden zwei Mann in die Bauarbeiterbeschütz- kommission gewählt. Um die Mißstände in bezug auf die Lokale, unter denen sämtliche Gewerkschaften am Orte leiden, beseitigen zu können, wurde beschlossen, vom 1. Januar 1912 an pro Mitglied und Monat einen Bei- trag von 5 pSt. zu erheben. Diese Beiträge, soweit sie jetzt noch nicht für Miete von Lokalitäten Verwendung finden, sollen einem gesonderten Kassafonds zugeführt werden. Beschlossen wurde ferner, daß Kollegen, die dem Zweigver- ein zwei Jahre angehören, wenn sie über dreizehn Wochen krank sind, eine einmalige Unterstützung von 10 aus der Kassa erhalten werden kann. — Im Berichtsjahre machten sich zwei Wappreisen nötig; beide endeten mit einem vollen Erfolg. Die erste richtete sich gegen das hohe Verhalten des Richters am Fabriksessens der Papier- fabrik. Sie wurde nach eintägiger Arbeitsruhe, nachdem der Richter bestochen hatte, die Leute unabhängig zu be- handeln und niemand zu maßregeln, aufgehoben. Die zweite Speere betraf den Tiefbauunternehmer Wenzel, ebenfalls am Neubau der Papierfabrik. Von Wenzel wurde ein Kollege aus niedrigen Gründen entlassen. Die Mit- arbeiter faßten dies als Maßregelung auf und legten einmütig die Arbeit nieder. Der Unternehmer bequeme sich nach kurzer Pause, den Kollegen wieder einzustellen und extra noch eine Lohnzulage zu gewähren. Diese kurze Bau-

perre hat den Tiefbauarbeitern gezeigt, daß nur eine starke Organisation imstande ist, das Mächtigste der Unternehmer zu brechen. Es liegt nur an ihnen, auch für sie geregelte Lohn- und Arbeitsbedingungen zu schaffen. Diese beiden Forderungen sind jedoch nicht die einzigen, die die Mitglieder in Aufregung brachten. Der Lokaltarif war in bezug auf die Regelung der Arbeitszeit im Winter un- glücklich gefaßt. Die Folge davon war, daß sich die Kollegen bei Eintritt der fälteren Arbeitszeit nicht an den Tarif hielten. Da sich die Fabrikleitung erbot, elektrisches Licht zu liefern, wurde auch dann noch nicht der Tarif inne- gehalten, als die Tageshelle das lange Arbeiten längt nicht mehr erlaubte. Hauptächlich waren es die Ortsfremden, die mit einer verkürzten Arbeitszeit nicht auskommen konnten. Die Arbeitszeit wurde willkürlich von den Unternehmern auf die Zeit von früh 7 Uhr bis abends 7 Uhr festgesetzt. Um diese Mißstände zu beheben, tagte die Schlichtungs- kommission. Diese erkannte auch an, daß dies ein Miß- stand sei und regelte die Arbeitszeit im Winterhalbjahr neu, so daß sie nun den tatsächlichen Verhältnissen mehr ent- spricht. In der darauf folgenden gemeinschaftlichen Ver- sammlung mit den Zimmerern ließ die Schlichtungs- kommission durch unsere Vertreter den Vorschlag machen: „In Anbetracht der außergewöhnlichen Verhältnisse möge die Versammlung beschließen, die Arbeitszeit am Fabriks- bau von 7 bis 6 Uhr festzusetzen. Sobald sich Entlassungen notwendig machen, ist die tariflich festgesetzte Arbeitszeit innerzuführen.“ Jedoch die Mehrzahl der Anwesenden, auf- gefordert durch ein paar gewissenlose Gesellen, stimmte dem Antrag des Zimmerers Paul Ziegler, Vertrauensmann der hiesigen Hilfskasse der Zimmerer und Mitglied der Schlichtungskommission, zu, die Arbeitszeit von früh 7 Uhr bis abends 7 Uhr festzusetzen. Ziegler hatte bereits am Tage vor der Versammlung Unterpfänder für die geschäftliche Arbeitszeit gesammelt. Die Folgen dieser Abstimmung stellten sich recht bald ein. Bereits am anderen Abend führte ein Zimmerer infolge ungenügender Beleuchtung und Fehlens von Schutzvorrichtungen in einen Lichtstich. Er wurde ins Krankenhaus übergeführt werden. Schließ- lich wurde auch diese Arbeitszeit nicht eingehalten. Es wurden teilweise 12 bis 15 Stunden gearbeitet und einige brachten es sogar fertig, 36 Stunden in einer Tour zu ar- beiten. So bemerklich diese Zustände auch sind, so dürfen doch die einschüchternden Kollegen die Pläne nicht ins Koch werfen, sondern müssen mit Wort und Tat diesen Aus- kollegen das Verwerfliche ihrer Handlungsweise vor Augen führen, damit so etwas nicht wieder vorkommt. — Daß trotz der angeführten Mißstände der Geist der Organisation ein guter ist, beweist die Mitgliederbewegung. Die Mit- gliederzahl beträgt am Schlusse des Jahres 548, davon sind 284 Maurer, 264 Hilfsarbeiter. Im Laufe des Jahres sind neu hinzugekommen 274 Kollegen. Von ihnen sind 30 aus andern Verbänden übergetreten. Zugereist sind 85, abgereist 66, davon ohne sich abzumelden 10; 3 sind aus- getreten, 1 wurde ausgeschlossen, 26 sind in andere Ver- bände übergetreten, 1 ist gestorben, 14 wurden zum Militär eingezogen und 9 wegen rückständiger Beiträge gestrichen. Den mit den örtlichen Verhältnissen vertrauten Kollegen wird die geringe Zahl der Zugereisten und Abgereisten auf- fallen. Das liegt daran, daß es namentlich die Mitglieder der Zweigvereine Dresden und Pirna nicht für notwendig halten, sich hier anzumelden. Mit den Beiträgen im Rück- stande befanden sich am Schlusse des Jahres 25 Kollegen. Bei der Mehrzahl von ihnen ist es nur Nachlässigkeit, und es wäre erwünscht, daß namentlich die, die gern eine Rolle spielen wollen, etwas pünktlicher wären. Auch die Kassen- verhältnisse haben sich bedeutend gebessert. Im Berichtsjahre wurden umgekehrt 244 Eintragsmarken, 18 255 Beitragsmarken, 882 Arbeitslohnmarken und 112 Kranken- marken. Die Einnahme und Ausgabe der Hauptkasse be- trug 9861,70. In barem Gelde wurde an die Haupt- kasse abgehändelt 7054,57. Die Einnahme der Kassa betrug 1918,75, die Ausgabe 2684,71, der Kassen- bestand 6664,04. Der Bestand am Schlusse des vorigen Jahres war 4008,82, folglich beträgt die Zunahme 2555,22. Der Geschäftsbericht nach und von auswärts ergab 90 Eingänge und 221 Ausgänge durch den Vor- sitzenden und 364 Eingänge und 371 Ausgänge durch den Kassierer. Beschlossen wurde noch, uns an der dauernden Arbeitslosenagitation durchzuführen zu beteiligen. Die Mitglieder werden hiermit nochmals ermahnt, dieer starken pünktlich und gewissenhaft auszuführen, damit ein brauch- bares Material zustande kommt. Das aus im neuen Jahre ein jeder Kollege seine Pflicht, damit wir das nächste Mal von weiteren Fortschritten berichten können.

Spanbau. (Jahresbericht.) Unsere Kollegen, die am 31. Januar im Vereinslokal den Jahresbericht entgegennehmen sollten, scheinen von der siegreichen Wahl- schlacht im „Kaiser-Wahlkreis“ noch etwas ermüdet zu sein; deshalb wohl der überaus schwache Besuch. Aber, wie wohl fast alle Winterversammlungen von dem Kleinsten und fernigsten Teil der Gesamtmitgliedschaft besucht sind, so war es auch hier. Die Berichtstatter fanden in dem kleinen Auditorium eine aufmerksame Zuhörerschaft. Der Kassierer Otto Borisch verlas die Kassenberichte vom vierten Quartal und vom ganzen Jahr 1911. Die Mitgliederzahl im Zweigverein hat sich seit der Verlesung fast verdoppelt; 683 Kollegen gehörten ihm am Jahreschlusse an, wobei die ganz faulen, Gäfte nicht mitgezählt sind. 370 Mitglieder sind Maurer im Hauptberuf (darunter nur wenige Stukaturer und Fliesenleger) und 313 Hilfs- arbeiter. Die Kasse schloß mit einem lokalen Bestand von 4895,21, wovon 14 500 bei der Banabteilung der Großaufsehergesellschaft in Hamburg angelegt sind. Die Kassenleitung wurde einstimmig entlassen. Kollege Fritz Abraham erwähnte, daß der erste Gegen der Ver- schmelzung der Streit der Hilfsarbeiter im zweiten Quartal des Berichtsjahres gewesen sei. Die erzielten Erfolge seien mit nahezu 10 000 Kosten nicht zu hoch bezahlt gewesen. Als materielle Ertragsgegenstände des Kampfes sind vor allem zu nennen: die Tarifierung der Arbeitszeit, die Festsetzung eines Minimallohnes für ge- wöhnliche Bauarbeiten und die Lohnstaffelung für qualifi- ziertere Arbeiter (Müller, Arbeiter an den Transportschiffen usw.). Die moralischen Erfolge dieses ersten wichtigen Sieges der Spanbauer Hilfsarbeiter, die vor dem Streit um 30 bis 33 % niedriger entlohnt wurden als ihre ge- leiteten Mitarbeiter, haben sich auch schon eingestellt. Sie

werden sich vermehren, wenn auch der letzte Mann seine Schuldbiligkeit tut und sich einig zur Organisation stellt. Dann werden sich auch die Wohnverhältnisse verbessern, deren wir auch im Berichtsjahre mehrere hatten. — Die Konjunktur im Zweigvereinsgebiet war gut mittelmäßig. Mehrere große Institute, Lehrerseminar, Landesstern- warte, das städtische Gaswerk, sind im Laufe des Jahres des Herbstes vollständig worden. Dagegen ist das städtische Rathaus, ein fünfmißliedersobjekt, nur bis zum Dach ge- blichen. Dieses Gebäude, von dem Unternehmer Malofka ausgeführt, gab zeitweise bis 200 Bauarbeitern Beschäfti- gung. Aber es gibt zu manden Zeiten auch einen riesigen Taubenschlag, dem Malofka schon unter Zuhilfenahme aller erdenklichen Mittel abgebaut hat, was ihm freudig und anrecht die Erfüllung seiner Pflichten aberbete. Dagegen suchte er sich eine Kolonne willfähriger Elemente zu sichern, indem er gewisse „Lieber Kinder“ Ueberstunden bis zum Erbrechen scharf eingreifen. Sie hatte Erfolg; die meisten Sänder befehen sich zum Schluß. Der Malofka- bau wird auch in Zukunft noch vielen Kollegen Beschäfti- gung geben. Auch die private Bautätigkeit war einmütig- maßig gut und wird auch im Jahre 1912 allem Anschein nach wenigstens der hiesigen Kollegenchaft voll auf Arbeit bringen. Hoffen wir, daß sich nicht nur die Stadt Spanbau emporenwidert, sondern daß auch unsere Organisation zu einer immer stärker werdenden Waffe der Arbeiter- schaft wird. — Zur Erledigung der Arbeiten machten sich 12 ordentliche, 6 außerordentliche Mitgliederversammlungen und 21 Vorstandssitzungen nötig. In sechs Versammlungen wurden Rezerate gehalten, und zwar in fünf Fällen von Baudeputen. Einmal redete Genosse Wudholz, Berlin über die Notwendigkeit der Konjunktionsgesellschaft für die Arbeiterchaft. Außerdem fanden statt: 4 erweiterte Vorstandssitzungen, 3 Baudelegiertenzusammenkünfte, fünf Verhandlungen mit der Unternehmerschaft, 4 Sitzungen des Vorstandes mit der örtlichen Parteileitung, Gewerkschaftsarbeit usw. und 2 Sitzungen mit den Kollegen in Seefeld und Ladow a. d. S. Zwei Baufontrollen, die sich über das gesamte Zweigvereinsgebiet erstreckten, fanden außerdem statt. Etwa 150 Briefe und 400 Postkarten sind im Berichtsjahre beim Vorstand ein- und ausgegangen. Wir bitten nun auch hier die Träger für die Arbeitslosen- statistik, ihre wichtige Arbeit gewissenhaft auszuführen.

Strasburg. (Jahresbericht.) Als der Deutsche Bauarbeiterverband am 1. Januar 1911 ins Leben gerufen wurde, waren unsere Maurer allgemein der Meinung, daß man sektionsweise tagen sollte, weil sonst die Versammlungen nicht so gut besucht würden und weil jede Sektion ihre Angelegenheiten doch am besten selber regeln könne. Die Bauhilfsarbeiter dagegen stellen in einer Versammlung am Anfang des Jahres den Antrag, die Versamm- lungen gemeinsam tagen zu lassen. Mit Rücksicht darauf, daß in kleineren Städten eine Sektionsbildung nicht nötig ist, wurde dieser Antrag nach längerer Debatte angenom- men, und es hat sich gezeigt, daß das Zusammenarbeiten sehr gut möglich war. Im Jahre 1911 hatten wir eine gute Bauperiode, und wo viel Arbeit ist, da gibt es auch für eine Organisation viel zu erledigen. Bei uns trat die Affordarbeit in den Vordergrund. Viele Jahre ist der Be- schluß, keine Arbeiten in Afford auszuführen, eingehalten worden; aber in den beiden letzten Jahren hat sich die Affordarbeit wieder eingenistet. Mitten in der großen Bewegung setzte sich hier ein Architekt und Maurermeister fest, der schon in großen Städten tätig gewesen sein soll. Er ließ schon seinen ersten Bau bis auf den Außenputz von Berliner Affordbauern fertig machen. Nur den Innenputz machten hiesige Kollegen fertig. Seit der Zeit, wo unsere Kollegen den Beschluß durchbrachen haben, ist die Affordarbeit in vollster Blüte. Die ersten Kollegen waren wenigstens noch so weit ehrlich, daß sie erklärten, es sei Afford; aber oft genug werden die Vorstandsmitglieder in den Sitzungen belogen und betrogen. So trumpten erst kürzlich Kollegen in einer Sitzung sehr stark auf, und nach wenigen Tagen wurde die Affordarbeit von dem Unternehmer selbst aufgegeben. In der Entscheidung des Zentralschiedsgerichts vom 5. Dezember 1911 zur Afford- arbeit steht es ausdrücklich: „Innerhalb der Branchen, wo Affordarbeit bisher nicht eingeführt wurde, ist auch deren Einführung durch Einzelverträge nicht zulässig. Jede diesbezügliche kollektive Maßnahme verstoßt gegen den Tarifvertrag.“ In Strasburg ist Affordarbeit vor dem Abschluß des Vertrages nicht üblich gewesen, und daher hat auch kein Unternehmer das Recht zur Einführung der Affordarbeit. Darum, Kollegen, müssen wir die Afford- arbeit unter allen Umständen bekämpfen und unser Augen- merk darauf richten, daß sich die Bauenden, die Worte und vor allem die Mißlungen in guter Ordnung befinden, damit nicht allfällige so viele Kollegen infolge dieser Mißstände ihren Tod finden. Außerdem haben wir darauf zu achten, daß in den Neubauten vernünftige Defen sind. Und so ist noch manches andere zu erledigen. Es ist doch vorgekommen, daß Mißlungen gebrochen und Kollegen ver- urteilt sind, ohne daß von den auf den betreffenden Bau- stellen arbeitenden Kollegen dem Vorstand etwas davon be- richtet wurde. Die Kollegen müssen doch wissen, daß es für den Verunglückten immer besser ist, wenn sofort die In- fallstelle unterfüttert wird. — Die betriebliche Arbeitzeit wurde gleichfalls nicht eingehalten, ja sogar die einmütig- ständige Mittagspause ließen sich die Kollegen bei einer Firma nehmen, trotzdem ihre Durchführung einige Wochen Streit gekostet hat. Wochenlang haben sich die Leiter unserer Organisation in Versammlungen und Sitzungen mit den Lohn- und Arbeitsbedingungen beschäftigt und unter ständigen Vertreter haben in den Sitzungen mit den Unternehmern fundentag die Dinge geteugt, um das Beste für uns herauszuholen. Das sollten wir anerkennen und das Ertragsgegenstände hochhalten. Wir sollten auch die Ge- schäftigkeit ausüben und uns in den Versammlungen ruhig und sachlich über das ausprechen, was wir glauben, das es der Organisation förderlich ist. Heute leben wir noch in Friedenszeiten; aber wie lange, noch wird es dauern bis wir wieder in einem hartnäckigen Kampfe stehen? Kollegen! Wenn ein der Baugewaltigen Feind in einer Versammlung tagt, so sollten auch wir unsere Organisation im Frieden stärken, damit die Macht der Unternehmer an unserm Volkwerk zerfällt. — Die Bauhilfsarbeiter hatten

bis vor Abschluß dieses Vertrages mit den Unternehmern keinen Betrag und auch keinen bestimmten Stundenlohn. Durch diesen Vertrag haben nun auch sie einen solchen erhalten. Er beträgt für das Jahr 1910 36 bis 39 S., 1911 38 bis 41 S., 1912 39 bis 42 S. Die Bauhilfsarbeiter waren der Ansicht, daß für die schwersten Arbeiten am Bau, wie für das Tragen von Kalk und Steinen, der höchste Lohn der Staffel gezahlt würde. Aber obwohl der Vertrag schon einhalb Jahre in Kraft ist, haben doch nur wenige Kollegen den vertraglichen Höchstlohn bekommen. Ein Vorstellungsverfahren beim örtlichen Schiedsgericht war erfolglos; der Vorsitzende dieses Gerichts schloß sich der Ansicht der Unternehmer an, die erklärten, wenn große Trägere in einem Durchbau untergebracht würden, so sei dieses doch eine weit schwierigere Arbeit als das Kalk- und Steintragen. Wir betreiten nicht, daß solche Arbeit schwere Arbeit ist. Aber daß das Kalk- und Steintragen nicht mit zu der schwersten Arbeit gehört, das dürfte außer dem Schiedsgericht in Straßburg und den hiesigen Unternehmern wohl niemand glauben. Die Arbeiter werden sich also in diesem Falle den Lohn, der ihnen gebührt, einfach erkämpfen müssen. Die Finanzen des Zweigvereins gestalteten sich folgendermaßen: Die Hauptkasse hatte eine Einnahme und Ausgabe von M. 5642,37. Die Jahresrechnung der Kassa betrug M. 3474,48, die Ausgabe M. 2670,15, der Kassenbestand M. 804,33. An Kranenunterstützung wurde gezahlt M. 883,91, an Sterbeunterstützung M. 177,50, Gemahregelunterstützung M. 6,40. Der gesamte Marxenumschlag im Jahre belief sich auf 11 772 Stück. Die Mitgliederzahl betrug im Durchschnitt 817. Neu eingetretene sind 118 Kollegen, zugereist 124, abgereist sind 120, ausgetreten 4, ausgeschlossen 3, in andere Verbände übergetreten 2, gestorben 2, zum Militär eingezogen 2. Am Schluß des Jahres 1911 hatten rüchtlänge Beiträge: drei Kollegen eine Woche, vier Kollegen zwei Wochen, ein Kollege drei Wochen und ein Kollege fünf Wochen. Mitgliederveranstaltungen fanden 26 statt, öffentliche wurden 6 abgehalten. Außerdem hatten wir 29 Sitzungen. Die Kasse wurde durch die Revisoren viermal und durch den Zweigvereinsvorstand gleichfalls viermal revidiert. — Wir müssen nun in Zukunft kräftig agitieren, damit wir die Macht der Bauvereinigungen ebenso brechen können, wie bei den Reichstagswahlen die Macht der Junker gebrochen worden ist. Vor allem aber ist es notwendig, daß unsere Straßburger Kollegen in Zukunft die Versammlungen so besuchen, daß sich ein schönes und reges Organisationsleben entwickeln kann.

Striegan. Am 21. Januar gab in unserer Jahresgeneralversammlung Kollege Förder den Kassenbericht vom vierten Quartal. Die Einnahme der Kassa betrug M. 882,64, die Ausgabe M. 141,57. Die Jahresrechnung betrug M. 1187,33, die Ausgabe M. 416,26; der Kassenbestand beträgt am Jahresschluß M. 741,07. Mitglieder hat der Zweigverein 202; er hat also seit der Jahresversammlung um 92 zugenommen. Gatten alle Kollegen mitgearbeitet, so wäre der Zuwachs noch größer, namentlich auf dem Lande, wo es die Mauer noch nicht so weit gebracht haben, daß sich die Hilfsarbeiter organisieren. Vier Mitglieder mußten gezwungen werden und 50 sind mit ihren Beiträgen rückständig. Für sie ist die Nachzahlung höchste Zeit, wenn sie ihre Mitgliedschaft nicht verlieren wollen. Auch gilt es, im neuen Jahr energisch neue Mitglieder zu werben.

Werdau i. S. (Zahresbericht.) Wie in anderen Orten, so hat die Verschmelzung auch hier ein gutes Resultat gezeitigt. Vor dieser hatten wir einen Mitgliederbestand von 242 Mauern und 48 Hilfsarbeitern, heute sind es 321 Maurer und 184 Hilfsarbeiter. Dieser Zuwachs ist nur der Verschmelzung, durch die die Agitation außerordentlich angereizt wurde, zuzuschreiben. Der Steigerung der Mitgliederzahl entsprechend ist auch die Einnahme der Haupt- und Kassa betrag gestiegen. Die Einnahme und Ausgabe der Hauptkasse belief sich auf M. 8982,65. Die Kassa hatte eine Einnahme von M. 2589,44 und eine Ausgabe von M. 1651,82. Die Quartalzeitsrechnung der Kassa betrug M. 1491,82, die Ausgabe M. 494,20. Wir haben also einen Bestand von M. 937,62. Davon sind M. 700 bei der Genossenschaft angelegt. Die Hauptkasse hatte eine Quartalzeitsrechnung von M. 2541. An Kranenunterstützung wurden 1911 M. 379,70 und an Sterbeunterstützung M. 327,50 ausgezahlt. Es fanden im Jahre 13 Versammlungen und 16 Sitzungen statt. Um unsern Tarif Stellung zu verschaffen, machten sich vier Schlichtungskommissionen notwendig. Bei der ausgeübten Bautenkontrolle mußten wir erfahren, daß auch bei uns der Bauarbeiterlohn zu wünschen übrig läßt. — Der 1. Mai wurde von 245 Kollegen durch Arbeitsruhe gefeiert. Die Beitragseintreibung (Hausstufierung) bewährte sich gut. Für 1912 wird noch ein Kassazuschlag von 5 S. erhoben, so daß sich unser diesjähriger Beitrag auf 65 S. stellt.

Reiz. In Nr. 4 des „Zimmerer“ veröffentlicht der Vorsitzende des Zimmererverbandes, Zweigverein Reiz, den Jahresbericht. In ihm wird dem Bauarbeiterverband, Zweigverein Reiz, die Schuld daran beigemessen, daß es in Reizen nicht zum Tarifabschluß gekommen ist. Weiter wird behauptet, die Mauer glaubten, die Zimmerer sollten den Mauern die Löhne erklären. In dem Bericht des „Zimmerer“ heißt es wörtlich: „Auch in Reizen konnte die Lohnbewegung nach einer Lohnreduzierung von 8 S. zu Ende geführt werden. Daß es hier noch nicht zum Vertragsabschluß gekommen ist, ist dem Bauarbeiterverband zuzuschreiben, der glaubt, daß wir auch für die Mauer den Lohn erkämpfen sollen.“ — Hierzu bemerken wir: Wir haben die Zimmerer in Reiz noch nicht gebracht, um uns die Löhne zu erkämpfen; wir sind bis jetzt selbst stark genug gewesen, unsere wirtschaftliche Lage zu verbessern. Die Zimmerer haben wohlhaftig mit sich selbst zu tun. Nicht die Zimmerer, sondern die Mauer waren es, die in Reizen schon am 31. Juni 1910 ohne Arbeitszeitstellung eine Lohnreduzierung von 9 S. pro Stunde erreichten. Erst nachdem die Mauer einen höheren Lohn durchgesetzt hatten, dachten die Zimmerer daran, ihre wirtschaftliche Lage den Mauern gleichzustellen. Auch besteht zwischen dem Bauarbeiterverband und den dortigen Unternehmern, die dem Arbeiterverband nicht angehören, seit 31. Juli 1910 ein Tarifvertrag. Ebenso besteht seit 22. März 1911 zwischen dem Arbeitgeberverband und dem

Bauarbeiterverband für das Lohngebiet Reizsdorf, Traupitz, Reuden und noch mehrere umliegende Orte ein Tarifvertrag. Als letzterer am 16. März 1911 abgeschlossen wurde, war Selbig selbst zugegen, er hat aber mit keinem Wort gesagt, daß die Zimmerer für Reizen auch einen Tarifvertrag machten. Also nicht der Bauarbeiterverband ist Schuld, daß die Zimmerer keinen Tarifvertrag haben, sondern die Zimmerer selbst. Der Vorsitzende, der Zimmerer, Selbig, wußte ganz genau, daß der Bauarbeiterverband für Reizen einen Tarifvertrag hat; er hat diese unwahre Behauptung mit böser Absicht erlogen, um Streitigkeiten zwischen uns und den Zimmerern herbeizuführen. Wir glauben nicht, daß die Zimmerer von Reiz mit den unwahren Behauptungen ihres Vorsitzenden einverstanden sind. Am 1. Februar fand wegen dieser Angelegenheit eine Sitzung statt, an der die Vorstände des Zimmerer- und Bauarbeiterverbandes sowie der Gewerkschaftsleiter-Vorstände teilnahmen. In dieser Sitzung wurde vom Kartellvorstandes sowie von den Vorstandsmitgliedern des Zimmerer- und Bauarbeiterverbandes festgestellt, daß der Vorsitzende der Zimmerer, Selbig, absichtlich die Unwahrheit geschrieben hat. Wir und auch die Kartellmitglieder der Zimmerer verlangten von Selbig, daß er die unwahre Behauptung im „Zimmerer“ widerrufen. Selbig erklärte aber: „Ich widerrufe nichts, da müssen sich die Zimmerer eben einen andern Vorsitzenden wählen; wenn ich es gleich widerrufen wollte, der Redakteur des „Zimmerer“ würde diese Richtigstellung gar nicht aufnehmen.“ Nach den Aussagen Selbigs nähme der Redakteur des „Zimmerer“ wohl unwahre Behauptungen auf, lehnte aber die Richtigstellung ab. Wir glauben dies natürlich nicht, sondern halten Selbig für einen unmaßgeblichen Prästanz. Außerdem aber erklären wir: In so lange für einen feigen Lügner und Verleumder, bis er die ihm vom Kartellvorstandes sowie von den Vorstandsmitgliedern des Zimmerer- und Bauarbeiterverbandes als unwahr nachgewiesene Behauptung im „Zimmerer“ richtiggestellt hat.

Wieder in der Freiheit.

Am 15. Februar ist unser Kollege August Wefemeyer in Braunschweig wieder in die Freiheit zurückgeführt, die er 15 lange Monate entbehren mußte. Kollege Wefemeyer wurde im Jahre 1910 von der Strafkammer des Landgerichts Braunschweig zu der unerhörten Strafe von 15 Monaten Gefängnis verurteilt. Sein Vergehen war: Beleidigung des braunschweigischen Staatsministers v. Otto. Aber der Prozeß gegen August Wefemeyer hatte eine viel größere Bedeutung als das Defizit benußen läßt. Das braunschweigische Volk leidet unter einem noch schändlicheren Wahnsinn als das preussische; in Braunschweig ist es für das werktätige Volk einfach und unter allen Umständen unmöglich, einen Vertreter in den Landtag zu bringen, der völlig von einem vollgelegenen Großbureaumtum und einer reaktionären, lächerlich kleinlichen Bureaokratie beherrscht wird. Im braunschweigischen Lande gehören zwei von den drei Reichstagswahlkreisen der Sozialdemokratie, im dritten kommt sie dem Siege immer näher, und im Landtage ist sie überhaupt nicht vertreten! Selbstverständlich kämpft das braunschweigische Volk mit Hingebung für sein Recht; und in diesem Kampfe hat sich Kollege Wefemeyer als Redakteur des braunschweigischen Parteiblattes die 15 Monate Gefängnis zugezogen. Jetzt hat sich die Regierung dieses preussischen Vassallenstaates zur Vorlage einer Maßreformvorlage bequemt; die allerdings ein Hohn auf den Grundsat des gleichen Rechts ist. Aber dies Zugeständnis ist eine Folge des Kampfes, in dem unser Kollege Wefemeyer so schwer getroffen wurde. Wir begrüßen August Wefemeyer zu seiner Rückkehr in die Freiheit aufs allerherzlichste und wünschen ihm, daß er die unaussprechlichen körperlichen Folgen einer so langen Haft bald und gründlich überwinden möge. Mit uns ist die ganze Bauarbeiterchaft stolz darauf, Männer zu besitzen, die so opfermutig für die heilige Sache des Volkes eintreten, wie August Wefemeyer es getan hat und femer tun wird. Und darum heißen wir ihn herzlich willkommen.

Fliesenleger.

Berlin. (Zahresbericht.) Durch die Verschmelzung der Verbände der Maurer und Bauhilfsarbeiter machte sich eine solche auch zwischen den Sektionen der Fliesenleger und Fliesenlegerhilfsarbeiter notwendig. Beide Berufsgruppen stehen in enger Fühlung nicht nur bei Ausführung von Arbeiten auf der Baustelle, sondern auch bei Tarifverhandlungen und Lohnbewegungen. Kommt von einer besonders guten Bautenkonjunktur in Groß-Berlin nicht die Rede sein, so war im Fliesenlegergewerbe ständig eine gute Arbeitsgelegenheit vorhanden. Leider konnte noch nicht durchgeführt werden, daß sich die Unternehmer bei Bedarf von Arbeitskräften alle an den für Berlin bestehenden Arbeitsnachweis der Fliesenleger und Hilfsarbeiter wenden. Aufgabe aller Kollegen wird es sein, so zu handeln, daß wir bei den nächsten Tarifverhandlungen die Unternehmer zur Anerkennung des Arbeitsnachweises bewegen können. Mehrere Vertragsumgehungen wurden bei der Firma Schmalfisch & Below sowie bei Weller und Wok dadurch herbeigeführt, daß Fliesenlegerarbeiten in Accord übertragen wurden, wobei der Lohn für die Hilfsarbeiter in den Akkordpreisen mit eingegriffen war. Die Schlichtungskommission nahm Veranlassung, dies sofort (im April) dem Vorsitzenden der Vereinigung der Fliesenleger Berlins, Herrn Kupfer, mitzuteilen. Sie ergriff gleichzeitig, laut S. 8 des Vertrages, innerhalb dreier Tage eine Schlichtungskommissionenstellung in die Wege zu leiten. Auf überbeholdenes Anfragen wurde keine Antwort erteilt. Nunmehr wird der Vorsitzende des Gewerbegerichts hieron in Kenntnis gesetzt, aber auch ihm wurde erst nach Wochen

berichtet, daß vor Anfang August eine Erledigung der Sache nicht möglich sei. Nach reichlich vier Monaten wurde zum 16. August eine Sitzung anberaumt. Dort gab der Vertreter Binde ohne weiteres zu, daß in seinem Geschäft unter derartigen Bedingungen Arbeiten ausgeführt werden sind. Von Tarifverhandlung konnte aber nicht geredet werden, da er für sein großes Geschäft nur eine rein schematische Erledigung der Arbeit des Berechnens der ganzen Arbeit erwidern wollte. Daß bei einem solchen System der Fliesenleger immer der Beschädigte ist, und daß er andererseits dem Arbeiter gegenüber zum Antreiber werden muß, wollte ihm nicht recht einleuchten. Nach längerer Verhandlung wurde von den Unternehmern das Versprechen abgegeben, in Zukunft bei Vergebung von Akkordarbeiten den tariflichen Bestimmungen gerecht zu werden. An den Fliesenlegern und Hilfsarbeitern liegt es nun, bei den im Herbst stattfindenden Verhandlungen dafür zu sorgen, daß derartige Verschlechterungen ganz entschieden zurückgewiesen werden können. Andere Differenzen fanden eine schnellere Erledigung. — Im Berichtsjahre fanden 10 Vorstandssitzungen, 1 Generalversammlung und 8 Sektionsversammlungen sowie 1 öffentliche Versammlung statt. Außerdem machten sich 23 Geschäftsitzungen notwendig, von denen der Vorstand unterrichtet wurde. In zwei Versammlungen wurden Vorträge gehalten. Die im Vertrag vorgesehene Lohnreduzierung von 2 S. die Stunde ging glatt voran. Der Lohn für Fliesenleger betrug vom 1. Oktober 1911 an 95 S., der der Hilfsarbeiter 65 S. Vom Verbandsvorstand wurde uns auf eine Anfrage der Dresdner Sektion und nach erfolgter Umfrage bei den Gauvorständen mitgeteilt, daß die Abhaltung einer Fliesenlegerkonferenz im Berichtsjahr nicht notwendig sei und diese erst im Laufe des Jahres 1912 stattfinden solle. Im August beschloß sich die Mitgliederversammlung mit dieser Frage. Die Maßgabe der anwesenden Kollegen war der Ansicht, daß der Verbandsvorstand mindestens den Beschlüssen der ersten Fliesenlegerkonferenz Rechnung tragen müßte, wonach alle zwei Jahre Landeskonferenzen stattfinden sollen: Die Notwendigkeit einer solchen Konferenz hat sich bei Wählung des Stuttgarter Fliesenlegertarifs im Frühjahr 1911 gezeigt, wo entgegen den Beschlüssen der ersten Fliesenlegerkonferenz der Hilfsarbeiter im Akkordpreis mit eingegriffen ist. Der Arbeitsnachweisfrage für unsern Bezirk könnte auf einer Konferenz ebenfalls nähergetreten werden, und ebenso hätten andere berufliche Fragen erledigt werden können. — An der Meißner beteiligten sich 128 Fliesenleger und 24 Hilfsarbeiter. Die Firma Wosensfeld konnte sich hierbei nicht enthalten, zwei Kollegen, die an der Feier teilnahmen, auf acht Tage auszuweisen. Die Mitgliederzahl war am Schluß des Jahres 1910 224. Angemeldet und aufgenommen wurden 27, abgemeldet haben sich 7, ausgetreten ist 1 und wegen Schulden gestrichen sind 16 Fliesenleger. Am Schluß des Jahres 1911 zählte die Sektion 227 Fliesenleger und 57 Hilfsarbeiter, in Summa 284 Kollegen. Ein Teil der Hilfsarbeiter hat sich der Sektion noch nicht angeschlossen, sondern ist noch unter den übrigen Bauarbeitern zu finden. Klar muß es einem jeden von uns sein, daß auch unter unsern Berufsfliegen noch sehr viel Aufklärung notwendig ist. Mögen die Kollegen wiederum nicht ganz mit den Leistungen der Sektion und des Vorstandes zufrieden sein, so sollten sie in diesem Jahre alle dazu beitragen helfen, daß das, was verbesserungsbedürftig ist, auch verbessert werden kann. Unser Tarif läuft am 31. Dezember 1912 ab. Bis dahin gilt es, die Zeit auszunutzen und kräftig für die Stärkung der Sektion zu agitieren. R. K.

Dortmund. Die Fliesenleger Dortmunds hielten in der vorigen Woche eine kombinierte Sitzung ab, um zur Einhaltung des Tarifvertrages in der Frage der Kostzulage Stellung zu nehmen. Die industriellen Boden- und Hüttenanlagen bedingen es, daß in unserm Tarifgebiet die Arbeiten meistens außerhalb sind. Fast in allen Fällen, wo auf solchen Werken Plattenarbeiten vorzunehmen, muß eine Kostzulage gewährt werden, da sie zum übergroßen Teil außerhalb des Stadtgebietes liegen. Die Kostzulage zu zahlen, ist den Unternehmern immer schwer gefallen. Da augenblicklich das Angebot der Fliesenleger ziemlich stark ist, verjagen die Unternehmer Fliesenleger zu bekommen, die ohne Kostzulage arbeiten. — Es spezifizieren hauptsächlich auf zureichende Kollegen. Fragen solche Kollegen um Arbeit nach, so werden sie an die betreffende auswärtige Baustelle verwiesen, wo sie dann von dem dort mittlerweile eingetroffenen Geschäftsführer für den betreffenden Ort angenommen werden. Die Unternehmer glauben, in solchen Fällen keine Zulage bezahlen zu brauchen. Es hat dieserhalb auch eine Schlichtungskommissionenstellung stattgefunden, wobei sich aber der Unterteilische auch auf die Seite der Unternehmer schlug. Wir können uns natürlich damit nicht zufrieden geben und stehen augenblicklich wegen dieser Sache mit den Unternehmern in Differenzen. Die Unternehmer berufen nun, auswärtige Kollegen heranzuziehen, die bereit sind, ohne Kostzulage zu arbeiten. Wir machen die Kollegen darauf aufmerksam, daß in Dortmund Arbeitskräfte in genügender Anzahl vorhanden sind und die Kollegen ihre Unannehmlichkeiten haben, wenn sie solche Arbeiten ohne Kostzulage annehmen. Von zureichenden Kollegen verlangen wir, daß sie sich vorher im Vereinslokal, Restauration Martin, Nordstr. 1, melden. Dort wird ihnen weiterer Beistand zuteil. Die Dortmund Fliesenleger haben beschlossen, einen obligatorischen Arbeitsnachweis einzurichten, der auch von den eventuell zureichenden Kollegen zu benutzen ist.

Dresden. (Zahresbericht.) Am 3. Februar fand die Generalversammlung der Fliesenleger statt. Der Vorsitzende, Kollege Dieck, führte in seinem Jahresbericht folgendes aus: Im verwichenen Jahre hatten wir eine gute Konjunktur; denn wir waren oftmals gar nicht in der Lage, die Nachfrage nach geeigneten Kräften zu befriedigen. Alle zureichenden Kollegen fanden sofort genügende Arbeit. Sitzungen haben zwölf stattgefunden. Drei außerordentliche Sitzungen beschäftigten sich in der Hauptfrage mit der Verschmelzung der freien Vereinigung. Wir haben häufig oftmals noch einen schweren Stand bei den Unternehmern, und dies haben wir einzig und allein der freien Vereinigung zu verdanken. Jetzt, wo sich unsere Lage

etwas gebessert hat und wir einen ganz bedeutenden Mitgliederzuwachs haben, werden wir, wenn die gute Konjunktur noch längere Zeit anhält, bald auch ein Faktor mit in der Bewegung sein. Am Anfang des Jahres 1911 hatten wir 20 und am Anfang 1912 48 Mitglieder. Die meisten Mitglieder der freien Vereinigung waren im vergangenen Jahre für die Verschmelzung; dem im Oktober stimmten 23 für und 15 gegen den Uebertritt. Zu der Generalversammlung am 6. Januar sollte sich nun die Leitung eines Metallarbeiter Heren, der die Zentralkomitee mit allen Mitteln herunterzuziehen mußte. Und dieser Mann hatte Erfolg: es stimmten diesmal 8 für und 30 gegen den Uebertritt. Natürlich haben die acht Kollegen sofort die Konsequenzen gezogen, indem sie in die Sektion übertraten. Die Kommission, die von der freien Vereinigung zur Verschmelzung gewählt war, hat ihren Mitgliedern vorgeschlagen, wir Sektionen hätten den Uebertrittsbewegungen nur zwei Drittel genehmigt. Das haben sie wieder besseres Wissen besaßen. Von unserer Kommission würden wir die Verschmelzung zustande zu bringen, von dem jetzt aufgestellten Punkten neun anerkannt, obwohl einige davon offenbar nur aufgestellt worden waren, um die Verschmelzung zu verhindern. Bedächtig bei dem Verlangen, daß ein Streik auf Beschluß der Versammlung ohne Genehmigung des Vorstandes geführt werden müsse, wurde auf unser Statut verwiesen. Als die Kommission der freien Vereinigung sah, daß es hier kein Halten mehr gab, kam sie noch mit dem Statutenbestand, der laut Beschluß der Verordneten-Konferenz an die Geschäftsfelle nach Berlin abgemacht werden mußte. Auch dies wurde von unserer Kommission nicht zugestanden. Trotzdem wurde der Zusammenschluß hintertrieben. Das es übrigens im Lager der freien Vereinigung jetzt böse ansieht, geht schon aus dem Schreiben hervor, das im Januar an den Zweigvereinsvorstand gerichtet war. Darin wurde die Sektion gebeten, sich mit der freien Vereinigung auf zu vertragen. Das werden wir nun nicht tun. Wir haben ihnen stets die Hand geboten, sind aber immer zurückgewiesen worden, nun hat unsere Friedensliebe endlich ein Ende. Ferner wurde die Sektion noch zu Tarifverhandlungen eingeladen; aber wir haben keine Aufgabe mehr, uns mit den Leuten in dieser Angelegenheit zu beschäftigen. Sie mögen Tarife abschließen mit wem sie wollen, nur nicht mit uns gemeinsam; denn wir haben noch von 1909 die Nase voll. In Tarifangelegenheiten war eine Kommission vom Zentralverband der Köpfer anwesend. Verschiedene Punkte sollen geändert werden. Mögen nun unsere Kollegen jetzt, wo unser Vertrag abläuft, fest zusammenhalten, und mögen auch die Sozialisten bald zur Einsicht kommen, daß die Zersplitterung lediglich im Interesse der Unternehmer liegt. Schließlich fordern wir alle im Baubereich beschäftigten Kollegen auf, uns in dieser Angelegenheit zu unterstützen; denn unser Sieg ist auch ihr Sieg. Also, Kollegen, rannt und weicht nicht, damit wir einen uns zufriedenstellenden Vertrag abschließen können!

Stuttateure.

Uns Radolfzell schreibt man uns: Der Unternehmer Notzenbacher hat als Weisheitszeichen seine schon zirka sechs bis acht Jahre bei ihm beschäftigten Götter acht Tage vorher entlassen, obwohl er noch Arbeit hatte. Ihm scheint der im letzten Sommer durch Vertrag festgesetzte Tariflohn zu hoch zu sein. Als seine Götter der Organisation beitraten, hat dieser christliche Herr wohl geglaubt, sie würden der Organisation bald wieder den Rücken kehren und dann wieder billiger arbeiten. Allein er hat sich getäuscht. Nun hat er mit seinem Bruder während des Winters in einigen Bauten alles parat gemacht, damit, wenn das Wetter besser wird, er Leute suchen und darauf losarbeiten kann. Wir erfragen nun unsere Kollegen, bis auf weiteres bei der Annahme von Arbeit in Radolfzell recht vorsichtig zu sein, damit der Unternehmer sieht, daß er die roten Arbeiter nicht ganz nach seinem Belieben behandeln kann. Dann muß doch schließlich wieder die Zeit kommen, wo er sich mit ihnen vertragen muß. Da er sich an das christliche Kartell wenden will, um von dort Götter zu bekommen, ist es unsere Pflicht, auch auf die Christen ein wachsames Auge zu haben. Die jureisenden Kollegen wollen sich vor Arbeitsaufnahme beim Vorstand über den Stand der Sache erkundigen.

Vom Bau.

Anfälle, Arbeiterschutz, Submissionen usw.
Kollegen! Unterlaßt nie, von Anfällen, Baueinstürzen, überhaupt von allen wichtigen Vorkommnissen auf den Bauten schnellstens einen sachlichen Bericht an Euer Tadslatt zu senden.

Berlin. Ein Baunfall ereignete sich am 9. Februar in Charlottenburg. Der Wächter August Krenzke hatte während der letzten Nacht einen Neubau in der Nähe des Bahnhofs Charlottenburg zu beaufsichtigen. Als er auf einem Hundsgang durch das Gebäude in der zweiten Etage einen bereits verfallenen Balken betrat, glitt der alte Mann aus und stürzte kopfüber in die Tiefe. Er erlitt einen Schädelbruch und schwere innere Verletzungen, so daß man ihn in bedenklichem Zustande nach einem Krankenhaus schaffen mußte. — Bei der Ausübung seines Berufes ist am 15. Februar der Putzer Hermann Grund auf dem Neubaugrundstück Vinsinger 23 erheblich zu Schaden gekommen. Er hatte mit andern Arbeitern ein Stangengerüst errichtet. Als er im dritten Stockwerk zwei Stangen durch einen Verbindungsanker wollte, verlor er beim Vorbeugen das Gleichgewicht und stürzte kopfüber in die Tiefe. Arbeitskollegen sprangen schnell hinzu und schafften den Verunglückten nach der Rettungswache, wo erhebliche äußere Verletzungen bei ihm festgestellt wurden. — Wahrscheinlich hat G. auch innere Schäden genommen. — Schwer verunglückt ist am 14. Februar der Arbeiter Engelbrecht. Er war bei den Steinarbeiten, die zurzeit an der ehemals russischen Villa in der Hardenbergstraße 8 in Charlottenburg vorgenommen werden, beschäftigt. Als er dort auf

einer Mauer stand, glitt er aus und stürzte 3 m tief hinab. Nach einigen Minuten wurde er von seinen Kollegen benachrichtigt aufgefunden. Ein von der Unfallstation herbeigekommener Arzt stellte einen Bruch des rechten Armes und schwere innere Verletzungen fest und ließ den Verunglückten nach dem Krankenhaus Moabit schaffen. — Am 16. Februar verunglückte auf dem Neubau des höchsten Schöber in der Mohlarstraße die Maurer Paul Diermer und Paul Hühner und der Arbeiter Wilhelm Brüggenmann aus Großbeeren. Sämtliche waren beim Treppenaufbau beschäftigt. Die Decken waren bereits gewölbt und hatten bei der strengen Kälte zu leiden, da das Dach noch nicht fertiggestellt war. Plötzlich brach die Decke in sich zusammen und durchstieß die Kellerdecke. Die drei Kollegen stürzten fünf bis sechs Meter in die Tiefe. Sie kamen mit kleineren Verletzungen davon und konnten sich nach Anlegung von Notverbänden in ihre Wohnung begeben.

Gemüth. Beim Abbruch der Villa Wanderver Werke in Schönau wurde am 8. Februar durch Unvorsichtigkeit eines Kollegen ein Balkenstück abgeworfen, das einem daneben arbeitenden Kollegen auf die Schulter fiel, so daß er einen Schlüsselbruch davontrug.

Düsselhof. Am 15. Februar ereignete sich auf dem Neubau Mannesmann in der Berger Allee, den die Firma Holzmann & Co. ausführt, abermals ein Unglücksfall. Beim Transportieren von großen, schweren Steinblöcken brach das Gerüst durch. Der schwere Stein stürzte in die Tiefe, zwei am Transport beteiligte Kollegen mit sich reichend. Zum Glück kamen beide Verunglückten mit leichten Verletzungen davon. Wie von Augenzeugen berichtet wird, hätte das Unglück nicht geschehen können, wenn das Gerüst, auf dem der Stein transportiert wurde, vorschriftsmäßig gebaut gewesen wäre.

Quisburg. (Bau-einsturz.) Am 13. Februar, mittags gegen 12 Uhr, stürzte der Neubau des Eigentümers Rinker in der Prudenstraße in Duisburg-Gochfeld zum Teil ein. Glücklicherweise kamen Menschenleben dabei nicht zu Schaden. Der Bauunternehmer N. Wade, der den Neubau ausführt, hatte kurz vor dem Einsturz bemerkt, daß sich an der Mittelwand in der unteren Etage bedenkliche Risse zeigten. Er ordnete deshalb an, daß die Maurer und Bauarbeiter, die mit dem Ausmauern der Giebel beschäftigt waren, den Bau sofort verlassen. Der Unternehmer konnte sich vorher durch den Bau eine Stütze unter einem Träger der Mittelwand anordnen, um den Einsturz des Seitengiebels zu verhindern, was ihm auch noch mit knapper Not gelang. Ramm hatten beide den Bau verlassen, da stürzte auch schon das Innenmauerwerk samt den Balkenlagen und ein Teil der Vorderfront des dreieckigen Gebäudes, einen großen Zimmerhaufen bildend, in sich zusammen. Die Hauptursache des Unglücks ist das schlechte Baumaterial. Die auf den hiesigen industriellen Werken in neuester Zeit hergestellten Schindelmatten werden vornehmlich zur Herstellung der inneren Wände der Bauten verwendet. So auch an diesem Bau. Diese Steine werden aber anscheinend ganz minderwertig hergestellt, so daß sie bei einigem Andruck auseinanderbrechen und wie Schutt zusammenfallen. So ist es bei dieser neuen Jahreszeit erklärlich, daß sich bei der Verarbeitung solcher minderwertigen Materialien derartige Unglücksfälle ereignen. Hier ist es Aufgabe der Bauherren, die Herstellung von Mauern, die schwere Lasten zu tragen haben, mit dem richtigen Baumaterial zu beschreiben.

Sandburg. Am 13. Februar fiel an dem Neubau Tisch in der Poststraße der Elektriker Meißel vom ersten Stock ins Parterre ab. Unangenehme Schmutzvorrichtung war die Ursache des Unfalles. — Am 12. Februar stürzte der Bauarbeiter G. Meinhart auf dem Bau der Kunstgewerbeschule am Vorderfeld vom Gerüst in den nachfolgenden Unfall ab. Das Fehlen des Geländers ließ den folgen schweren Unfall zu. Er erlitt schwere innere Verletzungen. — Am 14. Februar passierte an dem Bau in der Vorkolonnenstraße Nr. 90 ein tödlicher Unfall. An dem Bau sollten die Mauer einen 6,50 m langen und 23 : 10 cm starken Träger auf einer Leiter transportieren. Die Leiter war zu schwach, auch war sie nicht abgesichert. Als der Bauarbeiter fünf einige Stufen mit dem Träger getiegen war, brach die Leiter durch. Er stürzte rittlings ab und verstauchte sich die Halswirbelsäule, an deren Folgen er den nächsten Abend starb. Es war ein Reichtum sondergleichen, den Träger zu transportieren, ohne daß die Leiter abgesichert war, was um so mehr auffällt, da der Maurermeister Erdmann selbst bei dieser Arbeit zugegen war und den Transport leitete. — Am 15. Februar passierte auf dem Bau des Warenhauses Tisch ein schwerer Unfall. Die Zimmerer waren mit dem Abbrechen einer Baubühne beschäftigt, als die Seitenwände in sich zusammenfielen, den Zimmerer Meitort unter sich begrub. Schwere innerlich verletz wurde er dem Krankenhaus zugeführt. — Am demselben Tage stürzte der Zimmerer Tanke am Neubau auf der Fomer Rennbahn aus einer Höhe von zirka 9 m ab. Er war mit einem Abbrechen des Gerüsts beschäftigt und lag einen Schritt. — Am 16. Februar passierte an dem Bau der Lustschiffhalle in Grob-Borsfel ein schwerer Unfall, wobei drei Arbeiter verunglückten. Einer der Leute, woran die Wände auf dem Dach befestigt sind, riß und die Arbeiter stürzten ab. Der Vorarbeiter Hübner erlitt so schwere innere Verletzungen, daß an seinem Aufkommen gezweifelt wird. Die beiden anderen waren ebenfalls schwer und der Arbeiter Butler leicht verletzt. Hier hat sich die staatliche Kontrolle in ihrer ganzen Kraft gezeigt. Am 9. Februar war die Berufsgenossenschaft sowie die Baupolizeibehörde von Hamburg von der Bauarbeiterkommission über die Unvorsichtsmäßigkeit der Schuttbekleidungen unterrichtet, ohne daß etwas dagegen getan wurde.

Necklinghausen. Am Neubau der Kohlenwäse Zeche Blumental ereignete sich am 12. Februar ein schwerer Unglücksfall. Eine Schichtarbeiter, die zum Materialtransport diente, fiel infolge fehlens jeglicher Schutzvorrichtung aus einer Höhe von zirka 20 m einem vollständig zusammengebrochenen Gerüst. Der Verunglückte brach sofort wie Schutt zusammen. Nachdem man ihn sofort vom Platz geborgen und verbunden hatte, gab er wieder Lebenszeichen von sich. Das ist für Necklinghausen innerhalb dreier Tage der dritte Unfall.

Schmitz. Schon wieder müssen wir über einen Unfall an dem Bau der Papierfabrik zu Schmitz berichten. Am

12. Februar stürzte beim Montieren des neuen Kessels der Gießmonteur Kraus aus einer Höhe von zirka 8 m ab und fiel auf eine Eisenbahn. Glücklicherweise trug er außer einem starken Wunderguß im Gesicht keine Verletzungen davon. Er wurde ins Krankenhaus übergeführt. Beim Abtragen einer alten Mauer löste sich am 15. Februar ein Stück Mauer vorzeitig und verfiel über den verheirateten Arbeiter Reiffisch aus Pichtenhain, der dadurch am rechten Bein einen Unterschenkelbruch erlitt. Der Verunfallte wurde ebenfalls nach dem Krankenhaus übergeführt. Bei etwas mehr Aufmerksamkeit seitens der verantwortlichen Personen hätte dieser Unfall wohl verhindert werden können.

Zuchern. Beim Einsetzen eines eisernen Brunnennetzes in den mehr als 30 m tiefen Brunnen des Fleischermeisters Herzert brach beim letzten Zeitrohre der Schraubstock, infolgedessen schlug der siebzehnjährige Schlosserlehrling Hoppe aus Brönnig rittlings mit dem Kopf an eine scharfe Kante und zog sich eine Verwundung zu, die seine Ueberführung in das Krankenhaus nach Zeit nötig machte. Er war zum Glück angeleitet, sonst wäre bei der eintretenden Bewußtlosigkeit ein Sturz in die grausige Tiefe unvermeidlich gewesen.

Treibeln. Am 13. Februar fiel auf dem Neubau Cde Derlingerstraße in Lantshub der Steinträger Gineke aus einer Höhe von 4 m mit einem Kasten Steine herunter. Er kam mit einigen Kopfverletzungen davon. Der Bau gehört der Firma Otto Diener in Mariendorf. Da es immer an Mühseligkeit, war der Keller nicht abgedeckt und es war auch kein Geländer vorhanden. Am nächsten Tage wurde der Bau inhiert. Jetzt ließ der Bauherr den Gineke nach der Restauration holen und sagte, er sei doch nur „ausgerutscht und mit dem Kopf gegen die Wand gefallen“. Das solle er sagen, wenn ihn die Polizei frage. Dann sagte er im Lokal zu allen Mauern und Arbeitern, sie hätten doch nicht gesehen, wie das passiert sei. Er wollte also auch sie beeinflussen und zu Lügen verleiten, damit er sich aus der Schlinge ziehen kann. Das wird ihm aber nicht gelingen, da mehrere Leute Zeugen des Vorfalles gewesen sind.

Kleine Notizen vom Bau.

Eine internationale Kaufsch. Ausstellung findet im Jahre 1913 in Leipzig statt. Wie die „Bauwelt“ meldet, hat die Stadt Leipzig dafür nicht nur ein Gebäude kostenlos zur Verfügung gestellt, das größer ist als das der Brüsseler Weltausstellung, sie hat auch die ansehnliche Summe von 300.000 für den Garantiefonds bewilligt. Auch ist beabsichtigt, einen „Pavillon der Stadt Leipzig“ zu errichten. In Verbindung mit der Ausstellung soll eine auf dauernden Bestand berechnete Kleinwohnungsbau „Leipzig-Mariendorf“ errichtet werden. Sie ist als Gartenort geplant und wird in einer Entfernung von 400 m vom Hauptausstellungsgelände liegen. Die Verbindung mit dem Ausstellungsgelände soll durch eine Schwebbahn hergestellt werden. Es werden zunächst 85 Häuser gebaut.

Verletzung einer 72 m langen Mauer. Eine interessante Arbeit, die Verletzung einer 72 m langen Mauer, ist kürzlich in Antwerpen ausgeführt worden. In der Nähe des Bahnhofs sollte wegen Verbreiterung der Straße eine 72 m lange Mauer abgebrochen und 25 m weiter rückwärts an den alten Steinen wieder aufgebaut werden. Der ausführende Ingenieur sah aber, daß die Mauer gut gemauert war und daß beim Abbruch sämtliche Steine zerbrochen wären. Dadurch wäre für den Neubau neues Material notwendig geworden. Der Ingenieur ließ deshalb einfach die ganze Mauer mit einer elektrisch betriebenen Steinlage am Fuße abschneiden. Die Mauer wurde dann auf einem Schienenstrange nach der neuen Stelle verfahren. In der Verfrachtung arbeiteten 28 Mann genau 27 Minuten, während an der ganzen Arbeit 13 Mann 14 Tage lang tätig waren.

Neue Maschinen im Baugewerbe. Nachdem wir kürzlich über die Verwendung von Maschinen bei Ausschachtungsarbeiten in Berlin Mitteilung machten, können wir heute über eine ähnliche Einrichtung in Dresden berichten. Dort soll an der Prager- und Waisenhausstraße ein Gespärtschacht errichtet werden. Zur Ausschachtung ist nach dem „Dresdener Anzeiger“ seit einigen Tagen eine kleine Lokomotive, kombiniert mit einem Drehkran, im Betrieb, die die Ausschachtungsarbeiten beschleunigt und direkt in die auf der Straße stehenden Geschirte entleert. Die Maschine ist von der Baumaschinenfabrik Düinger, A.-G., Düsseldorf, geliefert.

Die Wüchner Baugenossenschaften haben, wie die „W. N. N.“ melden, im Jahre 1911 eine rege Tätigkeit entfaltet. Die beiden Eisenbahngenosenschaften in Neuhäusen haben ihre Anlagen bedeutend erweitert; schon im Frühjahr wurden 14, im Herbst weitere 7 Häuser fertiggestellt und im ganzen damit 208 neue Kleinwohnungen beschafft; weitere 30 Häuser stehen im Bau und werden im Frühjahr und Sommer bezogen werden können. Auch die Baugenossenschaft des Personals Südbahnhof hat ihren Vorrat an der Haldenstraße um zwei Häuser vergrößert und im Herbst 24 neue Wohnungen bereitgestellt. Die Militärarbeiter-Baugenossenschaft hat an der Sübweststraße fünf Häuser mit 32 Wohnungen errichtet. Die Zentralbaugenossenschaft für Beamte und Angestellte hat die ersten fünf Häuser ihrer Anlage in Schwabing mit 33 Wohnungen fertiggestellt. Im Westendviertel wurden von der Baugenossenschaft Mühlweg-West in der ersten Hälfte des Jahres 11, in der zweiten weitere 12 Häuser mit insgesamt 87 Kleinwohnungen gebaut, von denen die letzten erst in diesem Monat bezogen werden. Endlich hat die neue Baugenossenschaft Rindwieserbühl an der Ganghofer- und Maguarstraße 5 Häuser mit 67 Wohnungen fertiggestellt, während weitere 8 Häuser noch gebaut werden. Durch Baugenossenschaften wurden so insgesamt 741 neue Kleinwohnungen beschafft, wozu außerdem noch weitere 146 in den verschiedenen Anlagen des Wohnungsvereins zu rechnen waren. Damit erreicht die Zahl der durch korporative Tätigkeit beschafften Kleinwohnungen ungefähr die Hälfte aller im Jahre 1911 überhaupt gebauten Wohnungen dieser Größenklasse. Im laufenden Jahre wird voraussichtlich die genossenschaftliche Wohnungsbeschaffung einen noch größeren Raum einnehmen. Im Bau befinden sich auch

den schon genannten, noch zwei größere Anlagen des neuen Bauvereins "Selbsthilfe" an der Hofstraße in Witten...

380 Zimmer in einem Wohnhaus. In Neufeld, dem früheren Niddorf, soll im Laufe dieses Jahres der Bau eines Wohnhauses in Angriff genommen werden...

Der Arbeitsmarkt im Baugewerbe.

Wie wir schon in Nr. 4 des "Grundstein" mitteilten, wollen wir mit dieser Art der Berichterstattung über den Arbeitsmarkt im Baugewerbe Schluss machen.

Das Verhältnis von Angebot und Nachfrage am Arbeitsmarkt des Baugewerbes war fast in jedem Monat des Jahres 1911 günstiger als in den entsprechenden Monaten der drei vorangegangenen Jahre.

Table with 5 columns: Year (1907-1911) and 12 rows of monthly data for the construction market.

Im Laufe des Jahres 1911 ist die Andrangsziffer um 129,76 gestiegen. Vom Januar auf Dezember 1910 ergab sich eine Abnahme um 221,71.

1911 kamen auf 100 offene Stellen 892,84 Arbeitsuchende gegen 580,36 im Vergleichsmonat 1910. Im Dezember 1911 stellte sich der Andrang auf 445,88 gegen 605,18 im Vorjahre.

Table comparing job openings and applicants by profession in 1910 and 1911.

Im Vergleich zum Vorjahre hat sich die allgemeine Lage am Arbeitsmarkt der Maurer, Ruher und Stukkateure etwas gebessert.

Table showing regional job market data for 1910 and 1911 across various German states.

Die höchste Andrangsziffer wurde im Dezember 1911 für Brandenburg mit 592,6 berechnet. Es folgen Hessen-Nassau mit 565,2, die Provinz Sachsen mit 542,1 sowie Ost- und Westpreußen mit 500.

Table showing regional job market data for 1910 and 1911 for specific regions like Schleswig-Holstein and Hannover.

Besonders stark war die Abnahme des Andranges in Hessen, Hamburg und Schleswig-Holstein. Sehr günstig war die Lage des Arbeitsmarktes in den beiden letzten Monaten des Jahres 1911 in der Provinz Hannover.

Soziales.

Alkoholfrei und Persönlichkeit. Ueber diese Frage enthält die illustrierte Monatszeitschrift "Welt und Ich" von Richard Friedrich Schöll in Reutlingen und Dr. med. A. Pfeiderer in Ulm a. d. R. geäußert wird, einen Aufsatz von Professor Dr. F. Lieberer, dem wir folgendes entnehmen: "Je mehr man die Alkoholfrage, wie überhaupt derartige Fragen unter dem Gesichtspunkte des geistig-seelischen Lebens hat ansehen können, desto mehr kommt man hinter diese Begiehungen."

Gemohnheit und den stumpfsinnigen Mechanismus des Seelenlebens in Beschlag genommen, sie hat Sitte und Mode, ja Recht und Pflicht zu bestimmen verstanden. Man trinkt - warum? Weil man trinkt. Freilich im tiefsten Grunde ist der Beweggrund, die causa bibendi, entgegengelegt: man will gerade dem Zwang und der stumpfen Massenhaftigkeit entfliehen.

Ein sozialer Sieg der Schweizerischen Demokratie.

Die Stimmberechtigten der Schweiz haben in der Volksabstimmung vom 4. Februar 1912 das Gesetz über die Kranken- und Unfallversicherung mit 286 680 gegen 237 939, also mit einer Mehrheit von 48 691 Stimmen angenommen.

Ende September 1911 war die Unterschriftenammlung abgeschlossen worden, und in den seither verfloßenen fünf Monaten wurde von den Versicherungskapitalisten und ihren geborgenen Kreaturen ein ungläublicher Kampf mit den Waffen des Schweigens und Betrugs geführt.

Den Arbeitern sagten die Gegner, sie würden sich unter dem Unfallversicherungsgesetz viel schlechter stellen als unter dem gegenwärtigen Haftpflichtgesetz. Den Bürgerlichen dagegen malten sie den Bankrott der staatlichen Unfallversicherung mit dem Staat selbst vor infolge des großartigen Simulationsbetrugs der Arbeiter.

am inländischen Geschäft „berdient“, jetzt aber schrien und jammerten sie, daß die Verstaatlichung der Unfallversicherung die Versicherungsgesellschaften und damit die ganze schweizerische Volkswirtschaft ruinieren würde.

Es war ein schweres Stück Arbeit für die Freunde des Gesetzes, dieses großartige Riesenwerk zu zerstören und dem Geiste zur Annahme zu verhelfen. Die gesamte sozialdemokratische Arbeiterpresse und Hunderte sozialdemokratischer Mediziner führten aber unermüdblich und begeistert den Kampf, der nun vom schönsten Siege gekrönt wurde. Märe das Gesetz verworfen worden, so wäre der vor-handene staatliche Versicherungsfonds von 45 Millionen Frank und der staatliche Jahresbeitrag von circa 8 Millionen Frank, der an die Versicherung — in der Hauptsache an die Krankenversicherung — geleistet wird, so gut wie verloren gewesen, da die Militärärzte und Agrarier diese Summen dann für ihre Zwecke beansprucht haben würden.

Nun sind auch diese Pläne vereitelt, es ist ein schöner sozialer Fortschritt gesichert, und die bürgerliche Demokratie ist vor dem politischen, sozialen und moralischen Zusammenbruch bewahrt geblieben, den die Verwerfung des Versicherungsgesetzes für sie bedeutet hätte, nachdem schon der erste bezügliche Entwurf in der Volksabstimmung vom Jahre 1900 verworfen worden war. Die bürgerliche Schweizer Demokratie würde sich dann einfach als unfähig zur Lösung sozialer Probleme erweisen haben, der gegenüber der Parlamentarismus den Vorzug verdiente. Darum ist die Annahme des Versicherungsgesetzes auch im Interesse der Hochhaltung und Weiterentwicklung des demokratischen Gedankens zu begrüßen.

Die schweizerischen Arbeiter haben am 4. Februar auch noch einige schöne Wahlerfolge errungen. In Basel wurde Genosse Regierungsrat Wulffschlager als der sechzehnte Sozialdemokrat in den Nationalrat gewählt. Ferner ebenfalls in Basel der Genosse Dr. Moscher als Zivilgerichtspräsident, im Bezirk Zürich der Genosse Lehrer Debrunner als der sechste Sozialdemokrat in das Bezirksgericht und endlich in Bern Genosse Arbeitersekretär Zingg als Suppleant ins Obergericht. In der Tat ein guter Tag!

Zentralfrankentasse.

In der Woche vom 11. bis 17. Februar ist folgender Betrag eingegangen: Von der örtlichen Verwaltung in Zehndorf M. 100.

- Zuschüsse erhalten: Berlin M. 3000, München 500, Düsseldorf 400, Jordan-Paradies 400, Hofort L. M. 400, Spandau 400, Stuttgart 400, Adlershof 300, Bernau 300, Danzig 300, Groß-Siedterfelde 300, Hermsdorf 300, Wrenel 300, Titendorf 300, Pantom 300, Wilmersdorf 300, Wilmersdorf 200, Kästel 200, Dorfgelberg 200, Rafenwall 200, Breitin 200, Rudolstadt 200, Torgelson 200, Waldorf 200, Friedrichsfelde 150, Jagen i. B. 150, Vörsing 150, Minden i. B. 150, Lesum 120, Bromberg 100, Bärthal 100, Gehrtschhausen 100, Groß-Waldern 100, Hoffheim 100, Appoldsweller 100, Massenheide 100, Meidendorfer 100, Prieger 100, Rathenow 100, Schinkel 100, Sonnenwinde 100, Wedel 100, Wörth a. Rh. 100, Jechenitz 100, Frieslat 75, Hohenkrug 50, Kemberg 50, Sandluth 50, Niederbrühl 50, Tempin 50, Zabitzowo 50. Summa M. 12 395.

Mitona, 17. Februar 1912.

Fr. Klätschen, Hauptkassierer, Wilhelmstr. 57.

Eingegangene Schriften.

(Die hier angezeigten Schriften sind nicht von uns zu beziehen. Man wendet sich an die nächste Verteilungshandlung.)

Gegen die Schundliteratur! Daß die Bestrebungen der Arbeiterorganisationen zur Verdrängung der Schundhefte, wie sie massenhaft in den Wohnungen der Arbeiter gebudelt wurden und noch werden, von gutem Erfolge begleitet sind, zeigt das immer größere Interesse, das die arbeitende Bevölkerung der im Verlag der Buchhandlung Vorwärts, Paul Singer & m. b. H., Berlin SW 68, erscheinenden Wochenschrift „In Freien Stunden“ entgegenbringt. „In Freien Stunden“, als guter Ersatz für die schlechte Literatur geschaffen, bringt stets nur die besten Romane, Novellen, Skizzen, Humoresken usw. zum Abdruck. Gegenwärtig erscheint als Hauptroman Emile Zolas bedeutendes soziales Werk „Germinal“. Die packenden Szenen dieses Romans hat der bekannte Münchner Künstler Josef Danzberger durch lebenswahre Zeichnungen den Lesern besonders nahe gebracht. Da auch der übrige Inhalt der einzelnen Hefte stets abwechslungsreich und interessant ist, können wir die Lektüre der Wochenschrift „In Freien Stunden“ unsern Kollegen durchaus empfehlen. Jede Woche erscheint ein Heft zum Preise von 10 A. Die Zeitungsträger bringen „In Freien Stunden“ ohne Erhebung einer besonderen Zustellungsgebühr in die Wohnung der Abonnenten. Neu hinzutretende Leser können die bereits erschienenen Hefte nachgeliefert erhalten. Bestellungen nehmen alle Postanstalten, Buchhandlungen, Expediteure und Kolporteure entgegen.

Aus den Berichten der Bibliotheken ist zu ersehen, daß die Bände der Zeitschrift „In Freien Stunden“ von den Lesern der Bibliotheken sehr begehrt sind. Es wird daher interessieren, daß soeben ein neuer Band zur Ausgabegelangt ist, der wegen seines vielfältigen und interessanten Inhalts sich ebenso gerne gelesen wird wie die früher erschienenen. Aus dem Inhalt erwähnen wir folgendes: „Oliver Twist“, Roman von Charles Dickens; illustriert von Max Fabian. „Aus jüngerer Vergangenheit“ von Gregor Gersdorff. „Die Brüder Mathieu“, Novelle von Moritz Hartmann. „Moses, der Meist“ von Edmund Hofer. „Der zerbrochene Krug“ von Heinrich Scholle. Der Preis beträgt in Leinen gebunden M. 3.50, Halbfanzband M. 4. Für Bibliotheken ist eine Anzahl Exemplare auf

besonders guten Papier gedruckt worden. Der Preis für diesen Band beträgt in Halbrazn gebunden M. 5. Bibliotheken, die die Bände „In Freien Stunden“ nicht haben, dienen die Mitteilung, daß ein großer Teil der früher erschienenen noch zu haben ist. Ein Verzeichnis steht auf Verlangen zur Verfügung beim Verlag, Buchhandlung Vorwärts, Paul Singer & m. b. H., Berlin SW 68.

Briefkasten.

(Anfragen in Sachen des bürgerlichen Rechts beantworten wir nicht, ebenso erteilen wir keine briefliche Auskunft, auch nicht, wenn Rückporto beigelegt ist.)

D. L. in Offen. Unter dem Namen „Der Maurer“ gibt der österreichische Maurerverband ein Blatt heraus. Die Redaktion ist: Wien VII, Galzasse 18.

Altatum. Sende uns, bitte, das Buch ein und teile uns den Preis dafür mit. Wenn wir es nicht kaufen können, erhalten wir Dir die Portoauslagen und senden Dir das Buch zurück.

Schlitter, Bielefeld. Auch wir sind der Meinung, daß in den Jahresberichten die präzisiertere Angabe der postaktiven Ein- und Ausgaben ruhig setzen könnte. Da aber aufeinanderfall alle Zweigvereine auf die Bekanntgabe Wert legen und das die zum großen Teil den „Grundstein“ nur das eine Mal im Jahr in Anspruch nehmen, so glaubten wir, diese Angaben nicht streichen zu sollen.

S. G. In der erneuten Anrempelung unseres Verbandes durch den „Zimmerer“ konnten wir in dieser Nummer nicht mehr Stellung nehmen. Wir haben daher auch Eure Zuschrift für die nächste Nummer zurückgestellt.

Münster i. W. Dankausagen können wir in den „Grundstein“ nicht aufnehmen.

Anzeigen

Anzeigen werden nur durch Vermittlung der Zweigvereins- bzw. Zahlstellen- oder Sektionsvorstände angenommen. Geschäftsanzeigen sind ausgeschlossen.

Sterbetafel.

(Unter dieser Rubrik veröffentlicht wir alle Todesfälle der Verbandstätiger, von denen und innerhalb einer Woche nach erfolgtem Ableben Mitteilung gemacht wird. Die Zeile kostet 15 A.)

- Angsbürg. Am 18. Februar starb unser Kollege **Sebastian Schmid** im Alter von 25 Jahren an Lungentuberkulose.
- Bameln. Am 8. Februar starb unser treuer Kollege **Karl Barnert** aus Bahm im Alter von 50 Jahren an Lungentuberkulose.
- Bayreuth. Am 11. Februar starb unser Kollege **Joh. Hochgesang** im Alter von 29 Jahren an Lungentuberkulose.
- Berlin. Am 13. Februar schied unser Mitglied **Herm. Buchholz** im Alter von 46 Jahren freiwillig aus dem Leben.
- Breslau. Am 10. Februar starb nach langem Krankenlager unser Kollege **Karl Bieneck** im Alter von 52 Jahren an Lungentuberkulose. — Am 10. Februar verstarb plötzlich unser Kollege **Johann John** im Alter von 49 Jahren an Herzschlag.
- Brieg. Am 12. Februar verstarb nach fünfjährigem Krankenlager unser treuer Kollege und Kolporteur **Gottfried Mischke** aus Groß-Döbern im Alter von 47 Jahren an Lungentuberkulose.
- Görlitz. Am 8. Februar starb unser treues Mitglied **Wilhelm Ramlow** in Gollendorf im Alter von 42 Jahren an Lungentuberkulose.
- Danzig. Am 12. Februar starb unser Kollege **Paul Zielke** im Alter von 24 Jahren an Wassernarben.
- Dresden. Am 9. Februar starb der Kollege **Karl Graf** aus Leutewitz im Alter von 56 Jahren durch Ertrinken. — Am 11. Februar starb der Kollege **August Vogelsang** aus Coswig im Alter von 45 Jahren an Gehirnleiden. — Am 12. Februar starb der Kollege **Max Böhme** aus Mährsdorf b. Witzbrunn im Alter von 35 Jahren an Magenleiden. — Am gleichen Tage starb der Kollege **Robert Flügel** aus Wenzelitz im Alter von 48 Jahren an Magenkrebs. — Am 15. Februar starb der Kollege **Hermann Dressler** aus Friedersdorf b. Lanza im Alter von 52 Jahren an Magenleiden. — Am 16. Februar starb der Kollege **Heinrich Ihle** aus Bilschewitz im Alter von 43 Jahren. — Am 18. Februar starb unser Kollege **Friedrich Thiele** im Alter von 69 Jahren an Arterienverhärtung.
- Frankenberg i. S. Am 6. Februar starb unser langjähriges Mitglied **Heinrich Schaal** im Alter von 60 Jahren an Magenleiden.
- Inferburg. Am 5. Februar starb nach langem Krankenlager unser treuer Kollege **Ednard Thielert** im Alter von 39 Jahren an Wasserleiden.

Chreidrem Anzeigent

- Hannover. Am 14. Februar starb nach längerem Leiden unser langjähriges und treues Mitglied, der Zweigvereinskassierer **Albert Windolp** im Alter von 34 Jahren an Lungen- und Herzleiden.
- Kesheim. Am 15. Februar starb unser Kollege **Max Ziegler** im Alter von 27 Jahren an Lungentuberkulose.
- Kempten. Unser Kollege **Ferdinand Rupp** ist im Alter von 35 Jahren an Lungentuberkulose gestorben.
- Kiel. Am 9. Februar starb unser Ehrenmitglied **Franz Withöft** im Alter von 77 Jahren an Altersschwäche.
- Leipzig. Am 15. Februar starb unser langjähriges Mitglied **Wilhelm Apitz** im Alter von 44 Jahren an Lungentuberkulose.
- Mannheim-Ludwigshafen. Am 11. Februar starb unser Kollege **Ph. Gaiger** aus Käferthal an Kehlkopfentzündung.
- München. (Sektion der Einsiedler) — Am 11. Februar starb unser Kollege **Otto Huber** im Alter von 38 Jahren an Lungentuberkulose. — (Zahlele D. Bergeling) — Am 8. Februar starb unser Kollege **Johann Augustin** im Alter von 37 Jahren an Lungentuberkulose. — (Zahlele Senbling) — Am 12. Februar starb unser Kollege **Sebastian Scheid** im Alter von 44 Jahren an Herzleiden.
- Nürnberg-Südt. Am 8. Februar starb unser Kollege **August Rosenauer** im Alter von 49 Jahren an Kehlkopfentzündung. — Am 12. Februar starb nach dreijähriger Krankheit der Kollege **Joh. Kramer** im Alter von 34 Jahren an Lungentuberkulose.
- Pirna. Am 15. Februar starb unser langjähriges Mitglied **Emil Gräfe** im Alter von 36 Jahren freiwillig aus dem Leben.
- Pörsch. Am 11. Februar verstarb nach kurzem Krankenlager unser Kollege **Josef Zieka** im Alter von 30 Jahren an Brustleiden.
- Regensburg. Am 10. Februar starb unser Kollege **Wenzel Polata** in Adlshaus im Alter von 35 Jahren freiwillig aus dem Leben.
- Rohrweil. Am 12. Februar starb unser Kollege **Paul Jätkisch** aus Gbors im Alter von 42 Jahren an der Prostataerkrankheit.
- Rudha. Am 8. Februar starb unser Kollege **Karl Zies** aus Proterode im Alter von 44 Jahren an einem Kopfgeschwür.

Albert Bölke, Maurer aus Schwina b. Lehnin, wird durch Familienverhältnisse wegen von seiner Mutter und seinen Geschwister erucht, nach Hause zu kommen oder seine Adresse mitzuteilen. Kollegen, die den Genannten kennen, werden ersucht, ihn auf die Anzeige aufmerksam zu machen. [M. 2.10]

Veranstaltungen = Anzeiger.

Die Verbandsstellen werden dringend gebeten, alle Veranstaltungen zu besetzen.

Versammlungen der Zweigvereine.

- Sonntag, den 25. Februar.
 - Ahrensburg. Nachm. 4 Uhr familiäre Versammlung im Lokal des Herrn G. Wilsch. Z. D.: Minister, Bezirksdienst, Meierent anwesend.
 - Gadebusch. Nachm. 4 Uhr im Gewerkschaftssaal. Wichtige Tagesordnung.
 - Lychen. Nachm. 4 Uhr bei Robert Zeltow. Z. D.: Bericht über Krankenunterstützung aus der Kasse. Ansprache über die Zentral-Krankenkasse. Berichtendes.
- Donnerstag, den 29. Februar.
 - Pinneberg. Abends 9 1/2 Uhr im Lokal des Herrn Johs. Tiede.
- Sonntag, den 2. März.
 - Rennersdorf. Abends 7 Uhr im Hofhof „Zum Mohr“ in Niederruhpersdorf.

- Sonntag, den 3. März.
 - Kreuschberg. Nachm. 5 Uhr bei Männchen.
 - Wilstock. Nachm. 2 Uhr in der Herberge. Wichtige Tagesordnung. Bücher sind mitzubringen.
- Mittwoch, den 27. Februar.
 - Berlin. Abends 8 Uhr außerordentliche Generalversammlung im Gewerkschaftssaal, Z. D.: Wahl des Vorstandes, der Obleute und Arbeitskomitees. Sektionsangelegenheiten.
- Sonntag, den 24. Februar.
 - Frankfurt a. M. (Friedrichstr.) Abends 6 Uhr im Saal 5 des Gewerkschaftssaales.
- Adressenveränderungen.
 - (V bedeutet Vorsitzender, K Kassierer, L Vertretungsleiter, H Herberge, HZ Vertretungsbildung wird ausgesetzt bei)
 - Hörde. V Jacob Müller, Wörlstr. 22.
 - Hützensburg. V August Oden, Wöner Straße 3; K Johannes Denker, Wöner Straße 13; L und H „Zum Landhaus“, M. Markt.
 - Neuruppin. V Franz Wulff, Schäferstr. 6; K Otto Nickel, Neuer Markt 4.